

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 7.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— Mk., für einen Monat 8.— Mk. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4508

**Inseratenpreise:** Die 7zeilrige Kolonellszeile ober deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorrück 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7zeilrige Zeile 2.— Mk.; Reklame-Kolonellszeile 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Neue Anleihepläne?

### 1 Milliarde Dollar unter Kontrolle der Reparationskommission.

Berlin, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Eine mit Vorzicht aufzunehmende Mitteilung des Intransigents sagt, daß Deutschland demnächst mit Zustimmung der Entente eine internationale Anleihe von einer Milliarde Dollar erhalten soll, die Anleihe würde mit 7 Prozent verzinst werden und in 50 Jahren rückzahlbar sein. Die Sicherheit würden die deutschen Zolleinnahmen verwendet werden. Die Anleihe soll durch die Reparationskommission kontrolliert und überwacht werden. Die Entscheidung steht unmittelbar bevor.

Die Meldung des Intransigents stimmt überein mit Ansichten die Herbetts gestern im Temps auseinandergesetzt hat. Er führte als Voraussetzung für ein internationales Finanzabkommen folgendes an:

Erstens: Die Verbündeten verlangen für einige Jahre keine andern Zahlungen von Deutschland, als die für jedes Jahr festgesetzten zwei Milliarden Goldmark. Sie behalten sich vor, diese Abmachung aufzuheben, wenn im Laufe der zwei Jahre der Wert der Mark mehr steigt. Die wachsenden Jahreszahlungen sollen durch Lieferungen legittimer werden. Wenn ein Verbündeter auf diese Lieferungen verzichtet, kommt dieser Verzicht Deutschland zugute.

Zweitens: Deutschland muß eine große internationale Anleihe erhalten. Diese Anleihe ist nur möglich, wenn die Reparationskommission nach dem ihr durch den Artikel 148 des Friedensvertrags zustehenden Recht die Bestimmungen des Friedensvertrags abändert und den Gläubigern als Sicherheit ein Vorkauf auf die deutschen Beste und Einnahmen zugestimmt. Die deutsche Regierung erläßt ein Gesetz, das diese Anleihe in jeder Weise von Abgaben und Steuern befreit. Die deutsche Regierung ändert das Statut der Reichsbank, indem sie diesem Unternehmen eine größere Unabhängigkeit nach dem Muster der Bank von England einräumt und außerdem, daß die Papiergeldemission von einem neutralen Kommissar, am besten dem neuwählten Mitglied der Garantiekommision kontrolliert wird.

Unter diesen Voraussetzungen könnte nach der Meldung des Temps eine Anleihe von 1 Milliarde Dollar, die mit 7 Prozent verzinst wird und in 15 Jahren zu amortisieren wäre, leicht untergebracht werden und ein glänzendes Geschäft bedeuten.

## Die Mission Rathenaus.

### Gegen Sabotagebestrebungen der Industriellen.

Berlin, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt, daß über das Ergebnis der Verhandlungen Rathenaus in London weiterhin strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Der Gesamtkomplex der Erörterungen, die in London gepflogen wurden, sei bisher auch den Ministern vorenthalten worden. Der Reichskanzler begründe seine Zurückhaltung damit, daß er neue Indiskretionen, die den Gang der Verhandlungen stören könnten, vermeiden wolle. Der Kanzler habe zu dem Schweigen um so mehr Anlaß, als führende Mitglieder des Reichsverbands der Industrie erst in den letzten Tagen durch bestimmte Äußerungen die Kreditberatungen mit dem Ausland zu fördern versuchten und sie in den maßgebenden Kreisen aller Parteien Anhänger ausstreckten, um eventuell eine neue Sabotage vollführen zu können. Das Kabinett wird schon in den aller nächsten Tagen weitgehende Beschlüsse fassen.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Reparationsproblem in London in einem Umfange ausgerollt wurde, wie es bisher nicht für möglich gehalten worden ist.

## Annahme des Kreditkompromisses im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 13. Dezember. (U.) Der Reichswirtschaftsrat trat Dienstag nachmittags drei Uhr zu einer Vollversammlung zusammen, um die Beratung des Gesetzentwurfes zur Errichtung einer Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes fortzusetzen. Die Sitzung war außerordentlich gut besucht. — Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden Edler von Braun berichtete Dr. Hachenburg kurz über die Dienstagsitzung des Reparationsausschusses. Er hat in der Kreditfrage einstimmig einem Kompromiß zugestimmt, das folgendermaßen lautet:

„Der Reparationsausschuss spricht die Meinung aus, daß eine auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung des Reichswirtschaftsrats vom 4. November 1921 durchzuführende Kreditaktion eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist. Der Kredit ist zeitlich und dem Betrage nach zu beschränken. Maßnahmen gegen die innere Defizitwirtschaft im Reich und besonders bei den Reichsverkehrsbehörden sind daneben mit größter Beschleunigung in die Wege zu leiten. Dagegen lehnt der Reparationsausschuss die Verquickung dieser und ähnlicher als Bedingung gestellter Forderungen mit der Kreditationsfrage ab. Der Reparationsausschuss lehnt voraus, daß der auf Grund der Vollversammlung des Reichswirtschaftsrats jetzt aufzu-

stehende endgültige Gesetzentwurf der Reichsregierung vor Zuleitung an den Reichstag dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung übergeben wird.“

Auf Vorschlag Dr. Hachenburgs stimmte die Vollversammlung einstimmig ohne Ausnahme dem Entwürfe zu.

Im Reparationsausschuss des Reichswirtschaftsrates ergriff der Reichskanzler bei der Beratung des Vorschlages Hachenburg das Wort, um in vertraulichen Ausführungen einen Überblick über die gesamte politische Lage zu geben. Seine Darlegung gipfelte in dem Hinweis, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands in ihrer Verflechtung mit der Weltwirtschaft nunmehr zum Gegenstand öffentlicher internationaler Diskussion geworden sei. Es sei sehr von Bedeutung, daß diese Erörterung fortgesetzt und vertieft würde. Was Deutschland anlangt, so müsse es sich zur Mitarbeit an diesen Problemen bereitstellen. Der Hachenburgsche Gesetzentwurf biete anscheinend eine geeignete Grundlage, um die deutsche Wirtschaft zu positiver Mitarbeit an der Lösung dieser deutschen Lebensfragen zu befähigen. Der Ausschuss trat sodann in die sachliche Beratung ein.

## Der „Stille Teilhaber“ Ludendorff.

München, 14. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Entgegen der eblischen Aussage Ludendorffs vor dem Reichsgericht, daß er vom Kapp-Putsch nichts gewußt habe, erinnert die Münchner Morgenpost daran, daß im vorigen Jahre ein Berliner Morgenpost über den Kapp-Putsch schrieb: „Ein sozialdemokratischer Stadtrat aus Homburg war ohne Ahnung von den Dingen, die sich vorbereiteten, nach Berlin gekommen, um mit den Behörden zu verhandeln.“ Er fand alle Türen geschlossen und das Telefon gesperrt. Er erfuhr, daß er vom Reichsmarineamt aus Gelegenheit erhalten könnte, nach Homburg zu telefonieren, begab sich dorthin und erhielt von den dort weilenden Kapp-Offizieren prompt die nötige Erlaubnis. Wie sie erfuhr, daß er Sozialdemokrat sei, redeten sie lechhaft auf ihn ein, um ihn für die Sache zu gewinnen. Da öffnete sich die Tür und es erschien, von einem dienstfreien Untergebenen herbeigeholt General Ludendorff. Er nahm lechhaft Anteil an der Unterredung und sagte zu dem sozialdemokratischen Stadtrat: „Wir haben die Sache mit Kapp nur gemacht, weil das ein Mann mit eigenen Nerven ist. Zeigen Sie uns einen solchen Mann aus Ihren Reihen, und wir machen die Sache auch mit Ihnen.“

Wie steht es nun mit der eblischen Aussage Ludendorffs, daß er von dem Kapp-Putsch nichts gewußt habe? Die oben beschriebene Szene zeigt den Eid Ludendorffs vor dem Reichsgericht in einem eigenartigen Lichte.

## Die Abstimmung in Oedenburg. Oesterreich erkennt das Abstimmungsergebnis nicht an.

Wien, 13. Dezember. Die Politische Korrespondenz berichtet: Im Ministerium des Äußeren sind in den späten Abendstunden Nachrichten eingelaufen, nach denen die interalliierte Generalkommission trotz der ihr von der Reichsregierung erteilten Ermächtigung, eine Verschiebung der Abstimmung in Oedenburg durchzuführen, einer Verschiebung nicht geneigt ist, so daß mit der Abstimmung am 14. Dezember gerechnet werden muß. Gestützt auf die ihr von ihrem Delegierten in Oedenburg zugekommenen Nachrichten, nach denen in keiner Weise ein auch nur den primitivsten Begriffen der Unparteilichkeit und Freiheit einer Abstimmung entsprechender Vorgang gewährleistet ist, hat die Bundesregierung im Einvernehmen mit allen politischen Parteien der Nationalversammlung beschlossen, an der Volksabstimmung nicht teilzunehmen, die Abstimmungskommissare abzuberufen und das Ergebnis der Abstimmung nicht anzuerkennen, falls die Generalkommission an ihrem Standpunkte festhalten sollte.

Wien, 13. Dezember. Von informierter Seite geht der Korrespondenz Herzog nachfolgende Mitteilung zu:

Von den österreichischen Abstimmungskommissaren in Oedenburg konnte erst der zehnte Teil der Stimmlisten überprüft werden, von denen sich die Hälfte als gefälscht erwies. Die interalliierten Offiziere geben loyalerweise selbst zu, daß die Stimmlisten vollständig unrichtig sind. Trotzdem zur Überprüfung der restlichen neun Zehntel der Stimmlisten noch mindestens 14 Tage erforderlich sind, hat die Generalkommission in Oedenburg für Montag, den 12. Dezember, abends 6 Uhr, das Reklamationsverfahren eingeleitet. Die Abstimmungskommissare haben gegen dieses ungeheuerliche Vorgehen schärfsten Protest erhoben. Hunderte von Personen gelangten auf ungarischer Seite widerrechtlich in den Besitz von Wahllegitimationen, Hunderten von Oesterreichern wurden dagegen keinerlei Legitimationen zugestellt. In Brennbach, das überwiegend österreichisch gesinnt ist, wurden von 500 Abstimmungsberechtigten nur 15 mit Wahllegitimationen versehen.

Budapest, 13. Dezember. (Ang. Tel.-Korr.-Bureau.) General Ferrario der Präsident der interalliierten Generalkommission in Oedenburg, teilte heute abend dem Regierungskommissar Guillaume die Entscheidung der Generalkommission mit, derzufolge mit der Abstimmung in Oedenburg morgen, den 14. Dezember, um 8 Uhr vormittags, unter allen Umständen begonnen wird.

## Der Bund der Imperialisten.

Washington, 14. Dezember. Das Viermächte-Blkommen über den Stillen Ozean ist am Dienstag im Staatsdepartement von dem Staatssekretär Hughes für Amerika und von den Delegierten Balfour für Großbritannien, Bissani für Frankreich und dem Fürsten Togukawa für Japan unterzeichnet worden.

Um abzurufen, war man in Washington zusammengelassen. Tatsächlich stand die Abrüstungsfrage zunächst im Mittelpunkt aller Diskussionen zwischen den Delegationen der führenden Staaten. Nur allzu bald aber zeigte sich, daß der Abrüstung außerordentliche Schwierigkeiten entgegengekehrt wurden, und Präsident Harding selbst, der Einberufer der Konferenz, machte den Vorschlag, die Abrüstung zunächst beiseite zu stellen und sich mit einer formalen Beschränkung der gegenwärtigen Rüstungen zu befassen. Noch heute ist man in diesen Fragen nicht viel weiter gekommen, eine Einigung mit Japan kam bis heute noch nicht zustande, und was das Schicksal der Harding'schen Vorschläge sein wird, ist bis heute noch nicht abzusehen.

Das einzige bisherige positive Ergebnis ist eine neue Entente, die sich im Stillen Ozean aufgetan hat und die dem europäischen Völkerbund das Gesch des Handels vorschreiben wird. Obwohl der Gedanke des Völkerbundes von dem amerikanischen Präsidenten Wilson seinen Ausgang nahm, sind es die Amerikaner gewesen, die der Verwirklichung des Gedankens entgegengekehrt, so daß der Völkerbund zustande kam ohne die Beteiligung der entscheidenden Westmächte, der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Vereinigten Staaten hatten sich damit im Konzert der Weltmächte isoliert, aber die nordamerikanische Republik war durch die Entwicklung, die der Weltkrieg mit sich brachte, zum Schiedsrichter über die ganze Welt geworden und der Völkerbund hatte damit den politischen Einwirkungen Hardings ohne weiteres Rechnung tragen müssen, ohne daß die Vereinigten Staaten selbst Mitglied waren. Die Vereinigten Staaten führten zunächst gegen Wilson ihre eigene Politik, um dann nach der Wahl Hardings im positiven Sinne eine eigene politische Note anzuschlagen, die insbesondere der Interessenverteilung im Stillen Ozean galt. Die Washingtoner Konferenz legte zwar, wie wir schon mehrfach bemerkt, unter der Flagge der Abrüstung, die eigentliche Aufgabe aber, die die Amerikaner dieser Zusammenkunft gestellt hatten, war die Lösung jener Konfliktsphären, die sich im Stillen Ozean im Gegenstand zu Japan herausgebildet hatten. In ihrem Bestreben, sich wirtschaftlich über den europäischen Kontinent auszudehnen, hatten die Amerikaner mit keinerlei Schwierigkeiten zu rechnen. Europa war mit sich selbst so stark beschäftigt und durch den Weltkrieg in so große wirtschaftliche Not geraten, daß die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten ihren Einfluß ohne Schwierigkeit geltend zu machen vermochten. Anders im Stillen Ozean. Dort lagerte sich Japan, die preussische Militärmacht des Ozeans der Zukunft, vor das gewaltigste Anlagegebiet neuer Kapitalien, vor Ostasien. Japan war verbündet mit England und vermochte dadurch seine Position in den Gewässern des Stillen Ozeans nicht unwesentlich zu festigen. Dazu kam, daß die Vereinigten Staaten infolge ihrer Abstinenz gegenüber den Schlussberatungen in Versailles in Bezug auf die Mandatsverteilung im Stillen Ozean und im besonderen in Hinblick auf die Zuteilung der Rabelfinsel Yap an Japan in das Hintertreffen geraten waren. Yap liegt vor dem amerikanischen Kolonialgebiet, den Philippinen, und stellt die wichtigste Verbindungsinsel in dem Kabelverkehr mit Ostasien dar. Yap kontrolliert den Kabelverkehr mit der amerikanischen Rabelfstation in Guam, daher machte sich in Amerika über das Dazwischenschieben Japans in rein amerikanische Interessensphären eine starke Besorgnis geltend. Allen Anschein nach ist diese Frage nunmehr geregelt worden insofern, als die Rabelfinsel Yap wohl unter der Oberhoheit Japans verbleibt, daß andererseits aber die Vereinigten Staaten alle Möglichkeiten haben, ihren Interessen zu entsprechen. Der Zugang zu den Rabelfenden wurde durch ein Abkommen für alle Völker als frei erklärt, die Insel selbst darf durch Japan nicht besetzt werden, auch darf durch Japan keinerlei Kontrolle oder Steuererhebung für das Betreten der Insel Yap erfolgen.

Die Lösung der Yapfrage war die Voraussetzung für den Abschluß des Vierlängervertrags, von dem oben definitiv gemeldet wird. Die Vereinigten Staaten, Japan, England und Frankreich sichern sich in diesen Abmachungen den Status quo ihres bisherigen Interessengebietes gegenseitig zu. Wenn sich im Stillen Ozean zwischen den vertragsschließenden Teilen irgendwelche Meinungsverschiedenheiten ergeben und wenn sie auf diplomatischem Wege in befriedigender Weise nicht geregelt werden können, dann soll der Komplex der Streitfragen auf einer gemeinsamen Konferenz seine Erledigung finden. Werden die Rechte der vier Verbündeten durch die aggressive Haltung einer andern Macht bedroht, dann erklären sie, sich untereinander in „vollständiger und freiwilliger Weise“ verständigen zu wollen.



um zu einem Einvernehmen über die „wirksamsten Maßnahmen“ zu gelangen. Das vorliegende Abkommen bleibt zunächst zehn Jahre lang in Gültigkeit und kann dann von jeder vertragsschließenden Macht in zwölfmonatiger Kündigung beendet werden.

Der Inhalt des gesamten Abkommens ist nicht vieljagender als die Paragraphen des Völkerbundes. Wenn eine Einigung der neuen Ententestaaten in irgendwelchen Fragen nicht zustande kommt, dann wird der Vertrag nichts anderes sein als einer der vielen Fehden Papier, die bisher beschrieben wurden, um tatsächlich bestehende Interessengegenstände aus der Welt zu schaffen. Der Gegensatz zwischen Amerika und Japan wird durch die neue Entente nicht aus der Welt geschafft, die Gegensätze müssen sich durch die finanzkapitalistische Entwicklung beider Staaten weiterhin verstärken und werden über kurz oder lang trotz des Vierländerabkommens erneut in Erscheinung treten, sofern nicht eine restlose Regelung der chinesischen Frage zu ermöglichen ist. Die Verhandlungen über China befinden sich heute noch in der Schwelbe. Allem Anschein nach wird man nach außen hin das „Prinzip der offenen Tür“ proklamieren, um dann China selbst in verschiedene Interessensphären aufzuteilen, so daß man trotz der Verbeugungen vor der Integrität Chinas sich den entsprechenden kapitalistischen Einflüssen gesichert hat. Man wird Japan die Mandchurie und auch Teile der Mongolei als Interessensphäre überlassen, während Amerika sich in dem eigentlichen China und England im tibetischen Hochlande auszubreiten versuchen wird. Dagegen werden all die Proteste der Chinesen nichts nützen, da sie diesen vereinigten Machtsfaktoren keinerlei tatsächliche Macht entgegenzusetzen in der Lage sind.

Am das Problem Nordafrika ist man bisher wie die Kage um den heißen Brei herumgegangen. Tschilischerin, der russische Auslandsminister, hat mit scharfen Protestnoten gegen die Besprechung insbesondere der sibirischen Frage Stellung genommen, und es scheint, als wolle man dieser schwierigen Angelegenheit bei den gegenwärtigen Beratungen aus dem Wege gehen. In Sibirien machen sich den Ausdehnungsbestrebungen der Japaner starke Widerstände bemerkbar, die ihren Rückhalt in der Mutter- sowie in der Tochterrepublik finden und die um so größere Bedeutung haben, da allem Anschein nach Tschilischerin in wirtschaftspolitischen Fragen ein Uebereinkommen mit den mongolischen Interessen zu schaffen wußte.

Das Vierländerabkommen, das nunmehr unterzeichnet wurde, erlangt keine Bedeutung weniger dadurch, daß es den Status quo im Stillen Ozean und in den ostasiatischen Randgebieten proklamiert, als vielmehr durch die Tatsache, daß aus der erwarteten Dreiländerentente eine Vierländerentente geworden ist insofern, als neben den Vereinigten Staaten, Japan und England Frankreich mit einbezogen wurde.

Frankreich selbst besitzt im Stillen Ozean nur unbedeutende Interessensphären in Indo-China. Die französische Marine macht sich ohne Bedeutung, so daß Frankreich keinerlei Gelegenheit hätte, in die Auseinandersetzungen der übrigen drei Weltmächte eingreifen zu können. Trotzdem waren die amerikanischen Diplomaten bestrebt, Frankreich in die neue Entente einzubeziehen, weil Frankreich, wie das Wirken Briands und Vivianis mit aller Deutlichkeit zeigte, der getreueste Vasall Amerikas ist, das Frankreich in Europa die Vormachtstellung sichern soll. Wäre eine Entente zu dreien im Stillen Ozean zustande gekommen, dann würde Amerika gegenüber den beiden bisherigen Verbündeten Japan und England bei den oben genannten Konferenzen immer in der Minderheit bleiben. Darum war es das Bestreben Harding's, einen vierten Partner mit einzubeziehen, auf den die Vereinigten Staaten in allen Konfliktmöglichkeiten unbedingt rechnen können, da Frankreich selbst im Stillen Ozean keinerlei Aktivität entfalten kann. Durch die Einbeziehung Frankreichs in die neue Entente ist von den Amerikanern ein Gleichgewicht der Mächte herbeigeführt worden, daß die Position Amerikas im Stillen Ozean nicht unwesentlich stärkt, da andererseits auch England in wirtschaftlichen Fragen ein starkes Anlehnungsbedürfnis an die nordamerikanische Republik zeigt.

Der Abschluß des Abkommens ist daher eine Rehabilitierung Briands, der mit der Lösung der europäischen Vormachtfrage in Washington vollständig abgeschüttelt worden war. Zwar weigert man sich nach wie vor, in die Lösung der europäischen Fragen einzugreifen, immerhin aber wird die Bildung der Entente des Stillen Ozeans ihre politische Rückwirkung auf die Entwicklung der Dinge in Europa haben, und insbesondere die Engländer werden diesem Abschluß mit einigem Befremden entgegenblicken, da naturgemäß Frankreich diese verstärkte Position in dem Konzert der Weltmächte auch in rein europäischen Fragen auszuspielen bestrebt sein wird. Wenn gleich der Gegensatz zwischen England und Frankreich in der Gestaltung der europäischen Fragen bestehen bleiben wird, so darf andererseits diese Entwicklung nicht überschätzt werden, wie wir erst kürzlich bei der Beratung der Frage des Moratoriums erfahren in der England eine bei weitem größere Nachgiebigkeit zeigte, die aber durch die Einwirkungen Loucheurs, wenn nicht alles täuscht stark beeinflusst wurde.

## Die Schwagbude der stillen Teilhaber

Die gestrige Verhandlung des Jagow-Prozesses lieferte einige erheitende Momente. Den Gipfelpunkt der Komik bedeutet ein Ausdruck des streitbaren Gottesmannes Traub, der in den Kapp-tagen den Titel eines Kultusministers führen durfte. In seinem Eifer, die drei Angeklagten herauszubekommen, prägte er das Wort von den stillen Teilhabern, die nach ihm die sogenannten Kabinettsitzungen bevölkert haben. Eine Schwagbude (so und ähnlich haben bekanntlich andre Zeugen diese Sitzungen genannt), die aus stillen Teilhabern, aus krummen Beobachtern besteht, hat jedenfalls den Reiz der Neuheit für sich. Aber weshalb soll der tapferer Verfechter jeglichen deutschnationalen Unsinns vor solchem Bilde zurückschrecken, wenn es ihm schon nicht darauf ankommt, zu versichern, daß der Kapp-Putsch unternommen wurde, um die zerbrochene Weimarer Verfassung wiederherzustellen! Daß Herr Traub nicht aus dem allgemeinen Rahmen der Schutzzeugen fällt, daß er ahnungslos wie alle gewesen ist, nichts von den Plänen Kapps wußte, obgleich er mit dem Herrn seit der Gründung der Vaterlandspartei 1917 nahe bekannt war (was dem Präsidenten zu dem dringlichen Lapsus Veranlassung gab, zu fragen, ob Herr Kapp damals schon etwas von Putschplänen habe verlauten lassen!), versteht sich. Und der Untersuchungsrichter hat ihm das ja auch geglaubt — Herr Traub ist bekanntlich, obgleich er Kapp-Minister wie die Angeklagten war, nicht als Führer des Putsches angesehen worden (das heißt von den Juristen des Reichsgerichts!) und ist außer Verfolgung gesetzt worden, weil die Amnestie auf ihn Anwendung zu finden habe. Man kann es verstehen, daß seine Kollegen auf der Anklagebank diese unterschiedliche Behandlung nicht für richtig halten, und, da sie ebenso ahnungslos Engel und stille Teilhaber wie der deutschnationalen Pfarrer waren, zumindest freigesprochen werden wollen. Sie haben ja alle nichts getan.

Es gibt freilich einige unbequeme Dokumente. Heute kam wieder ein zum Vorschein, das Telegramm, wodurch Jagow die Bildung einer zureichend kapitalistischen Sicherheitspolizei für Danzig, Altona usw. befehlt. Verweisselte Verträge wurden gemacht — der Zeuge Doné leistete dabei Hilfeleistung —, das als die Ausführung eines „laufenden Geschäftes“, als die Vorkundung eines von Heine schon in Angriff genommenen Planes hinstellen. Wenn nur der verfluchte Papsus von der unbedingten Treue für die neue Regierung nicht in dem verträglichsten Schriftstück stünde. Herr Wolfgang Heine hat ja den Reaktionen großer Dienste erwielet, daß er aber bereit gewesen sein sollte, eine Sicherheitswehr für die Gesellschaft aufzustellen, die ihn und seine Kollegen gefangen setzte, das können auch die Reichsrichter nicht gut glauben. Die Aussage des Unterstaatssekretärs Albert zeigte überdies, daß Jagow bei dem Eindringen in die Reichskasse durchaus nicht so zurückhaltend gewesen ist, wie er es jetzt hinstellen möchte, sondern daß er sich als einer der Hauptakteure fühlte und betätigte. Für den Angeklagten Wangenheim war es peinlich, daß die Aussage des Generals Maercker ergab, wie er diesem gegenüber sehr unzuverlässig mit dem Vieserstreit der Landwirte verfahren hat; übrigens mußte auch der Schutzzeuge Doné Rechenschaft von dem natürlich sehr nationalen Agrarführer befunden.

Aus General Maerckers Feststellungen, die wir zum Teil schon gestern charakterisierten, ist zu entnehmen, daß er in der Tat mit Zustimmung der Reichsregierung nach Berlin reiste. Wenn dies auch ähnlich wie Schiffer das Gesicht zu wahren wußte, indem sie dem Unterhändler die Wessung mitgab, daß er nicht zu unterhandeln habe. Für die Gesetzesverfassung der „verfassungstreuen Offiziere“ ist das Programm Maerckers, das er sich für seine Mission setzte, außerordentlich deutlich bezeichnend. Er dachte an eine glückliche Vorkundung derart, daß einige Kapp-Leute in die Regierung eintraten, die denn Neuwahlen zum Reichstage und Reichspräsidentenwahl anzuordnen hätte. Und als die Kapp-Leute das ungenügend fanden und noch die Anerkennung ihrer verfassungstreuen Handlungsweise u. a. m. hineinsetzten, fand er das sehr verständig und angemessen. In Stuttgart erlebte er allerdings eine Mißgunst. Bedauernd mußte er feststellen, daß man dort vom Verhandeln nichts wissen wollte. Da waren doch die Großbauer und Silbdeum umständlicher Leute, Rechtssozialisten nach dem Herzen des Herrn Maercker. Der kaiserliche Ministerpräsident sah ihn mit Freuden nach Berlin fahren, und Herr Silbdeum, dieser damalige preussische Finanzminister, stellte den Kappisten-Gehelmrat Doné inbrünstig um die Ehre seines Besuchs an und machte ihm nach einem längeren Knaueln über das lächerliche Ereignis schließlich das silbe Augenständnis, wenn es denn nicht anders plane, so könnte ja Herr Kapp in die Regierung aufgenommen, und wenn er das unter Ebert nicht annehmen könne, Hindenburg zum Reichspräsidenten ernannt werden. Diesen Helden sollten die Rechtssozialisten wirklich in ein Parteimuseum unter Glas und Wachsen stellen.

Die übrigen Zeugen waren von geringerer Bedeutung. Herr Sticks Erzählungen über das Verhalten der preussischen Staatsminister ständen der Geschichte der Kapp-Tage nur ein kleines heiteres Gemäldechen mehr ein. Daß er wenigstens keine Finnestie verbrochen hat, ist nicht zu bezweifeln. Der Kapitänleutnant a. D. Tischer konnte nicht umhin, die Ehrhardtsohnen nach dem schimpflichen Verbot zu reinigen, daß sich unter ihnen Leute befunden hätten, die nicht gegen die Regierung und die Verfassung kämpfen wollten. Die drei Interoffiziere, die es waren, ihren Eid zu halten, waren Gott sei Dank gar keine Ehrhardtsohnen, sondern waren eben frisch aus Wilhelmshaven gekommen.

Man konnte dann noch einige kleinere Säulen des Kapp-Unternehmens auf dem Rechenland sehen, wie den Postminister Sönksen, der nach einigen Stunden schon letzte Schritte bekam und verschwand, und den Gehilfen des Pressescheffs, den Dr. Kreberer, der mit seiner Beranerkennung so gut in diese Regierung politisch die Korruption bekämpfen wollte, und einige andre. Sie waren bemerkenswerter als ihre Ausstellungen.

## Der Zeuge Silbdeum.

Als Mann von Welt, von gepflegtem Weisheit und gepflegter Sprache, das Band des Eisernen Kreuzes im Knopfloch, erschien heute morgen Herr Dr. Silbdeum, preussischer Finanzminister a. D. und (äußerst rechter) Rechtssozialist, auf dem Rechenstand. Er hat sich außer seinen berühmten Krawatten inwischen angeschlossen auch selbst einen Gottesglauben angeeignet, denn er leistet den Eid unter Anrufung Gottes, was seine Kollegen Noske und Sticks verwarf.

Es ist übrigens auch möglich, daß Herr Silbdeum, der immer auf seine Umgangsformen acht, den rechtsaffen Eid als eine Weisheitlichkeit ansieht, die der Anstand gebietet.

Nebenbei ist Silbdeum aber auch ein Held. Was hat er nicht alles getan, um sofort den Widerstand gegen die Usurpatoren zu organisieren. Nur zu diesem Zweck hat er den Gehelmrat Doné zu sich „bestellt“ — Herr Doné ist bekanntlich der Meinung, daß Herr Silbdeum ihn schier schieflich anheulen hat, ihm die Ehre seines Besuchs zu schenken —, nur zu dem Zweck, um von ihm zu erfahren, wie man die Sicherheitswehr wieder für die Regierung in die Hand bekommen könne. Und er hat, so versichert er dem Gehelmrat die Männer elegant aus der Nase gezogen, so daß er alsbald in der Tat größere Teile der Sicherheitswehr gewinnen konnte. Außerdem hat er den Gehelmrat milde machen wollen und das ist ihm auch gelungen. Doné hat ihn, nachdem er ihn auf die Kosten seiner Handlung hinarbeiten hat, als gebührender Mann verlassen. Enttäuscht weiß Silbdeum die Aussage Donés als eine romantische Erzählung zurück — er erklärt aber nicht näher, was es denn eigentlich angeht hat, was den Herrn Doné zu der Meinung bringen konnte, daß er den Eintritt Kapps in die Regierung und die Reichspräsidentenschaft Hindenburgs für annehmbar halte. Das führt zu einem Antrag der Verteidigung den Zeugen Doné noch einmal Herrn Silbdeum gegenüberzustellen.

## Der Kapp-Putsch vor dem Reichsgericht.

(Schluß der Verhandlung vom Dienstag.)

Staatssekretär Albert weh nicht viel über die Märztag zu berichten. Er sollte die Geschäfte der gestohlenen Regierung in der Reichskasse weiterführen. Am 18. morgens sind die drei Angeklagten zu ihm gekommen; Kapp habe ihm in hochschwebendem Ton gesagt: „Sie sind der ehemalige sozialdemokratische Unterstaatssekretär Albert.“ Er hat geantwortet, er sei nicht Parteimann, sondern Beamter, und nicht ehemaliger, sondern amtierender Unterstaatssekretär. Kapp habe weiter gesagt:

„Mit dem Recht des 9. November sei er hier eingedrungen! Kurze Zeit später habe der Zeuge die Angeklagten der neuen Regierung schon in voller Tätigkeit vorgefunden.“

Ministerpräsident a. D. Sticks wurde am Morgen des 18. in seinem Ministerium verhaftet. Am 14. habe er darauf hingewiesen, daß die Amnestie in der Nationalversammlung nicht durchgehen werde. Von Silbdeums Ausspruch, die Sozialdemokratie würde das Gesetz der Amnestie „passieren lassen“, hat Zeuge nichts gehört.

Reichsbankpräsident Havenstein ist wiederholt aufgefordert worden.

### Geld für Kapp herauszugeben.

Dreimal sind Beauftragte Kapps und Wittwens bei ihm erschienen und haben Beträge bis zu 10 Millionen Mark verlangt. Sie würden Gewalt anwenden, wenn er nichts herausgäbe. Der Zeuge hat ihnen aber nichts ausgehahlt.

Pfarrer Traub ist schon 1917 mit Kapp in Verbindung gewesen. Der Staatspräsident v. Pelargus fragt, ob Kapp mit ihm schon damals über seine Pläne gesprochen hätte. Auf diese

Frage erfolgt allgemeines Lachen im Saal. Traub erklärt, Kapp habe ihm schon 1919 öfter gesagt, es müsse wieder eine andre Regierung ans Ruder kommen, die kräftigen Widerstand gegen den Bolschewismus leisten könne. Für den 13. März, 6 Uhr früh, ist er von Kapp gleichfalls aus Brandenburg Tor bestellt worden, Kapp wolle dann bestimmt im Besitz der Macht sein. Er habe es nach dem Einzug der Ehrhardttruppen für seine Pflicht gehalten zu erscheinen. Der Zeuge hätte aber Bedenken gegen die Ernennung zum Kultusminister gehabt, weil er glaubte, daß das ganze Unternehmen eine Verfassungsänderung bezwecke. Er sei überzeugt gewesen von der ausstimmenden Teilnahme der ganzen Bevölkerung. Die Arbeiterchaft selbst sei nicht gesinnt gewesen, das System Noske zu verteidigen. In den Kabinettsitzungen hätte sich überhaupt keiner richtig „beteiligt“. Alle drei Angeklagten seien nur als

### Alle Teilnehmer

aufgetreten. Die Verteidigung fragt, ob er unter stillen Teilnehmern stille Beobachter verstehe, was der Zeuge natürlich mit „ja“ beantwortet.

Oberpostat Sönksen, Postminister unter Kapp, hat nur wenige Stunden dieses Amt innehabt. Die Bestätigung zu seiner Ernennung ist ihm von Kapp schriftlich zugegangen.

Oberleutnant v. Clewisch bemerkt u. a., man habe von der „roten Gefahr“ in den Märztagen nicht allzu viel gesprochen. Es seien nur vereinzelte, unbedeutende Waffensünde in der Umgebung Berlins gemacht worden.

Syndikus Brederer erzählt unter allgemeiner Heiterkeit, Kapp habe sich am 18. morgens beim Vermissten Schlichters an den Kopf gefaßt und ausgerufen:

„Wenn ich Schlichter nicht habe, kann ich nicht regieren.“ Oberleutnant a. D. Wolkentin ist auf Kapps Befehl im Ministerium mit drei Schwerbewaffneten von Zimmer zu Zimmer gegangen und hat alle Beamten, die sich der neuen Regierung nicht zur Verfügung stellen wollten, hinausgeworfen.

Gehelmrat Schmidt-Elskopf sagt aus, er habe sich gewundert, als der Schriftsteller Trebitsch-Lincoln sich ihm als von Bauer ernannter Bronagandist für die ausländische Presse vorgestellt habe. Er habe die Ernennung eines ausländischen Pressescheffs durch eine solche Regierung für recht eigenartig gehalten. (Lincoln ist Ungar.)

Alle Zeugen, fast 20 an der Zahl, außer Traub, Brederer, Sönksen und Wolkentin, werden verlobigt. Schluß der Sitzung 1/2 5 Uhr.

Leipzig, 14. Dezember 1921.

Der Staatspräsident v. Pelargus macht die 15 Zeugen darauf aufmerksam, daß sie auch den bürgerlichen Eid schwören könnten, jedoch „sei der alte rechtsaffe Eid weitaus befehleter.“

Als erster wird Minister a. D. Dominicus vernommen; er ist als Bürgermeister von Schöneberg beim Einmarsch am 18. nicht ausgegangen. Er hat nichts von einer freudigen Zustimmung der Bevölkerung gemerkt, — man sei sogar überall sehr unwillig darüber gewesen. Bei dem Versuch Lüttwich zum Rücktritt zu bewegen, habe dieser die Verantwortung auf Kapp geschoben; an ihm sei es, einen solchen Schritt zu machen. Er folge als General nur den Anordnungen Kapps. Wir machten dann Kapp von dem Generalkriegsbeschlus der Eisenbahner Mitteilung, er wies unsere Forderung seines Rücktritts nicht zurück, er wolle uns nachmittags Mitteilung machen; es erschien aber Major v. Puttkamer und forderte von mir die

### Ramen der Führer des Eisenbahnerstreikes,

die wir natürlich nicht herausgaben. Sonst weiß der Zeuge nichts wesentliches zu berichten.

Staatsminister a. D. Silbdeum, der Sozialdemokrat mit dem Eisernen-Kreuz-Bändchen im Knopfloch, schwört bei Wahrung Gottes. Er sagt, Doyer hätte eine etwas sehr romantische Geschichte erzählt. Er habe ihn aber nicht zu sich bestellt, um ihm den Vorschlag zu machen, Kapp in die Regierung aufzunehmen, ich wolle ihm in Gegenteil klarlegen, daß ich sein Verhalten für absolut illegal hielt, ein gebrochener Mann, ging von mir. Der Widerstand der Herren, die die alte Regierung zurückgelassen hatte, setzte sofort „aktiv“ ein. Am Sonntag fuhr der Zeuge im Wagen des Generals Lüttwich, in dem auch General Lindendorff saß, zur Reichskasse. Kapp ist dann scharf von uns bedrängt worden. Die Unterhaltung bewegte sich gerade noch in den Grenzen des Erträglichsten, ohne daß es zu Handgreiflichkeiten kam. Der Kapp-Putsch ist vom Zeugen, wie er ausdrücklich bemerkt, recht ungelogen gekommen. Er habe immer auf eine „organische Weiterentwicklung“ und auf „Ordnung und Disziplin“ in der Beamtenchaft gehalten. Da habe ihm patriotisch das Kapp-Unternehmen gar nicht gepaßt. Selbst er sprach von der „kommunistischen Gefahr“ während der Märztag. Der Ausbruch „Am 9. 11.“ sei bei den Verhandlungen überhaupt nicht gefallen. Er habe die Akteure des Putsches in entscheidender Weise darauf aufmerksam gemacht, daß sie keinesfalls Strafrecht davonkommen würden; allein Schiffer habe versprochen, sich im Kabinettdafür einzusetzen, daß der Nationalversammlung ein Amnestiegesetz zur Zustimmung vorgelegt würde. Als Verblüdeten Kapps bezeichnet der Zeuge u. a. auch Lühendörff. Von Jagow hat er den Eindruck, als ob er als Führer eine Rolle gespielt habe, weil er als preussischer Minister amtiert habe. Aber seinen Ausdruck, die Sozialdemokratie werde das Amnestiegesetz in der Nationalversammlung „passieren“ lassen, weiß er nicht mehr, er hielt ihn aber für möglich. (Die SPD kann sich etwas einbilden auf ihren Minister.) Es ergeben sich Widersprüche zwischen den Aussagen der Zeugen und des Gehelmrats Doyer. Von der Verteidigung werden dazu die Beweisanträge gestellt.

Minister a. D. Deyer bestätigt nur die Aussagen Silbdeums. Er bestatigt die Meinung der Verteidigung, die Kappente hätten nur darum nachgeschaut, unter eine schon lange vorbereitete, allgem. eine Amnestie zu fassen, nicht daß sie für sich eine besondere Amnestie beantragt hätten. Dominicus ergänzt seine Aussage, indem er hinzufügt, er erinnere sich jetzt deutlich, Kapp habe erklärt:

„Ich habe die Parlamente auseinandergerannt und sehe hiermit den Reichspräsidenten ab.“

Der Oberreichsanwalt lehnt die gestellten Beweisanträge ab. Doyer hat behauptet, Silbdeum habe Hindenburg zum Reichspräsidenten vorgeschlagen. Silbdeum bestreitet das aufs Entschiedenste, es ergeben sich hier unvereinbare Widersprüche.

(Die Zeugenvernehmung wird fortgesetzt.)

## Moralische Stümpfung Klara Jekins.

Eine Anklageschrift ihrer einstigen Freunde. Aus den Koffern Klara Jekins hat das Anklagematerial über die „Sedentaten“ Eberlins und seiner Mitschuldigen den Weg in die Spalten des Vorwärts gefunden. Es dauerte einige Zeit, bis der einstigen Kampfnegessin Levis, der ehemaligen Anführerin gegen die Stöderzentrale die Lippen geöffnet wurden. Jetzt erzählt sie spaltenlange Erklärungen, um mit einem gewaltigen Schwall von Worten anlagelt über den Kern der Dinge hinwegzugleiten. Die zweifelhafte Rolle, die sie nicht nur im Zusammenhang mit den Putschdokumenten spielt, läßt sich durch keinerlei Wortspiele hinwegwoltigieren, um so weniger, wenn die bürmerliche Anklagerin gegen die Putschisten sich zu ihrer nunmehrigen Verteidigerin wandelte. Der Reichskanzler „Wiedemann“ wird beschämt in den Schatten gestellt von diesem der einst verehrten Haupte der gesamten proletarischen Internationale. Aber es scheint, daß die Rezipie der Veniamoral alles verzeihen, was dereinst im reinsten Licht erglänzte.

Für alle, die nicht eingeweicht sind in die Logik der Meister von Moskau wird Klara Jekins ein Rätsel bleiben. Ihre Freunde



...jedem haben den Schlüssel dazu in ihrer Hand und gehen nunmehr an die Lösung des Rätsels.

Scheinbar in offiziellem Auftrage richtet Max Sievers im Mitteilungsblatt der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft einen Offenen Brief, an die ehemalige Kampfgenossin, die einleitend daran erinnert wird, daß sie derzeit im „Mittelpunkte dieses Kreises“ stand und „seine leidenschaftlichste Wortführerin“ war.

„Gretisch deutlich!“ — so schreibt Sievers — „sieht heute vor mir das Bild jener Sitzung vom 6. April, in der Paul Wolf uns mit dem Inhalt seiner Broschüre bekannt machte und unser Einverständnis für ihre Veröffentlichung einholte.“

Sie waren für die Veröffentlichung. Wissen Sie noch, was Sie den Stuttgarter Genossen antworteten, die kurze Zeit darauf zu Ihnen kamen, um Ihre Ansicht über die Rev.-Broschüre zu hören? Sie sagten: „Schlimm ist nicht auf den Rev. Die Broschüre mußte so geschrieben werden, und wäre sie von der Rosa Luxemburg geschrieben worden, sie wäre noch viel härter ausgefallen.“

Sievers weist darauf hin, daß Klara Zetkin von dem Treiben der Turkestaner genau unterrichtet war, das sie mit den Reviten außerordentlich scharf verurteilte.

„So gingen wir seinerzeit,“ heißt es dann weiter, — mit Ihnen als Mittelpunkt — gemeinsam in den Kampf, im Interesse und aus Liebe für die Arbeiterklasse. Sie gingen nach Moskau. Sie traten jene Reise an, von der die Klara Zetkin von einst nicht wieder zurückkehren sollte, auf der die Klara Zetkin nicht nur gewisse Papiere, sondern auch — sich selbst verlor.“

In ihren Erklärungen betonte Klara Zetkin unerschütterlich, daß sie gar nicht gewußt habe, was in den beschlagnahmen Dokumenten, enthalten war. Aber sie wußte das nur allzu gut, woran sie der einstige Kampfgefährte recht nachhallig erinnert, indem er schreibt:

„Das Material ist Ihnen nicht so wie ein Schmuggelpaket versteckt worden. Sie kannten seinen Inhalt sehr gut, haben ja seine Zusammenstellung selbst mit veranlaßt. Sie haben es seinerzeit nicht nur anders bewertet wie heute, sondern haben auch sehr genau gewußt, was die Unterlage Ihrer seinerzeitigen Bewertung war. Sie wußten sehr gut, warum Sie gerade dieses Material für Moskau haben mußten.“

Nun kommt der Hinweis auf den Wandlungsprozeß Klara Zetkins, der sich in den weiten Hallen des Kremi vollzog. Daß die einst so hoch bewerteten Dokumente von ihrer Beweiskraft nichts verloren hatten, davon hat Klara Zetkin ihren Gefinnungsgegnossen nichts berichtet:

„Sie haben,“ so schreibt Sievers, „die Weisheit nicht nur zu uns abgehoben, sondern auch zur Wahrheit. Wollten Sie heute die Wahrheit sagen, so würde das die Preisgabe Ihres politischen Rufes bedeuten.“

Sie mühten mit der Wahrheit dann auch folgendes aufzuweisen:

Daß Sie nach Moskau gefahren sind, um — Ihr eigener Anspruch, werter Genossin — vom Westkongreß den Kopf der Kadeet und Bela Kun zu fordern und sich dann damit zufriedenzugeben, daß diese Leute wieder mit der höchsten Leitung der Internationale betraut wurden.

Daß Sie jene Elemente besitzigen wollten, die Sie selbst und oft genug als Schädlinge und Abenteurer bezeichnet haben, und heute mit eben diesen selben Elementen nicht nur in einer zentrale sitzen, sondern vor wenigen Tagen noch dafür eingeleitet sind, daß diese Elemente der Zentrale erhalten blieben.

Daß Sie in den Kampf gezogen sind, um aus der kommunistischen Partei die Korruption zu entfernen, um dann die Enthüllung der korrupten Zustände selbst zu hinterziehen. Mehr denn je bereit, in Kreta die Revolver aufzuführen, über Höhe und Art veräußerlicher und erhaltener Gelder nachzusehen, und vor Erfüllung dieser Bedingung der Zentrale nicht Entlassung erteilen wollten, da haben Sie die Aufdeckung verhindert, haben in die Klaffen Lüge Ihren Namen gesteckt, sich mit Ihrem Namen dafür verbürgt, daß Klärung geschaffen wird und wußten doch damals schon, daß das nur eine leere Demonstration bleiben würde.

In den Schlussätzen des Offenen Briefes erkennt Sievers an, daß „die Sorge um das Prestige der Internationale“ die Haltung Klara Zetkins verständlich mache, daß aber sie es sei, die durch ihre Stellungnahme neuen Verbrechen Tür und Tor öffne:

„Das mag menschlich vieles entschuldigen, mildert aber nicht um ein Jota die Schändlichkeit Ihres letzten Wirkens. Wer heute die Partei und Genossen bekämpft, muß auch die Zetkin bekämpfen, die schändlich vor ihnen steht.“

Wir haben diesem Antfaematerial der Wissenden nichts weiteres hinzuzufügen und müssen nur immer wieder die Bekämpfung finden, daß die Moral der 21. These nicht nur große Teile der Arbeiterbewegung korruptierte, sondern selbst auf so scharfe Charaktere wie Klara Zetkin so unheilvollen Einfluß übte. Oder was soll es heißen, wenn Klara Zetkin in der Sonnabendnummer der Roten Fahne verkündet, daß die terroristischen Handlungen während der Märzaktion „nicht an der Elle bürgerlicher Moral gemessen, verdammt oder verherrlicht werden dürfen.“ Gewiß nicht. Aber auch die behauptete Elle proletarischer Moral vermag für die verbrecherische Handlungsweise der Stöckzentrale keinerlei Maßstab der Entschuldigung zu finden.

### Gewaltiges Steigen der Großhandelspreise.

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist von 2460 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 3416 oder um 38,9 v. H. im Durchschnitt des Monats November gestiegen und hat das Katastrophenniveau vom Februar 1920 in allen Warengruppen weit überschritten. Gegenüber dem Vormonat stiegen Getreide und Kartoffeln von 2380 auf 3197; Fleisch, Fisch, Fette von 2825 auf 3154; Kolonialwaren von 3000 auf 4923; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 2417 auf 3308; ferner Häute und Leder von 4589 auf 6077; Textilien von 4176 auf 6518; Metalle von 2905 auf 5123; Kohle und Eisen von 1885 auf 2390; Industriestoffe zusammen von 2300 auf 3618; die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fisch, Fette, Kohle, Eisen) von 2295 auf 2907; die vorwiegend aus dem Ausland eingeführten Waren von 3585 auf 5662. Der Dollar stieg im Durchschnitt des Monats November gegenüber Oktober in Berlin um 75,1 v. H.; im kommen die Einfuhrwaren mit einer Preissteigerung um 57,9 v. H. nahe, während sich das Preisniveau der Inlandwaren um 32,8 v. H. hob.

### Das Arbeitsprogramm des Reichstages.

U. Berlin, 14. Dezember. Der Altlenrat des Reichstages beschäftigte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit dem Geschäftsgang für diese Woche. Es wird angenommen, daß die Plenarsitzungen am Ende dieser Woche zu Ende gehen werden, falls nicht noch neue Erledigungen eine Tagung bis in die nächste Woche hinein notwendig wird. Erledigt werden das neue Schulgesetz in der Fassung, das Driftstoffverzeichnisse, die Kohlensteuer und die Tabaksteuer, das Gesetz gegen die Kapitalflucht, das Gesetz über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln, das Gesetz über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechstribunen, die Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung,

das Gesetz über die Wochenhilfe und Wochenkassen, die Befolungsordnung für die elmsch-löhringischen Landesbeamten, die Interpellation über die Finanznot der Gemeinden, ein von den Parteien eingebrachter Gesetzentwurf über eine Restkassierung der Einkommensteuer und das Gesetz über die Veränderung des Grundlohnes in der Krankenversicherung sowie der Bericht des Untersuchungsamtes über den Hungertrakt in der Strafanstalt Lichtenburg. — Der Nachtrag zum Haushaltsplan wird dem Haushaltsausschuß überwiesen werden, so daß eine Aussprache über die Reparationsleistungen erst in zweiter oder dritter Lesung stattfinden kann. Es ist anzunehmen, daß der Reichsanstalt in öffentlicher Sitzung erst das Wort nehmen wird, wenn die Verhandlungen einen bestimmten Abschluß gefunden haben.

### Antrag auf Abänderung des Steuerabzuges.

Die Zentrumsfraktion und die Fraktion der Bauernlichen Volkspartei im Reichstage haben als Initiativantrag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes eingebracht, demzufolge die Grenze, bis zu der die Steuer 10 Prozent des steuerbaren Einkommens beträgt, mit Rücksicht auf die stark verminderte Kaufkraft des Geldes von 24000 M. auf 40000 M. erhöht werden soll. Auch für die darauf folgenden Einkommensbeträge sieht der Entwurf eine beträchtliche Herabsetzung des Steuerabzuges vor. Die Ermäßigungen für die Steuerpflichtigen und die Ehefrau sollen verdoppelt, aber nur bei Einkommen bis zu 4000 M. gewährt werden. Die Kinderermäßigung soll bis zum Einkommen von 100000 M. bestehen bleiben. Zugunsten der Rentner ist eine stärkere Abrechnung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer vorgezogen.

### Rundgebung gegen die Separationsbestrebungen im Rheinland.

Die politischen Parteien des Rheinlandes, die Zentrumspartei, die Sozialdemokratische Partei, die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei, wenden sich in einem Aufruf gegen die Versuche sondersünderischer Kreise, durch offenen Hochverrat das Rheinland vom Reiche zu trennen, und erklären, daß sie auf ewige Zeiten fest am Deutschen Reiche halten und von einer Loslösung rheinischen Gebiets nichts wissen wollen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat es abgelehnt, die Rundgebung der übrigen rheinischen Parteien zu unterschreiben, weil sie der Ansicht ist, daß die sie bestimmenden Motive im Kampfe gegen die Loslösungsversuche anderer Natur sind als die ihrer Partei. Eine Loslösung der Rheinlande vom übrigen Reich bekämpft sie aber nach wie vor aufs äußerste.

### Englische Arbeiterführer gegen die Entscheidung über Oberschlesien.

London, 13. Dezember. Der Daily Herald veröffentlicht eine Rundgebung gegen die Genfer Entscheidung in der ober-schlesischen Frage, die von vielen bekannten Arbeiterführern und Politikern unterschrieben ist. Sie bringt zum Ausdruck, daß die Entscheidung des Völkerbundsrates in der ober-schlesischen Frage weder den ökonomischen noch den politischen Notwendigkeiten entspreche und das Ergebnis der Volksabstimmung mißachte. Unter vielen andern ist die Rundgebung unterschrieben von MacDonald, Snowden, Turner, Landsbury und Robert Smill.

### Anerkennung der russischen Kriegsschulden?

DE. In einer Rede auf dem Moskauer Allrussischen Landwirtschaftskongreß erklärte der Vorsitzende des Zentralerwaltungsausschusses Kalinin, die Friedensbereitschaft der Sowjetregierung gebe soweit, daß sie unter Umständen nicht nur die Kriegsschulden anerkennen, sondern auch bereit sein würde, über die Anerkennung der Kriegsschulden in Verhandlungen zu treten. Früher hätte die Sowjetpolitik sich vorwiegend auf England hin orientiert, jetzt dagegen könne mit einer nachahmigeren Haltung Frankreichs gerechnet werden. Wenn man auch die ganze Bourgeoisie hängen wollte, so würde sich dennoch wieder eine neue Bourgeoisie bilden. Der einzige Ausweg sei die umfassende Organisation der Landwirtschaft; wenn es gelänge, die Landwirtschaft zu heben, würde die Sowjetregierung damit die gesamte Bauernschaft für sich gewinnen.

### Eine neue Aktion der weißen Garden in Sibirien.

Ein sowjetischer Funktionär aus Moskau meldet: Der Oberkommandierende der Sowjettruppen im Amur-Gebiet hat den japanischen Stab in Wladivostok darauf aufmerksam gemacht, daß trotz des Uebereinkommens zwischen dem russischen und japanischen Kommando die antisowjetischen Koppeltruppen in die neutrale Zone vorzudringen seien und ihr weiterer Vormarsch in den Isolationsbereich der Sowjettruppen drohe. Der Sowjetkommandierende fordert die sofortige Zurückziehung der weißen Truppen, widrigenfalls er sich Handlungsfreiheit vorbehalte. Die Charbiner antisowjetischen Organisationen treffen eifrige militärische Vorbereitungen. Es werden Uebereinkommen Semenovs zusammengezogen; auch ist General Masezewski aus dem früheren Stabe Ungern-Sternbergs in Charbin eingetroffen. Aus Charbin ist eine Delegation nach Wladivostok abgereist, um in Erfahrung zu bringen, in welchem Maße auf japanische Unterstützung zu rechnen wäre, und um Semenov zur Uebernahme der Regierungsgewalt zu überreden.

### Uster und das Irlandabkommen.

London, 13. Dezember. Der Briefwechsel zwischen Lloyd George und Sir James Craig ist veröffentlicht worden. Es geht daraus hervor, daß Craig die Schaffung von zwei Dominions in Irland vorgeschlagen hatte, die beide freiwillige Reiterern an die Regierung des britischen Reichs machen würden. Lloyd George hatte darauf erwidert, dieser Vorschlag sei unannehmbar, worauf Craig es abgelehnt, an einer Konferenz teilzunehmen, die die Anerkennung eines allirischen Parlaments und die Unterstellung Usters unter Sinnenfeld bedeuten würde.

### Drohende Stilllegung der österreichischen Zeitungsbetriebe.

Die Wiener Blätter veröffentlichen eine in der Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen beschlossene Rundgebung, worin unter Hinweis auf die bisher schon sehr schwierige Lage der Zeitungsunternehmen erklärt wird, daß die geplante Erhöhung des Papierpreises auf ein mehr als tausendfaches des Friedenspreises die Stilllegung der Betriebe zur unmittelbaren Folge haben müßte. Die Vereinigung erucht die Regierung, und die politischen Parteien, die drohende Gefahr der Einstellung der österreichischen Zeitungsbetriebe zu verhüten.

### Deutschland.

#### Schadenersatzanspruch einer verbotenen Zeitung an das Reich.

Die Deutsche Zeitung war bekanntlich mit andern Blättern auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August 1921 wegen ihrer Haltung, die sie vor Erlaß der Verordnung eingenommen hatte, verboten worden. Der Reichstagsausschuß hatte das Verbot aufgehoben und die Deutsche Zeitung hatte daraufhin Schadenersatzklage gegen das Reich angestrengt. Wie das Blatt mitteilt, hat die erste Instanz den Klagenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt, doch will das Reich Berufung beim Kammergericht einlegen, eventuell eine Entscheidung des Reichsgerichts herbeiführen.

#### Einstellung der Fischfänge in Cuxhaven.

L. U. meldet aus Cuxhaven: Die gefamte Cuxhavener Fischdampferflotte wird nunmehr im Laufe dieser Woche zum Stillstand kommen. Es sind nur noch fünf Dampfer zum Gange unterwegs, von dem sie im Laufe der Woche zurückkehren werden. Seit Wochen schon können keine Fischdampfer mehr mit Kohlen versorgt werden und daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern.

Mit Irgebdwelchen Kohlenzuweisungen ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

### Entschleunigung und Hochrohrwerke.

Wie das Dresdner Volksprejudizium mitteilt, sind von der Direktion der Hochrohrwerke in Weidenau noch drei sogenannte Ziehmaschinen zur Erfassung angekauft worden, da die interalliierte Kommission auf dem Standpunkt steht, daß diese Maschinen mindestens einer Umarbeitung unterzogen werden müssen, bevor sie im Betriebe wieder Verwendung finden können.

### Kleine Auslandsnachrichten.

#### Unfreiwillige Abflüßung in Ungarn.

Budapest, 13. Dezember. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Gesetzentwurf über die ungarische Sondebarmee angenommen. Der Gesetzentwurf sieht die Verminderung des Heeres auf 35000 Mann vor, schafft die allgemeine Wehrpflicht ab und verlegt die Erziehung des dritten Heeres im Wege freiwilliger Meldung. Der Landesverteidigungsminister erklärte gegenüber Einwendungen des Abg. Grafen Apvonyi, 35000 Mann Soldaten neben einer autonomen Gendarmarie und Polizei seien völlig genügend zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Zweifellos sei dagegen, daß 35000 Mann die 2500 Kilometer lange ungarische Grenze nicht schützen können. Falls aber verurteilt werden sollte, die Grenze zu überschreiten, so würden jene 60000 tapferen ungarischen Soldaten, die den Krieg mitgemacht haben, sich wohl einer Ueberdrückung zu erwehren wissen.

#### Vom Kampf um die Delquellen.

Der englische Gesandte in Warschau hat unlänglich des polnisch-französischen Naphtha-Abkommens bei der polnischen Regierung entsprechende Schritte unternommen, da Polen kein Recht aufzue, über die Naphtha-Terrains in Ostgalizien, deren Staatszugehörigkeit noch nicht entschieden ist, zu verfügen.

#### Fasziolen als Brandstifter.

Die Grager Tagespost meldet aus Triest: Montag abend kam es zu großen flammenfendlichen Ausschreitungen. Die Fasziolen hatten eine Protestversammlung wegen der Vorgänge in Spalato einberufen. In den ersten Abendstunden zog eine große Anzahl von Fasziolen in die Vorstadt Carcola, wo sie den Narodno-Dom (das Volkshaus) angriffen und in Brand setzten. Das Gebäude ist vollständig niedergebrannt. Die Kundgebungen wiederholten sich vor einigen andern slowenischen Privatlokalen und Banken. Militär zerstreute die Ruhestörer.

Ein neuer Putsch in Albanien. Nach einer Meldung aus Paris haben Anhänger von Essad Pasha die Regierung von Tirana gestürzt. Man befürchtet Konflikte zwischen nationalistischen und italienischen Elementen.

Ausweissung sächsischer Ausländer aus der Schweiz. Wie aus Zürich berichtet wird, hat der Bundesrat sechs Personen, die dem Exilker Karl nahestanden, ausgewiesen, bzw. ihnen das Betreten der Schweiz verboten.

Wordingeschlag auf den neuen japanischen Ministerpräsidenten. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Tokio ist am Sonnabend ein Wordingeschlag auf den kürzlich ernannten japanischen Premierminister Takahashi verübt worden. Das Attentat ist das zweite innerhalb weniger Tage. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Waffenverhaftungen in Indien. Wie aus London gemeldet wird, sind in den letzten Wochen fast 300 Personen, hauptsächlich in Kalkutta verhaftet; die Zahl der Verhafteten liegt damit auf 600. Unter ihnen befindet sich der Präsident des Indischen Nationalkongresses und der Präsident des Rajasthataussschusses von Bengalen. In Ludnow, wo der Prinz von Wales am Freitag eintraf, wurde ein Ausstand und ein Tag der Trauer verkündet, die Bevölkerung leistete jedoch dem Aufruf größtenteils keine Folge.

Die rote Fahne in Frankreich verboten. Der französische Minister für innere Angelegenheiten hat die Verbreitung der Berliner roten Fahne für das Gebiet der französischen Republik verboten.

Wiedereinführung der Wohnungsmiete in Petersburg. Aus Petersburg wird gemeldet: In einer starkbesuchten Plenarsitzung des Petersburger Gouvernements-Kolljugorats wurden die Richtlinien zur Lösung der Wohnungsfrage angenommen. Der wichtigste Punkt ist die Wiedereinführung der Wohnungsmiete in Petersburg vom 1. Januar 1922 ab. Die Einnahmen sollen zur Deckung der dringend nötigen Reparaturarbeiten herangezogen werden. Gleichzeitig wurde der Wasserzins in Höhe von 85 Rubel pro Eimer, zahlbar ab 1. Dezember 1921, wieder eingeführt.

Australien hebt die Sperre gegen deutsche Waren auf. Dena meldet: Nach einer Drahtmeldung hebt Australien die Sperre gegen die deutschen Waren auf, führt jedoch das Antidumpinggesetz ein.

### Der Stand der Valuta.

Umtliche Mittagskurse.

| Es kosteten in Berlin           | 1. 7. 14 | 12. 12. 21 | 18. 12. 21 |
|---------------------------------|----------|------------|------------|
| Markt                           |          |            |            |
| 1 amerikanischer Dollar         | 4.12     | 165.33     | 189.81     |
| 1 englischer Pfund Sterling     | 20.43    | 589.30     | 794.20     |
| 100 holländische Gulden         | 169.00   | 6143.85    | 6718.25    |
| 100 schwedische Kronen          | 112.50   | 4070.90    | 4625.35    |
| 100 Schweizer Franken           | 81.00    | 3246.75    | 3738.25    |
| 100 französische Franken        | 81.00    | 1333.65    | 1547.45    |
| 100 belgische Franken           | 81.00    | 1288.70    | 1478.60    |
| 100 italienische Lire           | 81.00    | 750.20     | 888.10     |
| 100 deutsche österreich. Kronen | 65.00    | 6.93       | 6.78       |
| 100 tschechoslowakische Kronen  | —        | 202.75     | 228.75     |
| 100 ungarische Kronen           | —        | 23.72      | 25.47      |

### Von Nah und Fern.

Sieben Personen durch Gasvergiftung getötet.

Mains, 13. Dezember. Im Schlafsaal des Männerheims der Heilarme wurden heute früh sieben Männer tot aufgefunden. Sie waren durch Leuchtgas vergiftet worden. Die Verunglückten sind, bis auf einen namens Wilhelm Häuler aus Mainz, sämtlich Auswärtige und meist Gelegenheitsarbeiter.

Ein vommerisches Schloss niedergebrannt.

U. Kolberg, 14. Dez. Das dem Grafen Königsward gehörige Schloss Raden ist vollständig niedergebrannt. Der Schaden des Brandes, der durch Unvorsichtigkeit des Dienstpersonals entstanden sein soll, beläuft sich auf vier Millionen Mark.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Viller, Borsdorf-Leipzig.  
Drud u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

**MODEHAUS**  
**JORDAN & CO**  
LEIPZIG-PETERSSTR. 28  
Leistungsfähigstes Spezialhaus für Herrenmodewaren, Handchuhe, Strümpfe

Diese Nummer umfasst 12 Seiten.



**An überragender Stelle steht**



**Plinica Landbutter**

**Die Marke des Feinschmeckers**

Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften sowie in sämtlichen Verkaufsstellen des

**Konsum-Vereins Leipzig-Plagwitz und Umgegend**

General-Vertreter und Fabrikniederlage  
**Richard Janke, Leipzig, Gohliser Str. 2**  
 Fernruf 8356



**Handarbeiten**

Puppen, Spielzeug u.s.w. für Weihnachten fertigen Sie selbst nach

• **Altstein** •

**Handarbeitsmustern!**

In großer Auswahl

**ALTHOFF**

Was ist

**ein Risiko**



**für die Hausfrau?**

Wenn sie zum Kuchenbacken statt des echten Dr. Oetkers Backpulver „Backin“ ein minderwertiges Backpulver verwendet. Wenn sie sich, um eine Kleinigkeit zu sparen, der Gefahr aussetzt, einen mißratenen Kuchen zu erhalten und Mühe und Kosten umsonst aufgewandt hat.

Beim Backen ist ein gutes, **erprobtes** Backpulver das **wichtigste**, die Ausgabe dafür aber das **geringste**. Deshalb spare man nicht an verkehrter Stelle, sondern verwende stets das echte Dr. Oetkers Backpulver „Backin“, denn

**Marte Dettler bürgt für beste Qualität!**

Dr. Oetkers bewährte Rezepte sind in den Geschäften umsonst zu haben. Wenn nicht vorrätig, schreibe man eine Postkarte an Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld.

**Erwachsene besucht Eigls Anatomie „Der Mensch“ Hainstraße 16**  
**Täglich früh 10 Uhr bis abends 9 Uhr.**

**Praktische Weihnachtsgeschenke**

**Handarbeiten**

Kissen  
 Decken  
 Tablett etc.

**Vorzeichnungen**  
 auf alle Stoffe  
 Stickgarne, Häkelgarne, Stickwolle

**L. Beiersdorff**  
 Schuhmachergasse 1-3  
 (Laden im Riquethaus)

**Markthalle (Galerie)**  
 Stand 47

Eingang  
 Kurprinz-  
 strasse

**Paul Michael**  
 genannt Der Kantor

empfiehlt  
 seine Prima-Marken  
**Weihnachts-Schokolade**

Fernspr. 5279 **Emil Wehner, Leipzig-N.** Eisenbahnstr. 48

Schweinefleischerei und Wurstfabrik.

|                               |                        |
|-------------------------------|------------------------|
| Polnische, roh und gefocht    | ... Pf. 20 u. 22       |
| Säuzenwurst                   | ... Pf. 18 u. 23       |
| Knadwurst                     | ... Pf. 24 u. 28       |
| Schweinefleisch, Blod         | ... Pf. 26             |
| La geräucherter Speck         | ... Pf. 27             |
| Pökelrindfleisch, 1. Qualität | ... Pf. 10 Mk. m. Sal. |

Alle größeren Sorten billig.

**Alle Sorten Korbwaren**

Korbmöbel  
 Reisekörbe  
 Coupéköffer  
 Wäschekörbe  
 Stubenwagen  
 Transportkörbe  
 Wascheiße  
 Arbeitskörbe  
 Spankörbe

**G. Weißflog**  
 Markt 3, Rods Dol  
 Tel. 17023, Geogr. 1849

**Weihnachts-Sonder-Angebot**

|                                   |                        |
|-----------------------------------|------------------------|
| In Stadtschmalz                   | ... Pfund 25,00        |
| Margarine                         | ... Pfund von 25,00 an |
| Speck, schneeweiß                 | ... Pfund 25,00        |
| Kaisler Rippenspeck               | ... Pfund 25,00        |
| Kolonialwaren wie bekannt billig. |                        |

Schönefeld, Paul-Denke-Str. 30  
 Kleinschöcher, Wigandstr. 48  
 Neustadt, Ede Wismann u. Neustädter Straße

Wo finden Sie den beliebtesten Uhrmacher??

**Nur**

Berliner Str. 11

**Ferdinand Fischer**    
 über Tautsch, Straße 10, 1

**So lange der Vorrat reicht**

**Hochfeine Margarine** Pf. von 23,00

**ff. Zuderhonig** ... Pf. 5,20

alle Lebensmittel bekannt auf und billig

**Dyck** Stützeritzer Straße 8b.  
 ... Telefon 4904

**Grosslager Popp**

gegr. 1863 Leipzig gegr. 1863

Panorama, Rodplatz 5

Filiale  
 Mädler-Passage  
 Neumarkt 14

**Kinderwagen  
 Kinderschiffen  
 Rodeln  
 Puppenwagen  
 Kindermöbel  
 Korbwaren**

Sonntag von 12-6 Uhr geöffnet!

**Pelzwaren**

Elegante Pelzhüte  
 Kragen :: Muffen :: Fellvorlagen

äußerst preiswert

**M. Leipziger**  
 Ranstädter Steinweg 49, III. (Funkenburg)  
 Geschäftszeit 9-6 Uhr

Bitte täglich meine Schaufenster mit billigen

**Pelzmäntel-Preisangaben**  
 zu beachten!

**Carl Emil Ahlemann**  
 Leipzig, Thomagasse 11

**ff. Leder-Ausschnitt**

empfiehlt

**Lederhandlung Heinrich Berthold**  
 Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

**Patentanwaltsbüro Sack,**  
 Leipzig, Brühl 2.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. Dezember.

Parteiangelegenheiten.

Der Diskussionsabend findet Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Bibliothekszimmer des Vereins statt.

Kartellbesitzerte. Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung im Volkshaus, Zimmer 9. Tagesordnung: 1. Erhöhung des Kartellbeitrages.

Kartellversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom Gewerkschaftsfest. 2. Berichte.

Der vorläufige Rechnungsabschluss für 1921.

Der Abschluss des am 31. März beendeten Geschäftsjahres 1920/21 weist die Kleinigkeit von 43 Millionen Mark Defizit auf. Das Loch kann sich sehen lassen. Der Rat schreibt den Stadtverordneten, der Rechnungsabschluss habe sich so ungünstig gestaltet, weil die 1920 beschlossene Zusatzsteuer pflöchtlich wieder aufgehoben wurde.

Der Bedarf war im Rechnungsjahr bei den meisten Konten wesentlich höher als im Haushalt vorgesehen war. Für das Postamt waren 26,3 Millionen eingelegt, es wurden 7,7 Millionen mehr verausgabt. Beim Fürsorgewesen waren 13,8 Millionen eingelegt, die nur mit 182.000 Mark überschritten wurden.

Gegenüber diesen gesteigerten Zuschußkonten stehen die technischen Werke, die nach den Worten des Rates „trotz erheblicher Rückstellungen einen Mehrüberschuß von rund 12 Millionen Mark“ erbracht haben, obwohl von den Wasserwerken der erwartete Ueberschuß von 900.000 Mark nicht abgeliefert werden konnte. So sehr der Finanzpolitiker sich darüber freuen wird, daß es für die Stadtkasse neben den Fehlbeträgen auch Ueberschußkonten gibt, so muß doch gerade dieser Ueberschuß der technischen Werke schwerste Bedenken erregen, und er hat sie auch hervorgerufen. Im November 1920 stand bei den Stadtverordneten eine Ratsvorlage zur Beratung, nach der die technischen Werke unbedingt größere Ueberschüsse für die Deckung des Haushaltes ergeben sollten.

Der Fehlbetrag von 43 Millionen Mark für das vergangene Geschäftsjahr zeigt erneut, daß die Gemeinden zu der gleichen Bankrottopolitik verurteilt sind wie das Reich, solange eben nicht in der Reichspolitik grundsätzliche Wandlungen im sozialistischen Sinne durchgeführt sind. Der Fehlbetrag von 1920/21 vergrößert den Fehlbetrag von 1921/22. Der Rat ist fleißig auf der Steuerjagd. Neue Steuern sind geplant. Es wird dabei zu beachten sein, daß die Minderbemittelten nicht weiter belastet werden.

Spezialärztliche Untersuchung in der Schule.

Nach Kaufmanns Schüleruntersuchungen haben 8 Prozent der untersuchten Knaben und 10 Prozent der untersuchten Mädchen Wucherungen im hinteren Lendenraume. Während das Uebel in den oberen sozialen Schichten schon frühzeitig beseitigt wird, bleibt es bei den proletarischen Kindern bestehen. Und darum ist es denn auch nicht verwunderlich, wenn die Statistik unter 100.000 ein Jahr lang beobachteten männlichen Versicherungspflichtigen 15.985 mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Tage gezählt hat, ja bei den Frauen sogar 28.300 Tage, die arbeitslos waren wegen Erkrankungen, die mit Nerven und Nase zusammenhängen.

Da ist es begreiflich, wenn sich die Tagung der deutschen Ohrenärzte für den besonderen Ohrenschularzt ausgesprochen hat und wenn diese Forderung auch in der Fachpresse, wie kürzlich im „Schularzt“, immer wieder behandelt wird. Ohne Zweifel wird auf dem schularztlichen Gebiete im Laufe der Zeit eine Spezialisierung eintreten müssen, da die ganze Arbeit bei der Komplexität der Krankheiten nicht von einem Schularzte allein bewältigt werden kann.

Immerhin ist es wertvoll, daß sich der Schularzt, seitdem Leipzig ihn vor 30 Jahren zum ersten Male in Deutschland anstellte, nun in den meisten Städten eingeführt hat. Um so bedauerlicher ist es, daß er in den ländlichen Schulen noch zu sehr fehlt. Es ist z. B. festgestellt worden, daß die oben erwähnten Lendenkrankheiten der Schuljugend auf dem Lande eine besondere Vernachlässigung erfahren. Es ist auch festgestellt worden, daß die alte Annahme, auf dem Lande seien die Ohrenkrankheiten nicht verbreitet, irrig gewesen ist. So waren z. B. im Landkreis Marburg 28,4 Prozent der Schulkinder auf einem oder beiden Ohren schwerhörig und zum Teil mit schweren Ohrenleiden behaftet. Und das im Landkreis Marburg, dem die Kliniken der Universität Marburg zur Verfügung standen. Wie muß das da anderswo ausschauen!

So wäre auch auf dem Lande der Spezialarzt notwendig, und er wird auch einmal kommen. Es bleibt gar nicht aus. Um so mehr müssen unsere Genossen allerorts dahin wirken, daß wenigstens der allgemeine Schularzt schon überall seinen Einzug hält und daß es auch nicht einen einzigen Kreis in Deutschland mehr gibt, der keinen Schularzt kennt. Je mehr die Wissenschaft hinculleicht in die Verhältnisse und Zusammenhänge des Lebens, um so mehr macht sie zur Gewissheit, daß wir mit unserer heutigen Gesundheitsfürsorge noch in den ersten Anfängen stecken!

Das trifft aber nicht nur für die Gemeinden zu, in denen noch kein Schularzt angestellt ist. Selbst in Leipzig bleibt noch außerordentlich viel zu tun übrig. Die Spezialärztliche Untersuchung der Kinder erstreckt sich in Leipzig wohl nur auf die Jähne. Leipzig hat eine besondere Schularztstelle, deren Wirken anerkannt werden soll. Trotzdem kann nicht gesagt werden, daß auf dem Gebiet der Zahnpflege mehr als das Allernotwendigste getan wird. Wollte die Stadt auf diesem Gebiete das tun, was für die Volksgesundheit vom ärztlichen Standpunkt aus getan werden müßte, dann wäre die erste Bedingung, daß die Schularztstelle ganz erheblich erweitert würde.

Ratsbeschlüsse.

In längerer Sitzung wurde die Reform der im Jahre 1920 erlassenen Besoldungsbestimmungen für die städtischen Beamten und Angestellten beraten. Den vorliegenden unter Zustellung von Beamtenvertretern gefassten Beschlüssen der gemischten Kommission für die Vorberatung von Dienst- und Gehaltsangelegenheiten der Beamten und Angestellten wurde mit einigen Änderungen zugestimmt. Zur Durchführung der Besoldungsrevision wurde ein Berechnungsgeld von 5 Millionen Mark bewilligt. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

Wieder ein neuer Verein.

Uns wird geschrieben: Im vergangenen Sonntag sprach Herr Jenken aus Gera im Anquitt-Schmidt-Haus vor einem lebhaft interessierten Zuhörerkreis über das Problem der Einküchenwirtschaft. Er beleuchtete die Frage vom ökonomischen und kulturellen Standpunkte aus und zeigte, daß das Einküchenhaus eine dringende Gegenwartsforderung ist. Die Nachkriegszeit mit ihrer schweren wirtschaftlichen Belastung des einzelnen und der Allgemeinheit drängt geradezu zu einer Rationalisierung auch des Haushaltes. Hinzu kommt, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen immer mehr anwächst, was immer breitere Schichten der Bevölkerung an der Umgestaltung der jetzigen unhaltbaren und unrationellen Haushaltsführung interessiert sein läßt. Die Ausführungen des Referenten fanden ungeteilten Beifall. Aus der Debatte ergab sich das Bedürfnis, auch in Leipzig eine Organisation zur Förderung der Einküchenhausbestrebungen zu schaffen, wie sie in verschiedenen anderen Städten bereits besteht. Es wurde ein Verein für gemeinnützige Einküchenwirtschaft als Zweigstelle der Berliner Vereinigung gegründet. Die endgültige Konstituierung erfolgt

bei der nächsten Zusammenkunft. Ein preisfortschrittlicher Ausschuß verwaltet inzwischen die Geschäfte des Vereins. Interessenten erhalten persönlich und schriftlich Auskunft bei Frau Margarete Schlegel, Städtische Blücherhalle, Zeitzer Straße 28. Herr Alwin Herr, L.-Eutritsch, Schiebstraße 31, 1., Frau Charlotte Hammermeister, L.-Volkmarstraße, Mariannenstraße 112. Außerdem liegt im Lesesaal der Städtischen Blücherhalle, Leipzig, Zeitzer Straße 28, täglich von 1-3 und 1-9 Uhr einladende Literatur aus dem Verein für gemeinnützige Einküchenwirtschaft.

Wünsche für den Reiseverkehr. Für den voraussichtlich stärksten Reiseverkehr in der Weihnachtszeit wird zur Verhütung der sonst unvermeidlichen Störungen bei den Fahrkartenausgaben und Gepäckannahmestellen der früheren Bahnhöfe empfohlen, bereits am Tage vor der Abreise die Fahrkarten zu lösen und die Gepäckstücke auszugeben. Nur in denjenigen Fällen ist eine frühere Aufgabe von Gepäck dann nicht möglich, in denen auf der Bestimmungsstation die Aushändigung des Gepäcks durch den Zugführer erfolgt. Die Gepäckstücke sind fest zu verpacken und auf zu verpacken. Auch muß jedes Stück die genaue und dauerhaft beschriftete Adresse des Reisenden (Name, Wohnort, Wohnung) sowie den Namen der Aufgäbe und der Bestimmungsstation tragen. Nach Möglichkeit ist die Adresse an der Stirnseite der Gepäckstücke anzubringen, weil hierdurch das Umladen und das Auffinden der einzelnen Stücke in den Lagerräumen sehr erleichtert wird. Besonders ist es, auch im inneren Raum des Gepäckstücks einen Zettel mit gleicher Aufschrift beizulegen, damit bei Abhandlung der äußeren Verpackung und amtlicher Öffnung des Gepäcks sofort ein Nachweis des Eigentümers gefunden und das Gepäck unverzüglich nachgesandt werden kann. Alle Bezeichnungen und sonstige Beförderungsbezeichnungen müssen sorgfältig entfernt werden, um zu verhindern, daß das Gepäck verschleppt wird. Die Gepäckabfertigungen verkaufen Anhängerkarten mit Vorzug für Angabe des Abenders und Empfängers. Die Reisenden haben selbst ein dringendes Interesse daran, hiervon Gebrauch zu machen. Empfehlenswert ist auch, gerade während des verstärkten Reiseverkehrs, die Versicherung des Gepäcks, die gleichzeitig mit der Aufgabe bei der Bahn vorgenommen werden kann. Die Bedingungen und Gebührensätze sind durch Buchung an den Gepäckkassieren bekanntgemacht. Die Versicherung bietet besondere Vorteile dadurch, daß bei Verlust, Minderung, Beschädigung und Diebstahlüberbreitung bis zur Höhe der Versicherungssumme der volle ersparnde Schaden ersetzt wird, während die Bahn nur in beschränktem Umfang haftet.

Anfällen beim Wägen der Fahrkarten. Die am 1. Dezember 1921 eingetretene Erhöhung der Fahrprelle gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß das Nachprüfen der Fahrkarten, das Bergreifen der abverlangten mit den aufgedruckten Preisen und das Nachzahlen des etwa zurückgehaltenen Geldes sofort an Ort und Stelle erfolgen muß, da nachträgliche Reklamationen nicht entsprochen werden können. Die Ursache derartiger, die Schaffensbeamten oft bedrückender Reklamationen ist meist darin zu suchen, daß die Fahrkarten erst in letzter Minute entnommen worden sind.

Der Rückgang der aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützten Personen hat sich im Monat November 1921 fortgesetzt, da die Zahl der laufend unterstützten Erwerbslosen wiederum in so erheblichem Maße abgenommen hat, daß eine geringe Zunahme der Kurzarbeiter dadurch ausgeglichen werden ist. Die Zahl der laufend unterstützten Erwerbslosen hat von 3701 Personen im Wochendurchschnitt des Oktober auf 2919 Personen im November oder um 21,1 Prozent abgenommen. Die Zahl der Kurzarbeiter ist von 586 Personen im Oktober auf 765 Personen im November oder um 30,6 Prozent gestiegen. Insgesamt ist demnach eine Abnahme in Höhe von 603 Personen oder von 14,1 Prozent zu verzeichnen: 3684 wöchentlich insgesamt unterstützte Personen im November gegen 4287 im Oktober.

Angehorene Zunahme der Prozeße und Strafsachen. Eine stetige Zunahme der Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen bei den Gerichten verzeichnet eine neue amtliche Aufstellung im Jahre 1920 in Preußen gegen das Vorjahr. Meist beträgt die Steigerung ungefähr 50 Prozent und mehr. Bei den Amtsgerichten stiegen u. a. die Anträge auf Strafbefehle außer Fortdauern von 392.059 auf 559.282, die anhängigen Privatklagen von 63.843 auf 105.528, die wegen Uebertretungen von 36.600 auf 54.160, die Hauptverhandlungen von 300.631 auf 510.103, die Urteile von 220.098 auf 378.147. Im Reichsgericht wurden die Urteile von 510.549 in 751.096 Fällen erucht. Bei den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten stieg die Zahl der Mahnahmen von 779.528 auf 1.122.154, die der gewöhnlichen Prozesse von 490.537 auf 604.910, die der wählbaren Verordnungen von 803.304 auf 974.794.

Beihilfen an bedürftige Arbeiterrentenempfänger. Die Auszahlung der Beihilfen an bedürftige Arbeiterrentenempfänger beginnt am Donnerstag, den 15. Dezember, in der Zeit von 3 Uhr mittags bis 1 Uhr mittags, beim Städtischen Arbeitsamt II, Leipzig, Gerberstraße 3. Der Wohnungsmeldeschein ist als Ausweis vorzulegen. Alles Nähere ist aus der heutigen amtlichen Bekanntmachung ersichtlich. Es empfiehlt sich, die in Frage kommenden Rentenempfänger, die selbst eine Zeitung zu lesen nicht mehr imstande sind, hierauf aufmerksam zu machen.

Weihnachtsbescherung für innererleichte Mütter. Im Leipziger Verein für Kinderfreunde erhalten am 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Saale der Alten Handelsbörsen am Ratsmarkt 100 Mütter, die mehr als sieben Kinder haben, eine Ehrengabe. Bevorzugt sind dabei die Mütter, deren Kinder in Schul- und vorkurspflichtigem Alter stehen. Freunde und Gönner des Vereins können an der Feier teilnehmen.

Unser neuer Roman.

Seit dem unglückseligen Kriege, der vor fünf Jahrzehnten Deutschland und Frankreich zerstückte und den verhängnisvollen Revanchegedanken zurückließ, hat die deutsch-französische Verständigung in der europäischen Politik eine große Rolle gespielt. Es darf auch mit Fug und Recht gesagt werden, daß der internationale Sozialismus wie für die Völkerverbrüderung im allgemeinen für diese Ideen im besonderen kämpfte; der Opferort des edlen Jaurès ist trotz allem, was sich seitdem ereignet hat, immer noch Blutzeuge dafür. Während des Weltkrieges haben wir es oft genug bitter gefühlt, daß eine Verständigung der deutschen und französischen Arbeiter dem Völkermord sofort ein Ende bereiten könnte. Aber die Idee war nicht stark genug, die Kanonenschlände vor dem Zusammenbruch eines der beiden Weltkriege zum Schmelzen zu bringen. Schließlich endete der Krieg weder mit der deutsch-französischen, noch mit sonst irgendeiner Verständigung, sondern mit der Diktatur des militärischen Siegers, so daß die Verständigung Frankreichs und Deutschlands heute mehr denn je das leuchtende Ziel aller Friedensfreunde ist. Wiederum steht der internationale Sozialismus, wenn auch noch nicht geeint, an der Spitze des Kampfes um die Verständigung. Aber auch bürgerliche Pazifisten und Kontinentalpolitiker, Ökonomen und Literaten setzen sich eifrig für das Ideal der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ein. Die besten Geister Frankreichs, Romain Rolland, Henri Barbusse, Anatole France, verfolgen die Verständigungsfrage mit glühender Begeisterung. Die anschließende Reihe ihrer menschlich-schönen Bücher hat in dem Roman von Paul Reboux: „Les drapaux“ (Der einzige Weg), der in deutscher Uebersetzung bei Grethlein u. Co. erschienen ist, eine wertvolle Bereicherung erfahren.

ten, fanatischen Nationalismus weiter französischer Bourgeoisie. Er leuchtet in die Geschäftspraktiken der chauvinistischen Pariser Presse, die vor und während des Krieges im Solde der französischen und russischen Regierung stand, die strupplos genug war, für klingenden Jubalschall jede Bluthöhe zu inkarnieren; was Upton Sinclair in seinem Buche über die Käuflichkeit der Presse schreibt, das gilt nicht nur jenseits des Ozeans, das ist der Normalcharakter der gesamten kapitalistischen Presse. Reboux deckt die materiellen Gründe der Kriege auf, worin auch die Ursachen für ihre Verlängerung zu erblicken sind. Mit einer Blindheit und Gewissenlosigkeit sondergleichen, die eben nur von materiellen Interessen diktiert sein kann, betreibt die kapitalistische Bourgeoisie die Erhaltung dieser Zustände, sieht sie darin die höchste Vollendung menschlicher Ordnung.

In diesen Kreisen lebt der Dichter Real. Kriege- und Nachkriegserfahrungen rütteln ihn wach. Er wird lebend und urteilend gegenüber der Welt kapitalistischer Gewinnlust und Korruption, die vor keinem Verbrechen zurückbleibt. Je mehr sich ihm die grausame Wirklichkeit erschließt, desto rücksichtsloser sagt er der ausbeutenden und schmarotzenden Sippe die nackte Wahrheit. Klar und knapp sind die Schilderungen. Vom bloßen Schöngestirb wird er zum Friedens- und Kulturpolitiker. In dem Maße, wie dies geschieht, meidet, verachtet und boykottiert ihn die „Gefellschaft“. Presse und Verleger lehnen fast die Arbeiten ab, die der Kritik furchtbarer Zustände gewidmet sind. In einem Wortort von Paris belüftet Real das Lazarett der Schwerverstümmelten. Männer mit völlig entstelltem Körper werden ihm vorgeführt. Unauslöschlich die nur durch die fortgesetzte angewandte ärztliche Kunst nobilitiert am Leben erhalten werden. Natürlich lehnt die bürgerliche Pariser Presse eine ungeschminkte Schilderung des Lazaretts ab; ein sozialistisches Blatt veröffentlicht den Artikel. Real studiert einsehender die Folgen der furchtbaren Verluste an Gut und Menschen; er wird zum Pazifisten. Er unterwirft die deutsch-französischen Beziehungen und wird zum glühenden Apostel einer Verständigung. Die

„Gefellschaft“, deren Geschäft in Gefahr ist, schmäht ihn. Der Dichter entwirft Skizzen von dem reinigen Zustand des französischen Arbeiters und Bauern; die Kriegspolizei ist zwar noch nicht geschwunden, aber das arbeitende Volk ist denn doch nicht der Träger einer hoh- und rittgeblichen Vergeltungs- und Bestrafungspolitik. Die schaffenden Schichten sind friedlich und verständigungsbereit. Nur die kapitalistische Bourgeoisie mit ihrem vielfältigen geistigen Tabakentum fordert gewalttätige Außenpolitik als die Quelle mühseliger Wiedergutmachungsgewinne.

Real, der Held des Romans, wird zum Verständigungsapostel; zunächst wird er in der Schweiz, dann in Deutschland selbst für den Verständigungsgedanken. Nicht ohne Erfolg. Die „Gefellschaft“ verachtet und lästert, seine Frau betrügt ihn. Erbarmungslos zerstört Real den Wharfen- und Schlagwortschlag der Nationalisten und Kriegshetze, die nicht milde werden, mit den „Kriegsregeln“ und der „Bunde am Körper der Nation“, den zerstörten Gebieten, rohe Instinkte aufzuspüren.

Zum Schluß zeigt Reboux an den Talsachen „den einzigen Weg“, die deutsch-französische Verständigung. Die Gründe sind für einen bürgerlichen Dichter und Friedenspolitiker so schlagend, daß wir wenigstens einige hier anführen möchten:

„Ich sehe mich für die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland ein: weil meine Liebe zu Frankreich nicht durch Haß und Hochmut befeuert ist, und weil ich es ablehne, uns nochmals durch die Eitelkeit der Diplomaten, den Ehrgeiz des Generalstabes und die Habgier der Wechsel- und Händler ins Verderben reißen zu lassen.“

„Unsre heutige Lage erlaubt uns nicht, die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland von der Hand zu weilen, weil die Ergebnisse der Statistik und weil die Tatsachen nicht da- durch umgestoßen werden, daß man die Franzosen das höchste, geistreichste und ritterlichste Volk nennt und die Deutschen als Boches beschimpft.“



Sozialistische Proletarierjugend Groß-Beipzig. Die Lieber-  
texte sind fertiggestellt. Sie können in der Geschäftsstunde am  
Freitag entnommen werden. Der Preis beträgt für ein Blatt  
2 Pf. Die Programme für die Weihnachts- bzw. Sonnenwend-  
feiern sind noch einzuliefern.

### Lebensmittelkatalog für Donnerstag, den 15. Dezember.

Für Haushaltungen.  
Ausgabe. Büchsenfleisch für Kriegesbeschädigte und Kriegs-  
hinterbliebene auf sämtliche vom Ortsamt für Kriegserlörlage  
ausgestellte Bezugskarten Buchstaben P-Q in der Markthalle,  
Galerie, Stand 130. Jede Kriegesbeschädigten- und jede Kriegs-  
hinterbliebenenfamilie erhält eine halbe Büchse (inkl. Büchse  
2 Pf.) zum Gesamtpreis von 15 M.

## Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Der Landtag hatte gestern zunächst eine Reihe von Abstim-  
mungen nachzuholen. Angenommen wurde nach Ablehnung einiger  
Minderheitsanträge das Gesetz über die Sonntagruhe, sowie das  
Gesetz über die Verringerung der Not der Kleintierhalter. Ein Antrag  
der Deutschen Volkspartei auf Aufhebung der vom Arbeitsminister  
erlassenen Verordnung wurde nicht erst dem Ausschuss, wie be-  
antragt war, überwiesen. Der Antrag richtet sich gegen den  
Minister Jädel, der durch seine Verordnung den Unternehmern un-  
angenehm geworden war. Abgelehnt wurde die Strafverfolgung  
der Abgeordneten Renner, Langrock und Elmrodt.

Hierauf stand die Beratung des Beamtenbesoldungsgesetzes  
zur Beratung. In der bürgerlichen Presse sind in den letzten  
Tagen eine Reihe von Falschmeldungen veröffentlicht worden, die  
lediglich den Zweck hatten, gegen die Regierung aufzuputtschen. Der  
Berichterstatter konnte gestern feststellen, daß sich der Ausschuss ein-  
mütig gegen die irreführende Berichterstattung wendet. Böllig  
falsch ist die in der Presse wiederholt aufgetauchte Meinung, die  
sächsischen Minister hätten sich selbst die hohen Gehälter bewilligt.  
Tatsache ist, daß Sachsen als einziges Land im Reichsrat gegen  
die gesamte Besoldungsordnung gestimmt hat, weil ihre Anträge,  
die Besoldung auf eine völlig andre Grundlage zu stellen und die  
sozialen Ungerechtigkeiten auszugleichen, abgelehnt worden sind.

Im Sonderauschuss, der die sächsische Vorlage zu beraten hatte,  
war es ebenfalls unmöglich, ausgleichend zu wirken, da eine Her-  
absetzung der unteren Gehälter durch das Reichsperzentgesetz nicht  
zulässig war, eine Herabsetzung der hohen Gehälter aber an dem  
Widerspruch der übrigen Parteien scheiterte.

Welche Stellung unsere Fraktion eingenommen hat, geht aus  
einer gestern vom Genossen Schütz im Namen der Fraktion ab-  
gegebenen

### Erklärung

hervor:  
„Die USP-Fraktion erklärt, daß die Besoldungsordnung (Vor-  
lage 88) nicht den Erwartungen entspricht, die von den unteren  
Beamten gestellt wurden.“

Da die Vorlage jedoch der Reichsbesoldungsordnung angepaßt  
werden mußte, eine Abänderung der Gehaltsätze speziell in den un-  
teren Gruppen auf Grund des Reichsperzentgesetzes nicht möglich ist,  
muß die Verantwortung für die soziale Minderwertigkeit der Reichs-  
regierung aufgeschoben werden.

Die USP-Fraktion bedauert, daß die Gewerkschaften und Be-  
amtenorganisationen als die zuständigen Berufsvertretungen trotz der  
in der Besoldungsordnung enthaltenen Ungerechtigkeiten der Rege-  
lung ausgehört haben.

Unsre Bemühungen im Ausschuss, die oberen Gehälter, ein-  
schließlich der Ministergehälter, herabzusetzen, scheiterte an dem  
Widerspruch der andern Parteien. Die bürgerlichen Parteien waren  
zwar bereit, die Ministergehälter zu kürzen, lehnten aber eine Ver-  
ringerung der Gehälter der oberen Beamten ab. In der Stellung  
der bürgerlichen Parteien kam nicht eine Gegnerschaft gegen die  
hohen Gehälter an sich, sondern nur ein Mißtrauen gegen die sozia-  
listischen Minister zum Ausdruck.

Wir hatten beantragt:

die Gehälter herabzusetzen  
in B 4 auf 95 000 M.,  
in B 5 auf 105 000 M.,  
in B 6 auf 150 000 M.

Da es uns nicht gelungen ist, diese Forderungen durchzusetzen,  
und wir andererseits mit Rücksicht auf die Postlage der Ruheständler,  
Witwen und Waisen die Vorlage nicht scheitern lassen konnten,  
stimmen wir nunmehr der Vorlage zu. Wir fordern aber, daß bei  
der kommenden Regelung der Besoldung durch das Reich die be-  
stehenden Ungerechtigkeiten beseitigt und die übermäßig hohen Ge-  
hälter herabgesetzt werden.

Auch die Kommunisten gaben eine ähnliche längere Erklärung  
ab, in der gesagt wurde, daß sie — beabsichtigt hatten, Anträge zu  
stellen, diese aber schließlich zurückgezogen haben.

Durch die Erklärungen der bürgerlichen Parteien wurde unsre  
Auffassung von den Motiven ihrer Handlungsweise nur nochmals  
unterstrichen.

Mit welcher Verlogenheit die bürgerliche Presse arbeitet,  
zeigt der Umstand, daß trotz der Richtigstellung der Zeitungsagenten  
durch den Berichterstatter schon wieder ein Wahzettel an die bür-  
gerliche Presse fabriziert war, der den alten Schwindel fortsetzt.  
Das veranlaßt den Berichterstatter noch einmal, ausdrücklich fest-  
zustellen, daß die Anträge auf Herabsetzung der Ministergehälter  
nicht von den bürgerlichen Parteien, sondern von der Linken aus-  
gehen.

Eine Vorlage über die Errichtung der Gendarmenriedlung in  
Rodewisch, Ratibheim, Wermsdorf, Plau-Bernsdorf und Krsndorf

ist lediglich eine Folge früherer Beschlüsse. Sie würde zur Weiter-  
beratung dem Haushaltsausschuss A überwiesen.

Den Schluss bildete eine Anfrage der Deutschen Volkspartei  
über die Verteuerung der böhmischen Kohle. Die Interpellation  
veranlaßte längere Ausführungen des Wirtschaftsministers Jädel,  
nach denen es sich augenblicklich weniger um eine Kohlennot, als  
um eine Eisenbahnkatastrophe handelt. Es müsse einmal geprüft  
werden, warum das Reg. Lebensfälle könnten die Länder nicht  
länger zusehen, daß sie bei jeder wirtschaftlichen Umstellung wirt-  
schaftlich lahmgelagert werden. Der Minister deutete an, daß es  
notwendig sei, sich wieder einen größeren Einfluß auf die Ver-  
kehrsangelegenheit zu verschaffen. Daß die Ansprache im sächsischen  
Landtag einen großen Einfluß auf das Reichsverkehrsministerium  
haben würde, wie es der Minister hofft, ist zunächst wohl nicht an-  
zunehmen. Damit ist aber nicht gesagt, daß derartige Aktionen in  
den einzelstaatlichen Parlamenten überflüssig seien. Im Gegenteil.  
Die einzelnen Länder sind sehr stark daran interessiert, daß die Mit-  
stände beseitigt werden, denn sie haben letzten Endes die Schlam-  
perie auszubaden. Welche bedrohlichen Charakter die Krise bereits  
angenommen hat, zeigen zahlreiche Meldungen aus Sachsen, wonach  
schon in den nächsten Tagen mit der Stilllegung einer Reihe wirt-  
schaftlicher Betriebe gerechnet werden muß. Was das für das stark  
industrialisierte Sachsen bedeutet, kann sich jeder selbst ausmalen.

In der Aussprache sprach der Demokrat Dr. Reinhold einige  
Worte auf die bürokratische Verwaltung ab, zu dem Zweck, die  
Reparatur überhaupt in Mißkredit zu bringen und die Interessen  
der Privatindustrie in den Vordergrund zu drängen. Radikal trat  
Fritz Reinhold auch dafür ein, daß die Bergarbeiter Ueberhörschten  
verfahren, obwohl feststeht, daß heute schon weit mehr gefördert  
worden ist, als abgeföhren werden kann. Im Grunde ließen die  
ganzen Ausführungen darauf hinaus, vorbeugend gegen die For-  
derung der Sozialisierung zu wirken. Demselben Zweck dienten  
die Ausführungen des Herrn Reichammer von der Deutschen Volkspartei,  
der auf den genialen Gedanken kam, den Arbeitstendenzen  
die „Unproduktivität der Arbeiter“ für die Schlamperie der  
kapitalistisch orientierten Reichssozialist verantwortlich zu machen  
und die Betriebsräte zu denunzieren. Von dem Reichssozialisten  
Langhorst sowohl, als auch vom Genossen Langer wurde diesen  
Tendenzen wirksam entgegengetreten.

### Im Namen des Volkes.

Der sächsische Justizminister hat angeordnet, daß an die Spitze  
jeden Urteils der Vermerk „Im Namen des Volkes“ zu  
setzen ist. Etwa noch vorhandene andere Vorbrude sind handchrift-  
lich zu ändern.

### Ein merkwürdiger Regierungskommissar.

N. Unter dieser Spitzmarke brachten die Dresdner Nachrichten  
und die Dresdner Neuesten Nachrichten die Mitteilung, daß ein  
Regierungskommissar der Landespolizei im betrunkenen Zu-  
stande verhaftet worden sei. Der Kommissar, eine Dame verfolgt und  
sich der Verhaftung durch die Behauptung, er sei Kriminalbeamter,  
zu entziehen versucht habe. Hierzu teilt die Landespolizei folgen-  
des mit:

Der Beschuldigte bestreitet wesentliche Behauptungen der  
Presse, hat aber gleichwohl seiner Dienstbehörde sein Amt zur  
Verfügung gestellt. Die Dienstbehörde hat unter vorläufiger  
Enthaltung von seinem Dienst sofort ein Untersuchungsverfahren  
gegen den Beschuldigten eingeleitet. Sollten sich die Behaup-  
tungen der Zeitungen bewahrheiten, so wird im Rahmen der ge-  
setzlichen Bestimmungen gegen den Betreffenden unnothigstlich  
vorgegangen und gegebenenfalls seine Entfernung aus dem  
Polizeidienst veranlaßt werden.

Wir bemerken dazu, daß die Anschuldigungen von der reaktion-  
ären Presse ausgehen, die gegen die Einrichtung der Landes-  
kommissare überhaupt Sturm läuft. Das ist bei der Würdigung  
ihrer Anklage mit zu beachten.

### Klassenharmonie in Limbach.

Limbach. Da man sich auf eine Aste, die zum großen Teil  
die bisherigen Gemeinderatsmitglieder aufweist, geeinigt hatte,  
hat man von einer Wahl absehen können.

So berichtet die bürgerliche Presse. Limbach ist bekanntlich  
kommunistische Hochburg und die Wirkungsstätte des kommunisti-  
schen Landtagsabgeordneten Franz. Zu den vielen kommunistischen  
Richtungen ist durch den Kampfverzicht der Limbacher Kommunisten  
eine neue hinzugekommen, die für Klassenharmonie schwärmt.

### Keine Wiederaufnahme der Oberelschiffahrt.

Wie die Sächsisch-böhmische Korrespondenz von zuständiger  
Stelle erfährt, ist an eine Wiederaufnahme der Schifffahrt auf der  
Oderelbe, auf der sächsischen und böhmischen Strecke nicht zu denken  
da das Eis an der Reichsgrenze sowie die wiederergetretene  
kältere Witterung dies verhindern.

### Einem jährealichen Tod

erlitt der Student F r o g e s Finnland, der sich seit einiger Zeit  
in Dresden aufhielt. Er wollte in der Nacht zum Montag auf  
der Fürstenstraße auf einen Wagen der Linie 3 auspringen, aber  
offenbar auf der falschen Seite, geriet dabei unter den A r h  
hängewagen und wurde, ohne daß irgend jemand etwas  
bemerkte, Kilometerweit bis nach Dresden-Mieschitz mitgeschleift,  
wo Straßenpassanten das Fahrerpersonal des Wagens darauf auf-  
merksam machten, daß am Räder des Anhängewagens irgend  
etwas hänge. Front war, als man ihn fand, längst zu Tode  
geschleift. Sifferuse hat niemand gehört.

## Kleine Chronik.

Morgenseier im Kleinen Theater. Dr. Wand, der über  
Georg Kaisers Dramen sprach, hat im guten Verein mit  
einer nicht alltäglichen Rede, eine glückliche Art, über das  
Wesen von Dichtungen mit wenigen Worten manches zu sagen. Es  
gelang ihm, jedes Drama als Ding für sich klar hinzustellen. Auch  
über das Grundlegende in Kaisers Schaffen erhielt man Aufschlüsse.  
Über seinen kalten Kampf gegen das Bestehende, seinen Drang,  
aus der platten Alltäglichkeit zur Menschlichkeit zu gelangen, seine  
Fähigkeit zur Abstraktion, sein Weg zum Symbolisch-Grotesken.  
Man möchte sich fragen, warum Kaiser, in dem Bland mit Recht  
einem starken Dichter und Künstler sich, bisher zu keinem tieferen  
Eindruck auf unsre Zeit gelangt ist. Doch wohl zu einem Teile  
deshalb, weil er sich freiwillig vereinsamt hat, weil er nicht Ver-  
bindungen sucht zu Weltanschauungen, die ihm im innersten  
Grunde verwandt sind.

Kaisers kleines Spiel Friedrich und Anna zeigt

\* Diese Besprechung, auf die bereits in der am Dienstag ver-  
öffentlichten Rezension der im Kleinen Theater gegebenen drei  
Einakter Bezug genommen worden war, ist leider durch ein Ver-  
sehen gestern im Feuilleton nicht abgedruckt worden.

Dresden. Die fünf Verbrecher, die am Freitag vor dem  
Simenschen Glaswerken in Leuben dem Kassierer die Lohngelder  
entrißen, sind von der Kriminalpolizei in Berlin verhaftet worden.

Hohenstein-Ernstthal. Der kurz nach Beendigung des Krieges  
aufgenommene Silberbergbau ist nunmehr endgültig eingestellt  
worden, da die Ergebnisse einen weiteren Abbau unlohnend  
machen.

Verden. Die städtischen Kollegien beschlossen die  
Vestierung der Konsumvereine und Gewerkschaften rüd-  
wirkend auf das Jahr 1920. In Frage kommen 12 Genossenschaften  
mit 7000 M. Steuerertrag. Die Angelegenheit hat wiederholt zu  
lebhaften Auseinandersetzungen in den Körperlichen Anlauf ge-  
geben. Die Sozialdemokraten wollen den nunmehrigen Beschluß  
anfechten.

Altan. Die Grenzkontrolle, die gegenwärtig streng  
gehandhabt wird, erstreckt sich seit einiger Zeit auch auf das Geld.  
Die Kontrollorgane verlangen, daß nach Sachsen nicht über 300  
Kronen bzw. 3000 M. und nach Böhmen nicht über 100 Kronen  
bzw. 1000 M. über die Grenze genommen werden. Es haben schon  
wiederholt Geldkonfiskationen auf den Grenzbahnhöfen statt-  
gefunden.

## Aus der Umgebung.

### Sozialdemokratischer Volksverein USP. Wurzen-Grimma-Dösch.

An die Mitglieder und Ortsgruppenleitungen!

Zu der am 17. und 18. Dezember in den Ortsgruppen vorzu-  
nehmenden Wahl der Delegierten zum Parteitag in Leipzig sind  
folgende Vorschläge fristgemäß (bis 12. Dezember, abends 8 Uhr)  
eingegangen: 1. Genossin Helene Haase, Wurzen; 2. Genosse Guido  
Chemnitz, Grimma; 3. Genosse Otto Saupe, Wurzen; 4. Genosse  
Emil Neumann, Mügeln; 5. Genosse Paul Rehm, Brandis; 6. Ge-  
nosse Richard Schiffer, Deuben b. Wurzen; 7. Genosse Artur Haupt-  
mann, Dösch; 8. Genosse Oswald Beyhold, Golditz; 9. Genosse  
Richard Adler, Benda. Von diesen 9 vorgeschlagenen Mitgliedern,  
die sämtlich den für Uebertragung des Delegiertenmandats ge-  
stellten Bedingungen entsprechen, müssen 1 Genossin und 4 Genossen  
als Delegierte gewählt werden. Die Ortsgruppenleitungen werden  
erlaubt, die notwendigen Vorbereitungen zur Durchführung der  
Wahl zu treffen, die Wahllokale, den Tag und die Zeitdauer fest-  
zusetzen und insbesondere dafür zu sorgen, daß alle Mitglieder da-  
vor in Kenntnis gesetzt werden. Für jedes Wahllokal muß ein  
Wahlprotokoll mit 3 Mitgliedern eingeleitet werden. In jedem  
Wahllokal muß in ein namentliches Verzeichnis eingetragen wer-  
den, wer gewählt hat. Nach Schluß des Wahlsaktes muß von jeder  
Ortsgruppe ein Wahlprotokoll aufgenommen und von den Mit-  
gliedern des Wahlschusses bzw. der Wahlschüsse unterzeich-  
net werden. Wahlprotokoll-Vorbrude gehen den Ortsgruppen zu,  
desgleichen Stimmgellets.

Die Stimmgellets enthalten die Namen der 9 vorgeschlagenen  
Kandidaten. Die Stimmgellets sind in den Wahllokalen auszuliegen.  
Jeder Abstimmende muß vor Abgabe des Stimmgellets 4 Namen  
streichen, so daß nur die Namen derjenigen 5 Kandidaten stehen  
bleiben, die er zu wählen wünscht.

Stimmgellets, die mehr als 5 nichtdurchgestrichene Namen ent-  
halten, sind ungültig; solche, die weniger als 5 Namen enthalten,  
sind gültig.

Die ausgefertigten Wahlprotokolle müssen sofort dem Kreis-  
sekretariat zugehändigt werden und bis 20. Dezember dabeist  
eingetragen sein. Die Stimmgellets und die namentlichen Listen müssen  
bis zum Schluß des Parteitags von den Ortsgruppenleitungen in  
reichhaltigem Kuvert aufbewahrt werden.

Bekanntgabe der gewählten Delegierten erfolgt am 23. Dezem-  
ber in der Volkszeitung für das Müdental und in der Leipziger  
Volkszeitung.

### Mit Parteigrupp

Der Kreisvorstand. Guido Chemnitz, 1. Vorz.

Gehwitz. Gemeinderatswahl. USP, 97 Stimmen  
gleich 3 Sitze, Bürgerliche Liste 87 Stimmen gleich 3 Sitze.

Göhren. Gemeinderatswahl. USP, 144 Stimmen  
gleich 4 Sitze, Bürgerliche 136 Stimmen gleich 3 Sitze.

Dösch. USP, 30 = 2, Bürgerliche 31 = 2. Ein Sitz muß  
ausgelost werden.

Graun. USP, 34 Stimmen gleich 2 Sitze (bisher keinen Sitz),  
Bürgerliche 61 Stimmen gleich 3 Sitze.

Selkowitz. USP, 26 Stimmen gleich 3 Sitze, Bürgerliche 21  
Stimmen gleich 2 Sitze.

Beucha. Jugendweihe. Anmeldungen zur Jugend-  
weihe 1923 nehmen folgende Obleute entgegen: Beucha: Artur  
Friedrich, Bahnhofstraße 70b; Borsdorf: Karl Richter, Heinrich-  
straße 6; Brandis Max Mittag, Marienstraße 10, 1.; Hainhof:  
Alfred Rappler, Grimmaische Straße 24; Albrechtshain: Karl  
Pöhlke; Großsteinberg: Kurt Feine. Die Anmeldung von  
Kindern, auch von Nichtmitgliedern, muß sofort erfolgen.

Leusch. In der am 5. Dezember stattgefundenen Sitzung des  
Distrikts, das am Orte die Spitzenorganisation von rund 8500  
Mitgliedern ist, wurde nachstehender, vom Arbeiter-Radsfahrer-  
Bund Solidarität, Abteilung Leusch gestellter Antrag einstimmig  
angenommen: „Um dem schwindenden Solidaritäts- und Kampf-  
geist der Arbeitermassen, welches bedauerlicherweise im letzten  
Jahre immer mehr in Erscheinung getreten ist, nicht noch weiteren  
Nährboden zu geben, beantragt der Arbeiter-Radsfahrer-Bund  
Solidarität, Abteilung Leusch, alle revolutionären Tage und Ver-  
anstaltungen mit dem Distrikt im Orte gemeinsam zu veran-  
stalten.“

Eine französisch-deutsche Verständigung würde Frankreich,  
Deutschland und schließlich der ganzen Welt zum Segen gereichen;  
weil diese Gruppe von hundert Millionen Menschen, an die sich  
unzählbar Ruhland, sobald es zur Ruhe gekommen ist, ferner  
Italien, Spanien, die skandinavischen, ottomanischen und Bal-  
kanischen Völker bilden würden, die Vereinigten Staaten von Mit-  
teleuropa bilden würde, an deren Gestaltung von ganzer Seele  
mitzuarbeiten unsre Pflicht ist; weil der Friedensvertrag, den  
wir zu einem Nachvertrag gemacht haben, unüberwindbare  
Hürden enthält.“

„Zwischen einem unausbleiblichen Krieg und dem Bündnisse  
wähle ich das letztere: Weil es vielleicht einem Finanzkrieger  
Nutzen bringt, die Völker gegeneinander zu hegen, damit ihm  
selbst Abzugsgebiete, Kohlenbergwerke, Petroleumgruben, Woll-  
pflanzungen, Erzlager und wirtschaftliche Abschließungen  
ausfallen, wodurch unbegrenzte Preissteigerungen erzielt werden  
können, während es ganz im Gegenteil dem Nutzen der Völker  
entspricht, die Finanzleute ihre Konkurrenzämpfe allein aus-  
kämpfen zu lassen, ohne Zollgrenzen, durch die die Verbraucher  
zugrunde gerichtet werden, weil ich allen, die großsprecherisch er-  
klären: „Ich bin für einen neuen Krieg“ antworten werde: „Bei  
welcher Waffengattung werden Sie ihn mitkämpfen?“ Weil die  
Erinnerung an unsre anderthalb Millionen Tote uns abschrecken  
sollte, neue Opfer fallen zu lassen; weil das Kriegsgelächel:  
„Freiheit oder Tod!“ ein Widerspruch ist. Wenn ich am Leben  
bleibe, welche Freiheit gibt es nach dem modernen Kriege noch  
in einem Lande, das unter einer Last von Steuern leidet, das  
unter einer Ueberfülle von Geknechten steht, und in dem es von  
Dieben wimmelt? „Der Freie oder der Tod“, so möchte es in  
Wahrheit heißen; weil jene Klagen, die uns hegen, ihren Vorteil  
zu verteidigen und uns vorzubereiten: Der Tod für das Vaterland  
ist das Schöne. Nein, das Schöne ist Leben, schaffen, leben!“

Das schreibt Reboux über den Frieden, über die deutsch-  
französische Verständigung. In dem Frankreich der Kriegspolizei  
und des Nationalismus! Dieses in seinen Grundgedanken klare  
und wahre, von den wärmsten Menschheitsgefühlen belebte Buch  
ist in dem Frankreich der Nachkriegszeit eine Tat. Aber auch

in Deutschland muß das Buch gelesen, seine Idee verbreitet wer-  
den. Die Argumente der ausländischen Friedensvorkämpfer sind  
immer die durchschlagendsten, weil gegen sie das schawolnische  
Schlagwort verstummen muß. Deshalb verdient „der einzige  
Weg“ weiteste Verbreitung, damit der einzige Weg, der zur  
Völkerverständigung und zum Völkertfrieden führt, bald be-  
schritten werden kann! F. P.

Die deutsche Uebersetzung des Wertes ist im Verlag von  
Gretlein u. Co. in Zürich und Leipzig erschienen.  
Die Leipziger Volkszeitung wird es von morgen ab zum  
Abdruck bringen.

wenig von der Gewandtheit des Bühnentechnikers. Es ist wohl  
kaum mehr als eine Vormittagsstunde des konstruierenden Dichters.  
Eine neue Moral in Liebes- und Ehrensachen zu lehren: dieser  
Anhalt ist für die kurze Szenenfolge zu gewaltig. Ein junger  
Mann erzählt kurz vor der Hochzeit, daß ein andrer sich räumt,  
seine Frau vor ihm bestehen zu haben. Er tötet nun nicht nach  
dem alten Ehrenloben seinen Gegner (vor Bestrafung der Frau)  
oder seine Gemahlin (nach ihrem Befehnis), sondern will ihm  
ein Freund sein, weil er die von ihm Geliebte einst wahrhaft  
glücklich gemacht hat. Auch wer die Wichtigkeit der alten Begriffe  
von Ehre und Ehe erkannt hat und Käser zu folgen bereit wäre,  
würde es in diesem Falle bei dem niederrächtigen Benehmen des  
andern und der passiven Rolle der Frau nicht können. Kaisers  
Stück ist eine Neffkonstruktion. Daß hier der Grund zur Schwäche  
der Darstellung? Kurt Martens konnte die gewaltigen Ueber-  
gänge in den Gefühlen Ferdinands nicht völlig meistern. Angolita  
Hauff zeigte in dem Geständnis des vergangenen Glücks eine zu  
nahe Selbsteit. E. J.

Städtische Theater. Im Neuen Theater wird am Sonntag,  
dem 18. Dezember, statt der angekündigten Oper „Algoletto“  
Humperdinks Märchenoper „Sämel und Gretel“ und die Tanz-  
pantomime „Die Puppenrei“ gegeben. In der Unerkennbarkeit tritt  
keine Veränderung ein. — Die Nachmittagsvorstellung im Alten  
Theater beginnt heute um 3½ Uhr.

Schauspielhaus. Das Weihnachtsmärchen „Das neugierige  
Sternlein“ wird in Uebertragung des Spielplans, vielen Wünschen  
aus den Kreisen der Theatergemeinde entsprechend, vom Sonn-  
abend an bis zum Freitag, dem 23. Dezember, auch an allen  
Abenden gegeben. Die Nachmittagsvorstellungen des Märchens  
finden wie gewöhnlich Sonnabends, Sonntags und Mittwochs  
statt. — Die Erstaufführung von Götz „Ungeborg“ wird auf einen  
späteren Termin verlegt.

Die Proletenautobiographie Frühling von Oskar Maria  
Graf, die in unserem Feuilleton veröffentlicht wurde, erscheint  
noch vor Weihnachten als Buch in einer billigen, soliden Aus-  
gabe im Malik-Verlag, Berlin-Spandau.



halten, um so den Boden der Einheitsfront vorbildlich für die Arbeitermassen allerorts zu ebnen."

Zusatz des Kartells: Da wir nicht dezentralistisch veranlagt sind, liegt es in den Händen der revolutionären Arbeiterparteien und Gewerkschaften, dem Willen der Massen Rechnung zu tragen.

**Groß-Dalzig.** Bei der Gemeinderatswahl am Sonntag, dem 4. Dezember, erhielt die USPD 72 Stimmen, zwei Gegenlisten je 66 Stimmen. Die beiden Gegenlisten sind erst während der Wahl zerfallen worden. Das ist nach dem Gemeindevahlgesetz unzulässig. Ihre Genossen müssen sich deshalb sofort beschwerdeführend an die Amtshauptmannschaft wenden.

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Ein reaktionärer Vorstoß gegen die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sollen bei der Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen werden.

Die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 26. 1. 20 enthält durch eine neue Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 1. 11. 21 (Reichsgesetzblatt 1935) einige Veränderungen. So heißt es jetzt u. a. im § 14, daß einer Arbeitnehmerorganisation die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung und die Kontrolle ihrer erwerbslosen Mitglieder zusteht, solange sie

1. diesen Erwerbslosen sachungsgemäß eine Erwerbslosen-(Arbeitslosen-)Unterstützung gewährt,
2. ausreichende Gewähr dafür bietet, daß die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen ordnungsgemäß erfolgt.

Das ist ein offensiver Vorstoß gegen die Gewerkschaften, um ihnen die Kontrolle und den Einfluß zu nehmen, die sie auf die Arbeitslosen ausüben. Dadurch entsteht die Gefahr, daß diese Organisationen vollkommen die Fühlung und somit den Einfluß auf ihre erwerbslosen Mitglieder verlieren und die sich dann in das Meer der Unorganisierten verlaufen und so den Einflüssen unverantwortlicher Elemente ausgeliefert werden, dies um so mehr, als bei dieser schleichenden Wirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit von längerer Dauer ist. Hinzu kommt noch, daß viele noch nicht lange Mitglieder der Gewerkschaften sind und ihnen daher die gewerkschaftliche Schulung fehlt.

Der Vorstand des A D G B. hat daher auch auf eine Anfrage des Reichsarbeitsministeriums eine ablehnende Haltung zu dieser neuen Fassung eingenommen und auch Vertreter anderer Gewerkschaftsrichtungen haben sich dagegen ausgesprochen. Doch trotz allem wird die neue Verordnung veröffentlicht und da muß in aller Deutlichkeit gesagt werden, daß die neue Verordnung auf die Ergebnisse einer eigenartigen Untersuchung beruht. Sogenannte Reichskontrollkreise haben im Sommer dieses Jahres die Berliner Erwerbslosenfürsorge „geprüft“ und die Prüfung in einer „Anlagechrift“ zusammengefaßt, die in den Stenokammern der Verordnungsmacher ruhte, bis man in Berlin eine bürgerliche Mehrheit hatte.

Das Ergebnis dieser „Untersuchung“ kann in drei Gesichtspunkte zerlegt werden: Arbeitsvermittlung, Erwerbslosenfürsorge, Kontrolle. Die Berliner Arbeitsvermittler haben in einer Sitzung diese Anwaltschaft auf das richtige Maß zurückgeführt. Für die ungenügende Kontrolle des angegebenen Einzelfalles sind die freien Gewerkschaften nicht verantwortlich zu machen.

Nicht unwidersprochen darf bleiben, daß nur die freien Gewerkschaften die Auszahlung der 2½ Prozent beanspruchen. Auch die Vertreter der christlichen und kirchlich-dunkelsten Gewerkschaften haben im Hauptauschuß diese Forderung unterstützt und ihr zugestimmt. Die Behauptung, die Gewerkschaften verdienen bei dieser Anwendung, kann doch nur Selbsterleuchtung erregen. Eine

Verhandlung mit den Gewerkschaften selbst hätte die Herren vom Gegenteil überzeugt.

Soweit von den freigewerkschaftlichen Erwerbslosenvertretern die Rede ist, wollen wir feststellen, daß ihr Einfluß in den Kreisen der Arbeitslosen immer mehr wächst und die sogenannten wilden Erwerbslosenträte mehr und mehr in den Hintergrund treten. Besonders wird über das Treiben der „wilden“ Räte geklagt. Denkt man daran, daß gerade der Einfluß dieser Elemente durch die neue Fassung des § 14 vergrößert wird?

Wenn darüber geklagt wird, daß zuviel ältere Leute den Arbeitsnachweis belasten, so liegt die Schuld nicht an der Erwerbslosenfürsorge, sondern an dem „sozialen Mitleid“ der Unternehmer, die rücksichtslos alle älteren Personen abweisen, besonders vor dieser augenblicklichen Scheinkonjunktur.

Die Verordnung ist nicht auf Grund sachlicher Erwägungen zustande gekommen; sie atmet finsternen Geist gegen die freien Gewerkschaften. Die Konsequenz der Verordnung ist eine Schwächung des Einflusses der Gewerkschaften, was letzten Endes dem Unternehmertum zugute kommen muß. Die Verordnung muß so schnell als möglich geändert werden.

#### Maßregelung des Betriebsobmannes in der Eisengleiserei Meier und Weichelt.

Die Arbeit eingestellt hat die Belegschaft der Eisengleiserei Meier und Weichelt in Lindenau. Der Streik ist die Antwort der Arbeiterschaft auf die plötzliche Entlassung des Betriebsobmannes. Mit der Angelegenheit hat sich eine Belegschaftsversammlung beschäftigt. Wir werden ersucht, nachstehenden Bericht über diese Versammlung zum Abdruck zu bringen:

„Die Betriebsleitung der Eisengleiserei Meier u. Weichelt lachte seit langem schon den Betriebsobmann Dornberger wegen seines rücksichtslosen Eintretens für die Interessen der Belegschaft zu entlassen. Jetzt endlich schien die Gelegenheit günstig. In der Plattenformerei ergaben sich wegen einer Akkordarbeit Differenzen. Dem Erluchen des Betriebsrates um Erhöhung des Akkordlohes für einen Artikel wurde nicht stattgegeben unter dem Hinweis, daß in einer anderen Abteilung des Betriebes die Arbeit billiger gemacht werde. Der Betriebsobmann setzte sich für die Erhöhung des Akkordlohes ein und versuchte auf Grund seines Rechtes als Betriebsrat den Verkaufspreis für den Artikel zu erhöhen. Er wandte sich zu diesem Zwecke an einen Beamten. Statt nun kollektiv als Angestellter mit den Arbeitern zu handeln, vorgab dieser Angestellte seine proletarische Existenz und machte der Betriebsleitung Mitteilung von dem Verlangen des Betriebsobmannes. Dieser wurde von der Geschäftsleitung vorgeladen, und es wurde ihm dort nahegelegt, daß er selbst gehen solle, damit in dem Betriebe keine Unruhe eintrete. Sein Schade solle es nicht sein. (!) Der Betriebsobmann lehnte dieses Unsinns selbstverständlich ab. Am Sonnabend nach Feierabend bekam er plötzlich die Mitteilung, daß er entlassen sei.

Am Montag früh forderte die Belegschaft sofort einen Bericht über die Vorgänge. Von der Firma wurde der Versuch gemacht, den entlassenen Betriebsobmann aus dem Betriebe fernzuhalten, damit es ihm nicht möglich sei, der Belegschaft über seine Tätigkeit als Betriebsrat Rechenschaft abzulegen. In der Betriebsversammlung erstattete Kollege H e n d e l vom M W. Bericht über die mit der Firma gepflogenen Verhandlungen. Einstimmig wurde das Ansuchen des Unternehmers abgelehnt, der verlangte, daß erst die Arbeit aufgenommen werden müsse und erst dann zu Verhandlungen geschritten werden könne. Die Betriebsversammlung beschloß, ohne Dornberger geht es nicht an die Arbeit. Die Direktion schickte nunmehr ihren juristischen Beirat Herrn Direktor Th i e m e vor. Dieser versuchte, vor den Arbeitern den Nachweis zu erbringen, daß es unmöglich sei, den Betriebsobmann wieder einzustellen. Es war Herrn Dr. Thieme nicht möglich, nachzuweisen, wo und wie Dornberger der Firma Schaden zugefügt hätte. Die Ausführungen des Herrn Direktors lösten oft starken Widerpruch

und bisweilen Lachsalven aus. Wie angenehm den Unternehmern die Arbeit der Schlichtungsanstalt ist, geht aus der Tatsache hervor, daß Herr Direktor Thieme erklärte, der Entlassene könnte ja bei dem Schlichtungsausschuß seine Entlassung immer noch anfechten. Es sei aber unmöglich, mit ihm noch weiter zusammenzuarbeiten, da er das Betriebsgeheimnis zu verletzen versucht habe. Nach Herrn Direktor Thieme sprach der entlassene Betriebsobmann Dornberger, der seine Haltung rechtfertigte und betonte, daß er die Interessen der Belegschaft wahren werde, ob das den Unternehmern angenehm sei oder nicht. Der starke Beifall bewies, daß selbst angesichts der Direktion die Arbeiter fest hinter ihrem Betriebsrat stehen. In der Aussprache wurde von allen Rednern betont, daß trotz der verschiedenen Parteistellung der Arbeiterschaft im Betriebe die Einheitsfront gelichert sei.

Nachdem Herr Direktor Thieme noch einmal versucht hatte, die Belegschaft umzustimmen, nachdem er selbst erklärte, daß die Firma für die Familie des Entlassenen sorgen würde, (!) erfolgte eine geheime Abstimmung über den Streik. Mit 549 gegen 84 Stimmen wurde der Streik beschlossen, bis die Firma die Entlassung des Betriebsobmannes rückgängig mache.

Die Streikleitung. Das Vorgehen des Unternehmers ist ein Schlag gegen die Betriebsräte. Ihnen sind schon im Gesetz die Rechte schmal zugemessen, das Unternehmertum aber möchte ihnen auch noch diese wenigen Rechte nehmen und sie auf die Stufe der ehemaligen bedeutungslosen Arbeiterausschüsse stellen. Dagegen muß sich notwendig die Arbeiterschaft zur Wehr setzen. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Betriebsrat die Verkaufspreise kennen muß, wenn er bei Verhandlungen über die Akkordlöhne die Interessen der Arbeiter mit Erfolg wahren will.

### Veranstaltungskalender.

Mittwoch, den 14. Dezember:  
 USPD, Alt-Leipzig, Süden, Volkshaus 8 Uhr.  
 USPD, Reuthsch, Vater Jahr 1/8 Uhr.  
 Textilarbeiter, Volkshaus 7 Uhr.  
 Metallarbeiter-Vertrauensleute West, Zwei Linden 7 Uhr.  
 Holzarbeiter-Betriebsräte usw., Volkshaus 7 Uhr.  
 Donnerstag, den 15. Dezember:  
 USPD, Pflaßwisch-Lindenau-Sachsenh. Stadt Lützen 1/8 Uhr.  
 Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Interaten ersichtlich.

**Arbeiter!** — werdt neue — **Bolkszeitungsleser.**

**Mehl - Werner Elite** Weizen-Mehl Vom besten Floßplatz 5 Albotatz. 52 „ -Grieß das Bestel

**Optiker Meder**  
 Gegenüber dem Markt 11 Gegenüber dem Alten Rathaus  
**Weihnachtsverkauf mechanischer Lehrmittel**  
 Dampfmaschinen und Modelle. Eisenbahnen mit Uhrwerk. Dampf und für elektrischen Antrieb. Metallbaukasten Morklin (Maccano) Steinbaukasten Arto (Bing). Familienhino. Inblowmaschinen.

# Sollentamps

Artikel sind die besten  
 Weihnachts = Geschenke



## Knaben- und Jünglings-Kleidung

Die Verarbeitung ist solide, der Sitz ohne Label, die Formen sind vornehm

|                       |                 |                          |                 |
|-----------------------|-----------------|--------------------------|-----------------|
| Knaben-Zoppen-Anzüge  | von M. 95.— an  | Jünglings-Salto-Anzüge   | von M. 450.— an |
| Knaben-Zacken-Anzüge  | von M. 150.— an | Jünglings-Norfolk-Anzüge | von M. 300.— an |
| Knaben-Schlupf-Anzüge | von M. 140.— an | Jünglings-Ätler          | von M. 400.— an |
| Knaben-Norfolk-Anzüge | von M. 250.— an | Jünglings-Schlupfer      | von M. 400.— an |
| Knaben-Kleider-Anzüge | von M. 220.— an | Jünglings-Loden-Mäntel   | von M. 200.— an |
| Knaben-Überzieher     | von M. 130.— an | Jünglings-Regen-Mäntel   | von M. 275.— an |

Unsere staunenswerte Leistungsfähigkeit liegt im Groß-Einkauf und in der Eigen-Fabrikation



## Dem Kampf entgegen.

So schlief im Frieden, armes Lamm...  
Ist einsam mich auf heimlichen Wegen  
in Stragenstaube fürbass zieh'n  
des Tages großem Kampf entgegen.

Es geht ein Brausen durch die Luft  
wie eines starken Sturmes Wehen:  
aus Trümmern tauendstündigen Wahns  
will eine neue Welt erstehen.

Des Wertes Wage schwankt nicht mehr,  
schon neigt sich tief die goldne Schale  
des neuen Glaubens Märtyrer  
empfangen ihre Wundenmale.

In einem Tempel knien sie,  
von Schmerz durchbohrt und edlem Grimme,  
du dreimal heilige Natur,  
und hören der Verheißung Stimme:

„Raum hat die Erde allerwärts,  
der Himmel Luft für Millionen —  
der Kerne soll auf eigenem Grund  
im Schatten seines Daches wohnen!

Und trinken soll mit vollem Zug,  
wer nach dem Born der Wahrheit dürstet,  
und wenn der Geist die Krone reichet,  
die göttliche, der sei gefürstet!

Fortan soll keine Mutter mehr  
Ihr Kind in tauendstündigen Schmerzen  
verleugnen müssen, das sie trägt  
in heiligster Liebe unterm Herzen.

Das reine Antlitz der Natur,  
wer wagt, mit Schmach es zu bewahren?  
das Schwert der liegenden Vernunft,  
zum letzten Kampfe sollt ihr schärfen!

Und glühend stürmen sie zum Streite,  
laut gellend schreit die Schlachttrompet  
hoch über ihren Häuptern flammt  
des neuen Tages Morgenröte.

Aus Ketten schmieden sie den Stahl,  
von Herzblut rot die Banner wehen...  
mich aber laßt mit nackter Brust  
in ihren ersten Reihen stehen!

(Mus: Wach auf! Lieder von Klara Müller-Jahnte.)

## Die sozialistische Kinderfreunde-Bewegung in Oesterreich.

Von Karl Gwattler.

Das österreichische Proletariat ist eines der ärmsten unter den Völkern der Welt. Nach 5 Jahren Krieg folgte der Zusammenbruch der Habsburger Monarchie, der alte Wirtschaftszustand aus dem Völligen, es folgte der Friedensvertrag der siegreichen Entente-Imperialisten, der die junge Republik zwingt, ein trauriges Scheinleben zu führen. Die Entwertung der österreichischen Krone steigert die Preise aller lebensnotwendigen Dinge, die zu einem Großteil aus dem valutastarken Ausland eingeführt werden müssen, ins Unermessliche, während die Löhne durchaus nicht im gleichen Maß emporgehen. Nur die kleinsten Kinder erhalten täglich ein Meß des Quantums Milch — wenn die Arbeitermütter imstande sind, den Preis hierfür zu bezahlen; die allermeisten proletarischen Schulkinder aber müssen seit Jahr und Tag sich vorzeitig mit schwarzem Kaffee und trockenem Brot begnügen.

Bei allem Elend aber besitzt die österreichische Arbeiterklasse etwas, was sie vorbildlich gegenüber dem Proletariat anderer Länder erscheinen läßt: Organisationen, die in ihrer Geschlossenheit, Größe und Mächtigkeitskraft, fast beispiellos dastehen, denen allein es zu verdanken ist, daß das werktätige Volk der österreichischen Republik nicht längst im Elend erstickt ist.

Jeder 6. Mensch in Oesterreich ist in den freien Gewerkschaften organisiert, jeder 12. Einwohner des Landes ist Mitglied der sozialdemokratischen Partei, mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung hat seine Kaufkraft in den Konsumgenossenschaften organisiert.

Ein Organisationsgebilde aber ist ganz besonders vorbildlich, und nur in England und in der Schweiz bestehen in den sozialistischen Sonntagsschulen und Kindergruppen nennenswerte, wenn auch relativ kleine Organisationen ähnlichen Charakters. Wir meinen die österreichische Kinderfreunde-Bewegung, die im Arbeiterverein Kinderfreunde — dies der offizielle Name der Organisation — ihren organisatorischen Ausdruck findet.

Dieser Zweig der proletarischen Bewegung Oesterreichs ist 13 Jahre alt und aus unerschütterlichen Anfängen zu seiner heutigen Bedeutung emporgewachsen. Im Jahre 1908 wurde in Graz der Hauptstift der grünen Steiermark von einem kleinen Kreis Genossen, deren Seele der Genosse S. Utrisch war, der Arbeiterverein Kinderfreunde ins Leben gerufen. Der Gedanke, eine Organisation zu schaffen, die — ein Sammelplatz der Freunde und Förderer des Proletariats — eine Stätte sein sollte, dazu bestimmt, dem Kinde das zu geben, was Schule und Elternhaus nicht bieten konnte: Erziehung zum proletarischen Denken und Handeln, fand bald mancherorts freudige Zustimmung und schon vor dem Kriege entstanden eine Anzahl Kinderfreunde-Bereine.

Der Krieg und die aus ihm geborene Not machte diesen Erziehungsplänen ein vorläufiges Ende. Näher als alle Erziehungsprobleme lag die Frage: Wie bringen wir die hungernden Kinder, deren Väter irgendwo im Felde standen, während die Mütter nicht minder schweren Kriegsdienst in irgend einer Fabrik tun mußten, durch die schredensvolle Zeit hindurch? Die Bewegung wurde zur Hilfsorganisation, Tagesheimstätten wurden gegründet, die Kinder gespeist, viele kamen durch Vermittlung der Vereine in ausländische Pflegeplätze, Kleider und Schuhe konnten ihnen zugewiesen werden.

Diese Art der Betätigung fand, nachdem die Väter nach Kriegsende wenigstens zum Teile ihren Familien wiedergegeben, viele Mütter von der fabrikszwangsarbeit befreit wurden, die Kinder wieder die für ihre leiblichen Bedürfnisse sorgenden Eltern zurückzubekommen, nun von selbst ihren teilweisen Abschluß; die Bewegung konnte sich ihren ursprünglichen, erzieherischen Aufgaben wieder zuwenden.

Kant hat in seiner „Pädagogik“ das Erziehungsideal, das heute den Kinderfreunden vorlebt und das zu verwirklichen, viele Hunderte Kräfte in den Kinderfreunde-Organisationen tätig sind, schon gezeichnet:

„Ein Prinzip der Erziehungskunst, das besonders solche Männer, die Pläne zur Erziehung machen, vor Augen haben sollten, ist: Kinder sollen nicht den gegenwärtigen, sondern den zukünftigsten, das heißt des Menschengeschlechtes, d. i. die Idee der Menschheit und deren ganzer Bestimmung angemessen, erzogen werden. Eltern erziehen gemeinlich ihre Kinder nur so, daß sie in die gegenwärtige Welt, die sie auch verderbt, passen. Sie sollten sie aber besser erziehen, damit ein zukünftiger, besserer Zustand hierdurch hervorgerufen würde.“

Nach diesem Prinzip ist die Erziehungsarbeit der „Kinderfreunde“ aufgebaut. Die Kinder sollen nicht mit Gewalt zu sozial-

demokratischen Parteimitgliedern gemacht werden. Das hieße, dem kindlichen Gemüt Gewalt antun. In Herz und Kopf des proletarischen Kindes soll nicht aufdringlich, aber unabhängig der Grundgedanke eingepreßt werden:

„Tue nichts, was deinem Nebenmenschen schadet.“ „Trachte nicht, die anderen niederzutreten, um selbst leichter emporzukommen zu können.“ „Nur die Arbeit aller für alle verbürgt den Wohlstand aller.“

Schon der Größ der Kinder untereinander bringt diese oft proletarisch-sozialistischen, weil menschlichen Eigenschaften, zum Ausdruck: „Freundschaft“ sagen die Kinder, wenn sie sich oder ihre Erzieher begegnen, mit dem Größ Freundschaft kommen sie zu ihren Zusammenkünften, mit ihm gehen sie auseinander. In den Arbeitsstunden und -stunden der Kinderfreunde wird nichts hergestellt, das dem einzelnen gehört; alles für die Gesamtheit. Alle Wapp-, Schreiner- und Metallarbeiten dienen zur Wohlhaltung, Vergrößerung, Ausschmückung des Kinderheims; ist beim Kinderheim ein Grundstück, so werden die Wege und Stege, Ruhebänke und Lauben, die Badebassins, Spielfeld und Turnplätze unter geeigneter Leitung von Gruppen dazu befähigter Kinder hergestellt. Stets müssen die größeren Kinder den kleineren Kameraden behilflich sein. Die Wanderungen, Spiel, Vorträge sind von dem gleichen Geiste befeuert, gegenseitige Hilfe, das Wort wird hier schönste, lebendigste Wirklichkeit!

Selbstverständlich herrscht in den Kindergruppen das Prinzip der Selbstverwaltung; der demokratische Gedanke geht so den voranschreitenden Kindern auf diese Art, man möchte sagen, automatisch in Fleisch und Blut über.

Um die Erziehungsarbeiten systematisch leisten und leiten zu können, wurde in Wien, im ehemaligen kaiserlichen Lustschloß Schönbrunn von den „Kinderfreunden“ eine Erzieherische Schule geschaffen. Ziel und Zweck der Schule sind, für die Fort-, Heimstätten und Kinderheime Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen heranzubilden, die befähigt sind, die Kinder im Kinderfreundeinne zu erziehen. Die Ausbildung umfaßt drei Jahre. Es werden 70 Knaben und Mädchen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren aufgenommen. Hierbei werden in erster Linie die 17-jährigen bevorzugt. Die Unterhaltungskosten trägt der Verein der Kinderfreunde, zu einem kleinen Teil die Eltern der Schüler. Damit ist die erste sozialistische Erzieherische in Oesterreich Wirklichkeit geworden und es besteht kein Zweifel, daß daraus eine Reihe sozialistischer und pädagogischer Lehrkräfte hervorgehen werden, die wohl imstande sind, in die Kinderheime die sittlichen Grundlagen einer künftigen sozialistischen Weltanschauung zu legen.

Alle Organisationen des Klassenbewußten Proletariats stehen heute hilfreich der Kinderfreundebewegung zur Seite. Wohl zählen die 65 000 Mitglieder (Eltern) des Vereins Kinderfreunde regelmäßige Beiträge; diese allein genügen aber bei weitem nicht, die Bedürfnisse der, in etwa 250 Orten Oesterreichs bestehenden sozialistischen Kindergruppen mit ihren mehr als 100 000 Proletarischen Kindern zu decken. Seit Jahren besteht deshalb schon die Einrichtung, des sogenannten „Kinderheiler“. Viele gewerkschaftliche Organisationen heben — durch Spenden von dem Gedanken, daß die planmäßige Erziehung der Arbeiterjugend im Sinne proletarischer Grundsätze eines der wichtigsten und vornehmsten Mittel ist, der Arbeiterklasse die Zukunft zu erbauen — schon seit langem, viele schon vor dem Krieg, von ihren Mitgliedern regelmäßige mit dem Verbandsbeitrag Beiträge ein, die der Zentralkasse der Kinderfreunde zugesührt werden. Geplant war ursprünglich von jeder Lohnkronen einen Heller zu diesem Zwecke zu steuern. Heute liegen nun die Dinge so, daß meistens regelmäßige Beiträge pro Woche und Mitglied von 1 Krone bis zu einem Stundenlohn (50 Kronen bis 150 Kronen) abgeliefert werden. Der letzte Verbandstag der österreichischen Metallarbeiterorganisation (ca. 200 000 Mitglieder) hat die obligatorische Einführung des Kinderheiler im Voraus von mindestens 1 Krone pro Woche beschlossen. Ähnliche Beschlüsse haben auch noch andere Gewerkschaftsverbände gefaßt und die Zentralkasse aller österreichischen Gewerkschaften, die Gewerkschaftskommission, hat im Sommer dieses Jahres den Beschluß gefaßt, wonach alle Gewerkschaftsorganisationen aufgefordert werden sollen, einen regelmäßigen Beitrag für den „Kinderheiler“ mit den Verbandsbeiträgen einzuhändigen. Außerdem haben zwischen der Gewerkschaftskommission, dem Zentralvorstand der österreichischen Sozialdemokratie, der Zentralleitung der Konsumvereine und den sozialistischen Lehrerorganisationen bereits Verhandlungen stattgefunden, um eine gemeinsame Förderung der Kinderfreundebewegung in die Wege zu leiten.

Es geht also vorwärts. Und wenn auch die österreichische Gegenwart grau in grau ist, tausend und aber tausend Hände sind daran, die Grundlagen zu legen, daß es einst anders werde, daß ein neues Geschlecht heranwache, ein Geschlecht von glaubensstarken Kämpfern und Kämpferinnen, die gewillt und befähigt sind, die alte kapitalistische „Ordnung“ mit all ihren tausend Ungerechtigkeiten niederzureißen und mitzuhelfen, die Welt schöner, heller und wohlthäter einzurichten!

## Das Martyrium eines Dienstmädchens.

Zu Tode geprügelt.

In München spielte sich dieser Tage vor dem Schwurgericht ein Prozeß ab, der wie zuvor kein anderer, die Deffinitivität in Ausprägung hielt. Das achtzehnjährige Dienstmädchen Kathi Ragerbauer war von ihren Dienstgebern, den im Kriege reich gewordenen Krämerschleuten Umann in Unterführung bei München zwei Jahre lang so schwer mißhandelt worden, daß sie an den Folgen dieser Unmenslichkeiten im Februar dieses Jahres starb. Der Verhandlung ergab, daß Kathi täglich — auch Sonntags — vor früh 4 Uhr bis gegen 11 Uhr nachts schwerste Arbeit in Haus und Feld verrichten mußte, bei einer Ernährung, die es als ein Wunder erscheinen läßt, daß das Mädchen nicht verhungert war. Dabei mußte sie ständig schwerste körperliche Mißhandlung erdulden. Zweimal war sie davongelaufen und immer wieder zurückgehol worden. Es war die Stiefmutter, die das Mädchen zurückbrachte und die bemerkte, es möge streng behandelt werden. Schlechtes Essen, was auch die Unterkunft. Sie mußte in einem kleinen schmucklosen Raum schlafen, der voller Geruch war und auch als Brutstätte für junges Geflügel benützt wurde; die Fenster waren mit Brettern vernagelt. Trotz ihres von allen Zeugen bezeugten äußersten Fleißes, hörte das Mädchen nie ein gutes Wort „Mitleid“, „San“, „Dankeschön“ usw. mußte sie täglich hundertmal hören. Frau Umann legte ihr Gegenstände in der Koffer um sie des Diebstahls bezüchtigen und mißhandeln zu können. Begehrtesten Kleinigkeiten und meist ohne Anlaß bekam das Mädchen Schläge mit Besenstielen, Peitschen, Holzstöcken, Lederröcken, Gartenhaken usw. Oft wurde sie auf den nackten Körper geschlagen. Weist wurde sie von Umann gehalten, während die Frau mit aller Wucht zuschlug. Das Mädchen wagte nicht zu klagen aus Angst vor der Rache ihrer Dienstgeberin. Als ihr Vater durch Bekanntheit von den Mißhandlungen benachrichtigt, nach Unterführung kam wurde er von den Umanns mit gutem Essen und Schnaps bewirtet. Man verhetzte ihn, erzählte, seine Tochter sei faul und stehe, bis er in Wut geraten, seine Tochter prügelte, der zu helfen er gekommen war. Im Februar dieses Jahres bekam das Mädchen infolge der unzähligen Wunden an ihrem Körper, die von den unheimlichen Mißhandlungen herrührende Blutvergiftung mußte aber trotzdem auch weiterhin schmutzige Arbeiten verrichten, obwohl ihr Damm bereits blauschwarz geworden war, bis sie eines Tages nicht mehr vom Bett aufstehen konnte. Im Krankenhaus erzählte das Mädchen aus Furcht vor der Umann, daß sie von der Weiter gequält sei. Erst an ihrem Todestage gestand sie die grauenhafte Wahrheit. Das Gutachten der Sachverständigen war vernehmlich für die Angeklagten. Ein Arzt, der schon zwanzigtausend Leidenktionen gemacht hatte und auch im Felde war, erklärte,

er habe noch nie einen Körper gesehen, der so wenig heile Stellen aufwies, wie der des zu Tode mißhandelten Mädchens. Ein anderes Dienstmädchen, das als Zeugin vernommen wurde, sagte aus, daß es wegen der entsetzlichen Mißhandlungen fortgelaufen sei. Wegen des Davonlaufens wurde es so geprügelt, daß es in den nächsten Tagen wieder fortließ. Frau Umann fuhr dem Mädchen mit dem Rade nach und holte es auf der Landstraße nach München ein. Zu Hause angekommen, mußte es sich bis auf das Hemd ausziehen, wurde dann von der Frau Umann auf den Boden geworfen, wo es ihre eigne Schwester festhalten mußte. Dann schlug es die Frau Umann mit der Hundpeitsche bis aufs Blut. „Mein ganzes Hemd“, sagte das Mädchen, „ist voll Blut gewesen.“

Das Urteil lautete wegen Körperverletzung mit Todesfolge für Frau Umann auf 8 Jahre Zuchthaus, für ihren Ehemann auf 3 Jahre Gefängnis. Frau Umann wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 8 Jahre aberkannt. Nach der Schwurgerichtsverhandlung kam es zu lebhaften Demonstrationen gegen die Eheleute Umann. Während die Angeklagte ins Gefängnis zurückgebracht wurde, wollte der Ehemann, der nicht in Haft ist, sich in ein Gasthaus begeben. Er wurde aber auf der Straße erkannt und von der erregten Menschenmenge verfolgt und geprügelt. Die Polizei mußte ihn in Schutz nehmen und verbrachte ihn in Schutzhaft.

Dieser Prozeß, der das Martyrium einer Proletarierin aufzeigte, brachte so grauenhafte sadistische Quälereien zur Kenntnis der Deffinitivität, wie selten ein anderer Mißhandlungsprozeß. Aber es zeigte sich auch das traurige Los des Dienstmädchens im allgemeinen. Die Hausangestellten sind unter den Lohnsklavinnen, die mit dem traurigsten Los, die „Herrschafft“ krummt sich nicht um die seelischen und körperlichen Qualen des „Dienstboten“. Man sieht in dem Mädchen nie den Menschen, sondern nur das Arbeitstier, das nie etwas recht machen kann. Das Los der „Dienstboten“ ist noch ein Stück mittelalterlicher Sklaverei, das sich in unsre Zeit vererbt hat. Und das Schicksal des zu Tode geprügelten Dienstmädchens Kathi Ragerbauer hat das Sklavenschiedel der Hausangestellten grell beleuchtet.

## Zerstreutes Leben.

Ein ostelbisches Kulturbild.

Mitgeteilt von Gustav Schröder-Ebing.

Was ich in den nachfolgenden Zeilen berichte, ist nichts Zusammenfassendes, sondern grauenhafte Tatsache. Ich konnte den Ort und die Namen sämtlicher Beteiligten nennen. Für das hier Wiedergegebene sind Zeugen vorhanden. Vielleicht hätte ich daraus einen Leitartikel machen sollen, vielleicht auch besser getan, den Stoff novellistisch einzukleiden. Ich möchte weder eins noch das andre. Kurz und schlicht sei mitgeteilt, was mit begegnete.

Also da ist ein deutsches Bauerndorf in einer Niederung des Regierungsbezirks Marienwerder. Neben Mittel- und Kleinbauern auch einige Gutsbesitzer. Der, von dem ich spreche, besitzt zwar kein übermäßig großes Gut. Doch ist der Boden erfruchtig und die Lage seines Eigentümers glänzend. Dieser Gutsbesitzer hat ein Dienstmädchen, so Ende der Dreißig herum. Das Mädchen hatte — diese Begebenheit spielt im Jahre des Heils 1921 — bis dahin zehn Kinder geboren. Hatte sie alle zehn unehelich geboren. Und hatte auch alle zehn begraben. Nicht eins war groß geworden. Man muß schon sehr naiv sein, will man hierin „den Finger Gottes“ erblicken und nicht von Engel machen reden. Meines Amtes ist es nicht, zu untersuchen, wieweit die zehnfache Mutter an diesem Kindersterben beteiligt ist. Wahrscheinlich ist sie bei alledem selber Opfer statt Märscher oder Furie gewesen. Vielleicht auch starben die Kinder wirklich alle zufällig, reell und ehrlich. Was kann sich auf ostelbischem Lande eine uneheliche Mutter viel um ihr Kind kümmern? Genug, die zehn Kinder sind tot und kein Mensch hat an ihrem Sarge etwas auszuhaben gehabt.

Auf dem Gut, wo das Mädchen 1921 diente, war ein Hofvorkatze. Verheiratet. Vater mehrerer Kinder und sehr beliebt. Soll ich noch mehr Worte machen? Zum ersten Male gab es eine Schwangerschaft. Zum ersten Male sah ein bedauerndes Gesicht seiner Niederkunft entgegen.

Der Tag kam und der Gutsbesitzer befiel das Mädchen nicht im Hause. Er ordnete an, daß es zu einem bestimmten Zeitpunkt zu gehen und dort die Entbindung vorzunehmen habe. Der Mann konnte sich nicht weigern, obgleich er allen Grund gehabt hätte, das Verlangen seines Herrn abzuschneiden. Die Wohnung bestand nur aus einem einzigen Raum. Hier schlief der Ehemann mit seiner Frau, hier schlief eine erwachsene Tochter, hier schliefen zwei schulpflichtige Kinder. Und hier gebar auf einer Strohschütte am Fußboden die Frau ihr erstes Kind.

Das Kind war gesund und nach Aussage meiner Gewährsmänner lebensfähig. Doch wohin mit ihm? Die Mutter ging auf ihre alte Stelle zurück. Und sie hatte Glück. Die Frau des Hofvorkatzen, der des Kindes Vater war, erbot sich freiwillig, das Kind in Pflege zu nehmen. Einige Tage später war es tot. Wieder hat niemand den Tod zu bemängeln gehabt. Warum sollte das Kind nicht sterben? Es gibt so vieles, woran so kleine Kinder sterben. Und daß der Vater die Sorge wegen der Wittme los ist, ist eben auch Glück. Möglich, daß im nächsten Jahr ein neues Kindergrab geschaukelt wird.

In einer Versammlung von Landarbeitern war es, wo einer der Redner aufstand und seine Erbitterung über diese Zustände herausrief. Ein paar Duzend andre bestätigten seine Darlegung. An der Wahrheit ist also nicht zu zweifeln.

Das ist Ostelbien. Der Fall mag besonders traurig sein. Doch weiß ich von einem ganz ähnlichen, wo die Mutter im achten unehelichen Wochenbett starb. Böhle die auf ostelbischem Gut geboren und verstorbenen Säuglinge zusammen und ihr kommt häufig zu zehntausenden. Zerstreute Menschenwürde, zerstreute Menschenleben. Ein Bildnis in dem Grauenhaften dieser Dorftragödie war, daß die Landarbeiter in der Versammlung, wo sie besprochen wurde die schleunige, entschädigungslose Entlassung der Großgrundbesitzer zugunsten der Gemeinden forderten. . . .

## Eine lehrreiche Stadtverordnetenwahl.

In der 100. Gemeindegemeinde in Berlin hat eine Lehrerin in der Oberklasse der Mädchen eine richtige Stadtverordnetenwahl vornehmen lassen. Zu diesem Zwecke ließ sie, da 35 Mädchen wahlberechtigt waren und in der letzten Wahl sich neun Parteien beteiligten, 35 mal 9 Stimmzettel schreiben. Dann kaufte sie 35 Kugeln und ließ einen regelrechten Wahlvorstand bilden, bis schließlich die Wahl geheim vorgenommen wurde, nachdem jedes Kind 9 Stimmzettel erhalten hatte. Die Auszählung ergab eine sozialistische Mehrheit, bestehend aus 12 SPD, 5 FDP, 2 KPD, sind 19 Stimmen gegen 16, welche auf bürgerliche Parteien entfielen.

Nach der Wahl wurde die Lehrerin äußerst stolz; jedenfalls hatte sie eine sozialistische Mehrheit nicht erwartet und wird das Experiment wahrscheinlich nicht noch einmal wiederholen.

Von unten heraus muß die Gesellschaft gebaut sein; zuerst das Nützliche: Wohnung, Kleidung, Schlafen, Essen; dann das Wahre: die Durchdringung des Nützlichen mit menschlicher sittlicher Lebensanschauung, und zum Schluß als Krone des Ganzen das um seiner selbst willen gewollte Schöne. Goethe.



Reichstag.

Berlin, 13. Dezember.

Präsident Seebe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten. Nach Eröffnung einer Reihe Meiner Anfragen werden die Gesetzentwürfe betr. Verordnung über Lohnpändung, Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen, Aufhebung vorübergehender Polizeibefugnisse ohne Debatte der Ausdehnung der Befugnisse, Absetzung von Ansprüchen gegen das Reich werden in allen drei Beratungen ohne Debatte verabschiedet. Bei dem Gesetzentwurf, der den...

Frauen als Beisitzer zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten

Gingang verabschiedet, bemerkt die Genossin Zieh (USP.): Trotzdem die Volksbeauftragten, die in den ersten Monaten der Revolution die Regierung ausübten, den Frauen das Wahlrecht zu allen gesetzlichen und öffentlichen Körperschaften zugesprochen haben, ist es ihnen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten bis auf den heutigen Tag vorenthalten. Wir haben schon des öfteren betont, daß dies geschwidrig ist. Dazu kommt, daß die Bestimmung, die den Frauen das passive Wahlrecht vorenthält, im Gegensatz zu der Weimarer Verfassung steht. Wenn man den Frauen die Fähigkeit zuerkennet, als Sachverständige zu fungieren, sehen wir keinen Grund, warum ihnen nicht das Amt als Beisitzer zuerkennet werden soll. Von Mitte März bis heute hat das Arbeitsministerium gebraucht, um diese Fähigkeit Novellen auszuarbeiten. Diese Verzögerung hat dazu geführt, daß bei den Wahlen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten, die in einer großen Anzahl von Städten in diesem Jahre vorgenommen worden sind, für eine Periode von drei, vier mitunter sogar von sechs Jahren Dauer, praktisch die Frauen von der Ausübung des passiven Wahlrechts und der Ausübung des Richteramts ausgeschlossen wurden. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob das wohl Absicht war. Ich habe den dringenden Verdacht, daß man auch heute nicht mit der Novelle gekommen wäre, wenn man nicht zugleich die Erhöhung der Gebühren hätte durchsetzen wollen. Der Verdacht wird noch verstärkt dadurch, daß die Vorlage, die den Frauen das Recht geben soll, als Geschworene und Schöffen tätig zu sein, bis auf den heutigen Tag noch nicht zur Verhandlung gestellt worden ist. Mit dieser Vorlage hat man es sehr eilig, weil man in der Hauptache die Erhöhung der Gebühren erreichen, die Gelder einstreifen will. Meine Fraktion verlangt grundsätzlich, daß die Rechtsprechung überhaupt unentgeltlich sein soll. Hier nimmt man sofort eine Erhöhung der Gebühren vor. Wenn man die Unentgeltlichkeit noch nicht allgemein durchführt, darf man die Kosten nicht weiter den Gemeindefiskus aufbürden. Diese Kosten sind vom Reich zu übernehmen. Ich beantrage, die Vorlage dem Ausschuss zu überweisen, schnell durchzuberaten, damit sie mit entsprechenden Veränderungen schnellstens verabschiedet werden kann. (Lebhafte Bravo! b. d. US.)

Abg. Frau Schroeder (SPD.) schließt sich den Ausführungen der Genossin Zieh an.

Abg. Roosen (Komm.) äußert sich in ähnlichem Sinne und wendet sich dagegen, daß den ständigen Vertretern der Unternehmer Prozessvollmacht vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten gegeben werden soll.

Hierauf wird der Entwurf dem Sozialen Ausschuss überwiesen.

Bei Beratung des Gesetzentwurfs betr. Entsendung von Beisetzern zu den Kaufmannsgerichten in den Ausschuss bemerkt

Abg. Roosen (Komm.), daß seine Fraktion bei der Ausschussberatung den Versuch machen werde, dem Gesetz ein anderes Gesicht zu geben.

Darauf wird dieser Gesetzentwurf ebenfalls dem Sozialen Ausschuss überwiesen. Es folgt die Beratung der Interpellation Stresemann (D. Sp.) über

Vorkommnisse in der Pfalz

Die Begründung gibt

Abg. Moldenhauer (D. Sp.): Am 31. August und 8. September sei der Versuch gemacht worden, die pfälzische Regierung ihrer Gewalt zu berauben. Derselbe Versuch hätte das Regierungsgebäude gestürmt und Gewalttaten an öffentlichen und privaten Eigentümern vorgenommen. Die Drahtzieher dieses Unternehmens seien die französischen Machthaber in der Pfalz gewesen. Die gesamte Bevölkerung, einschließlich der Arbeiterschaft, alle Parteien, einschließlich der kommunistischen, hätten sich gegen dieses Unternehmen ausgesprochen. Das ganze Verhalten der französischen Besatzungsbehörden, die so viel von loyalen Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung sprächen, offenbare sich in ihren Taten ganz anders. Der Redner fragt die Regierung, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedente, um das Rheinland vor solchen Vergewaltigungen zu schützen.

Reichsminister des Innern Dr. Roeder: Die Rheinlandpolitik der Franzosen macht den Eindruck, als ob Frankreich jetzt durchzuhalten versuche, was es durch den Friedensvertrag nicht erhalten hat. Diese Politik zeigt die gerade Linie, unter Ausnutzung der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Konjunktur die Verbindung der Rheinlande mit Deutschland zu lockern, aus dem Rheinland eine Zone der moralischen Abwertung, d. h. ein Vorfeld für französischen Wesen zu machen. Die Franzosen sehen das Bündnis mit der Angst vor dem Bolschewismus auf und die Kirche mit der Angst vor dem Sozialismus. Es ist kein Zweifel daran, daß der größte Teil der Arbeiterschaft am 31. August für die Demokratie und die Republik zu demonstrieren gewillt war, jedoch nicht wußte, daß er damit auch anderen Kräften dienete, daß er sich am Gängelbande einiger dunkler Elemente befand. Die große Masse der arbeitenden Bevölkerung hat ihren Irrtum nachher erkannt und die Konsequenzen daraus gezogen. Ich möchte den Pfälzern aber eine große Portion Mißtrauen in die schönen Neben fremder Politiker anraten. Die Vorkommnisse sind nur Teilereignisse aus dem großen und tiefen, aber ähnen Mangel, in dem die Rheinlande sich seit drei Jahren befinden, ein Mangel, der der Friedensvertrag nicht vorgegeben hatte, das unter veränderten Umständen vor sich geht, das aber nur ein Ziel hat: Mehr Macht, mehr Herrschaft der Franzosen über die Rheinlande! Die französische Rheinlandpolitik hat den Aufbau Europas unweigerlich verändert. Wenn die Franzosen nicht wollen, daß die Rheinlande eine friedliche Brücke einer friedlichen deutsch-französischen Politik sein sollen, dann werden wir dafür sorgen, daß die Rheinlande ein festes Bollwerk deutscher Kräfte bleiben, bis sie wieder politisch ganz zu uns gehören! (Lebhafte Beifall bei den Soz. und rechts.)

Abg. Hofmann-Kollerslautern (SPD.) widerlegt die Ausführungen des Interpellanten, der behauptet hatte, daß eine rote Armee zur Zeit des Erzherzogmordes in den Rheinlanden bestanden hätte, und daß verschiedene Personen die Anführer der Demonstrationen der Arbeiter gewesen seien. Die Silberstürmer war eine zu verurteilende Selbsthilfe der Arbeiter, die nur zu verstehen ist dadurch, daß die Militärtribunale noch jetzt, drei Jahre nach der Revolution, überall hängen. Es ist verständlich, daß in einer politisch so erregten Zeit, wie die des Erzherzogmordes, die Arbeiter sich durch Provokation zu unüberlegten Handlungen haben hinreißen lassen. Wir sind bereit, den Pfälzern in ihrem Kampfe beizustehen, aber unter der Bedingung, daß der Kampf national, nicht nationalistisch, daß der Kampf mit Wahrheit, nicht mit Lüge geführt wird! Die Politik der Rechten aber ist nicht dazu angetan, eine friedliche Politik mit Frankreich anzubahnen. Abg. Hofmann-Andwagsbach (D. Sp.): Ich möchte der Regierung sagen: Wir Pfälzern wollen nicht besondere Forderungen und

Schutzmaßnahmen zur Wahrung des Deutschen. Dafür sorgen wir selber. Wir wollen, daß unsere Reichsregierung in Verfolgung einer Außenpolitik zunächst herbeiführt, daß endlich einmal die Ruhe aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Gebiet der Rheinlands schwindet, die Jahre hindurch geherrscht hat und noch herrscht.

Abg. Bismarck schlägt vor, die Beratung abzubrechen. Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr. Tagesordnung: Steuervorlagen, Meiner Vorlagen und der Rest vor heute. — Schluß 7 Uhr.

Frankenthal (Pfalz), 13. Dezember. Gestern begann die Verhandlung gegen 14 Angeklagte wegen Landfriedensbruchs, begangen durch einen Sturm auf das Regierungsgebäude und eine Kundgebung vor dem Stadthaus in Speyer am 31. August und 7. September d. J.

Sächsischer Landtag.

80. Sitzung. — Dienstag, den 13. Dezember 1921, nachm. 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige verlagte Abstimmungen.

Angenommen wird der Gesetzentwurf über die Sonntagruhe in der von der Ausschussmehrheit beschlossenen Fassung. Bürgerliche Minderheitsanträge, an Sonn- und Feiertagen nach Ablauf der Vollzeitsunde des Vorleses, mindestens aber von 2-11 Uhr vormittags, Luftballons, Schaustellungen usw. für unzulässig zu erklären, sofern hierdurch ein die Nachbarschaft störendes Geräusch verursacht wird und in der gleichen Zeit auch öffentliche Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel zu verhindern, werden abgelehnt.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Vindierung der Not der Kleinrentner wird angenommen.

Der Antrag des Abg. Winkler (D. Sp.) auf Verweisung des Antrages der Abg. Schmidt-Blauen, Winkler und Genossen auf Aufhebung der vom Arbeitsminister erlassenen

Verordnung, die Ueberstunden betreffend, wird mit den Stimmen der Linken abgelehnt.

Anschließend berichtet der Abg. Büniger (D. Sp.) als Berichterstatter des Rechtsausschusses über Anträge auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung kommunistischer Abgeordneter. Beschlossen wird, die Strafverfolgung gegen den Abg. Renner nicht zu genehmigen. Aus dem Ausschussbericht ist zu entnehmen, daß es sich in der Strafsache um Artikel des Kampfers und des Dresdener Volksblattes handelt, die Renner als verantwortlicher Redakteur dieser Zeitungen zeichnete. Im Ausschuss haben sich die Deutschnationalen wie die Bürgerlichen insgesamt für die Genehmigung zur Strafverfolgung ausgesprochen. Die sozialistischen Abgeordneten erklärten sich aus grundsätzlichen Erwägungen dagegen. Den Artikeln konnte eine besondere Bedeutung nicht mehr zu. Auch den Abgeordneten müsse das Recht der freien Meinungsäußerung zustehen. Die Immunität müsse den Abgeordneten verbleiben. Zwei weitere Fälle betreffen den kommunistischen Abgeordneten Ulrich-Leipzig. Dieser Abgeordnete hat bekanntlich in Leipzig den Roten Kurier mehrere Monate verantwortungsvoll geleitet und auf Vorhalt, daß er Erwerbslosenunterstützung bezöge, erwidert, daß er sich nicht als Redakteur in Stellung befinde. Im Gegensatz dazu hat der kommunistische Abgeordnete Langrod erklärt, daß Ulrich als Hilfsredakteur anzusehen sei. Da es sich aber in der Angelegenheit nur um die Uebertragung einer Kollektionsliste handelt, hat der Ausschuss die Strafverfolgung einstimmig abgelehnt. Im Plenum erheben sich außer der Linken gegen auch einige demokratische Abgeordnete, die sich schnell wieder setzen. (Beifall.)

Eine Strafverfolgung des Abg. Ebert (Komm.) wird ebenfalls nicht genehmigt. Sodann wird der Antrag des Außerordentlichen Ausschusses zum Gesetzentwurf über die

Änderung des Beamtenbesoldungsgesetzes zur Beratung gestellt. Er lautet:

- 1. Den Gesetzentwurf unverändert nach der Vorlage anzunehmen. 2. Die Eingaben, soweit sie durch die Vorlage nicht bereits erledigt sind, der Regierung als Material für eine künftige neue Regelung zu überweisen.

Der Berichterstatter des Sonderausschusses Abg. Rajtan (Soz.) führt aus: Der Ausschuss hat das Gesetz in seinen Wesensgrundzügen nicht verändern können. Die unteren Beamten haben mehr als die oberen unter den Kriegselben gelitten. Ihre Gehälter reichen auch nicht zur Befriedigung der bescheidensten Bedürfnisse. Notwendig ist deshalb eine Systemänderung in der Besoldungsfrage. Die unteren Gehälter müssen den oberen annähernd werden. Das neue Gesetz zeigt nicht das erwünschte Bild. Die neue Löhnerungsreihe hat alles bisher Dagewesene überpült. Der Landtag hat in bezug auf die Besoldungsordnung verschiedene Wünsche schon früher präzisiert, die nicht berücksichtigt worden sind. Die Vorlage fand daher starke Kritik, vor allem von der Linken Seite des Hauses. Jedoch wird sich der Landtag in spätestens zehn Wochen wieder, und zwar dann im Sinne einer grundsätzlichen Reorganisation, mit der Beamtenbesoldung befassen müssen. Ausgehend davon sagten sich letzten Endes alle Fraktionen, daß dann, wenn die Einzelwünsche der Parteien aufgeführt würden, das Herausbringen des Gesetzes vor Weihnachten in Frage gestellt sei. So habe die USP. im Ausschuss eine Besoldung der oberen Gehälter gewünscht, sich aber ebenfalls der Erwägung nicht verschlossen, daß dann sofort alle übrigen Anträge der Fraktionen aufgerollt worden wären und daß die sächsischen Beamten am 1. Januar das erhöhte Gehalt nicht bekommen hätten. Es sind aber leider in der Presse irreführende und tendenziöse Mitteilungen zu der Frage veröffentlicht worden, Mitteilungen, die den Tatsachen nicht entsprechen. In den Dresdener Neuesten Nachrichten z. B. ist gesagt, die Linke habe mit Fähigkeit an den hohen Ministergehalt festgehalten, lieber hätte sie die ganze Vorlage scheitern lassen, als daß sie Kürzungen vorgenommen hätte. Die Regelung ist durchaus zwangsläufig erfolgt. Auch auf Änderungsanträge in bezug auf die Ministergehälter ist dieselbe Sorge zu, wie auf alle anderen Änderungsanträge. Es war die Sorge um die Verbesserung der niedrigen Beamtengehälter, die es geboten erschienen ließ, die einstweilige Regelung hinzunehmen. Der Redner verliert sodann

eine Erklärung der SPD., die sich ausspricht für eine grundsätzliche Umgestaltung der Beamtengehälter im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen und die die Regierung auffordert, sich mit den Einzelstaaten in Verbindung zu setzen, um in Zukunft einen größeren Druck auf die Reichsregierung auszuüben.

Ferner gibt er Kenntnis von einem Antrag der Regierung, der ihm vor der Sitzung übergeben worden ist. Er betrifft Veränderungen für den Fall, daß das Reichspensionsgesetz Annahme findet. Zum Schluß betont der Redner, daß die sächsische Regierung für eine soziale Regelung der Gehälter eingetreten ist. Sie habe versucht, die Spannung zwischen den oberen und niederen Beamtengehältern zu verringern und ist weiterhin für besondere Teuerungszuschläge in den Gruppen I-VI eingetreten. Als bei der reichsgesetzlichen Regelung der Beamtengehälter die sächsischen Wünsche hinfällig blieben, hat Sachsen gegen das Reichsbesoldungsgesetz gestimmt. Letzten Endes mußte sich die sächsische Regierung der Reichsregierung fügen. Wenn eine grundsätzliche Umgestaltung der neuen Vorlage vorgenommen wird, dann muß es sich darum handeln, die unteren Beamtenklassen finanziell besser zu stellen und nicht darum, die Gehälter der oberen zu erniedern.

Abg. Hoffmann (Dnat.) beantragt zur Geschäftsordnung, daß

der Antrag der Regierung betr. Veränderungen nach dem Reichspensionsgesetz erst in Ausschussberatung genommen werde.

Minister Lipinski teilt mit, daß der Antrag ohne seine Kenntnis dem Landtage übermittelt worden ist. Der Antrag gilt als juristisch gelassen.

Minister Lipinski führt sodann zu der Vorlage aus: In der Zeit vor der letzten Beamtenbesoldungsreform im Reich hat man dort unter starker Hervorhebung des sozialen Moments versucht, einen gewissen Ausgleich zwischen den oberen und unteren Beamtengruppen zu schaffen. Jedoch wurde über eine starke Abwanderung technisch vorgebildeter Beamten in die Industrie gelangt. Das veranlasse die Reichsregierung, die Meinung zu vertreten, daß man neben dem Prinzip des sozialen Ausgleichs auch das Prinzip der höheren Leistung wieder mehr berücksichtigen müsse. Es fragt sich nur, wieweit insofern die Dinge geregelt werden können. Nicht unwesentlich ist die Veränderung der Steuer- und Gehaltsverhältnisse. Die Statistik der gewerblichen Arbeiter für ganz Sachsen beweist, daß bei andauernder Arbeitslosigkeit 18 000-20 000 Mt. jährlich verdient worden sind. Die dritte Beamtengruppe erhält nummehr 21-20 000 Mt. Nach der ersten Gruppe werden tatsächlich nur noch fünf Beamten gezahlt. Hinzu komme ein größerer Ausgleich durch die Kinderzulagen. Die sächsische Regierung ist davon ausgegangen, die Gehälter der Reichs-, Landes- und Gemeinbeamtinnen möglichst einander anzupassen. Dieser Grundsatz sei auch maßgebend gewesen in bezug auf die Gewährung von Kinderzulagen für Kinder von 18-21 Jahren. Würde anders verfahren, wäre ein Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Beamtengruppen und eine Abwanderung sächsischer Beamten in andre deutsche Staaten zu befürchten.

Die einzelnen Parteien geben sodann zu der Vorlage kurze Erklärungen ab.

Für die deutschnationale Fraktion erklärt der Abg. Börner unter Hinweis auf die angeblich zu hohen Ministergehälter die Zustimmung zu dem Gesetz. Ihm schließt sich der Abg. Anders (D. Sp.) an. Der Abg. Claus (Dcm.) ist ebenfalls für die Vorlage, damit die Beamten möglichst bald in den Genuß der Zulagen gelangen.

Für die USP. gibt der Abg. Schirach

eine Erklärung ab, die wir an anderer Stelle abdrucken. Abg. Schneller (SPD.) erklärt für seine Fraktion das Gesetz für unannehmbar, da es zwischen den oberen und niederen Beamtengruppen eine unerträgliche Spannung zeige. Die mittleren und unteren Beamten müßten an Seite mit der Arbeiterschaft für eine Verbesserung ihrer Lage kämpfen.

Abg. Rajtan (Soz.) brandmarkt in seinem Schlusswort nochmals die bürgerliche Kampfesweise an Hand eines Manuskriptes, das ihm hinterbracht worden war und das offenbar bestimmt war, die bürgerliche Presse zu informieren. Darin waren die Tatsachen auf den Kopf gestellt.

Abg. Börner (Dnat.) wollte wissen, von wem der Zettel kam.

Abg. Winkler (Soz.) stellt fest, daß der Bericht bereits vor Beginn der Sitzung abgehört worden ist. (Lebhafte Beif., hört! links.)

Abg. Rajtan bemerkt, daß er die scholle Art der Berichterstattung geachtet habe und daß dies seine Pflicht als Berichterstatter war. Ich glaube, wer getroffen ist, der meldet sich. (Lebhafte Beif. rechts! links.)

Sodann wird die Vorlage gegen 7 kommunistische Stimmen angenommen.

Nach kurzer Beratung über eine Vorlage, die Errichtung von Gendarmereieinheiten in Rodewisch, Waldheim, Bernsdorf, Blauenbergdorf und Knudsdorf betreffend, wird eine Anfrage der Deutschen Volkspartei,

die durch die Entwertung der Mark verursachte Verteuerung der böhmischen Kohlen

betreffend, vom Abg. Dr. Methammer (D. Sp.) bearbeitet. Er führte aus, daß durch die Verteuerung der böhmischen Kohlen zirka 500 Millionen Mark pro Jahr aufgewendet werden müßten. Die Kohle ist das Brot der Industrie. Durch die plötzliche Preis-erhöhung wird die sächsische Industrie gegenüber der andern deutschen Industrie konkurrenzunfähig. Das Hauptaugenmerk der sächsischen Regierung muß darauf gerichtet sein, uns noch mehr wie bisher von der böhmischen Kohle freizumachen. Das sei möglich, indem eine Steigerung der Produktion in Industriebrücten eintrete.

Wirtschaftsminister Zellisch

betont, daß der plötzliche Aufschwung der tschechischen Kohlenpreise uns unangenehm betroffen hat. Wir hatten bei Erhöhung der Kohlenpreise große Kohlenvorräte. Das Preisbillat der Tschechoslowakei wird nicht von Dauer sein. Als Käufer der Kohlen wird uns die Tschechoslowakei notwendiger brauchen als wir sie. Dabei scheint es, als ob nicht der tschechoslowakische Staat die Preise in die Höhe treibe beim die Umstellung der Markt in Kronenpreise veranlaßt, als vielmehr die tschechischen Kohlen-eruben selbst. Diese Maßnahme ist aber für die sächsische Industrie von einschneidender Bedeutung. An Hand von Zahlen weist der Minister Zellisch die Schäden nach, die der sächsische Industrie erwachsen.

Im allgemeinen ist in Deutschland und besonders in Sachsen gegenwärtig außerordentlicher Kohlenmangel, hervorgerufen durch

das Fehlen von rollendem Eisenbahnmateriel.

Wenn der Zustand noch einige Tage andauert, ist mit der Still-legung eines großen Teils der Industrie zu rechnen. Es ist Zeit, daß wir mit der Reichsregierung ein ernstes Wort sprechen. Auch die Reichsregierung ist über die Auswirkungen des Umrechnungs-verfahrens der Tschechoslowakei übertraucht. Die Besprechung des Reiches hinsichtlich anderweitiger Belieferung mit deutscher Kohle sind nicht eingehalten worden. Es steht heute zweifellos fest, daß wir vor einer Art Eisenbahnkatastrophe stehen. Offen und ernstlich muß einmal ausgesprochen werden, daß bei Wieder-herstellungsfällen die Regierungen der Länder ganz nachdrücklich die Frage nachprüfen müssen, ob sie sich auf den Wirtschaftskreislauf nicht einen größeren Einfluss sichern müssen als wie bisher. Dabei sei ausdrücklich betont, daß dabei Wünsche einer Dezentralisation absolut nicht gekehrt werden! Soeben ist bekannt geworden, daß in Meuselwitz die Kohlen nicht abgefahren werden können, weil der Bahnhof mit beladenen Wagen verstopft ist. Ebenso lagern auf tschechischen Gruben in Mlangen Kohlen, die wegen der Krise im Eisenbahnwesen nicht abgefahren werden können.

Sei dem Steigen der Markt und bei der Bestimmung des tschechischen Wirtschaftslebens werden wir wahrscheinlich leichter als wir dachten über die tschechische Braunkohlenkrise hinwegkommen und das um so leichter, wenn wir dem Wunsch des Abg. Methammer bezüglich der Braunkohlenbrücten nachkommen. Ob wir aber die Reichskohlenkrise, hervorgerufen durch die tschechischen Verhältnisse, bannen können, das kann heute noch nicht gesagt werden.

Abg. Dr. Reinhold (Dcm.) betont die Notwendigkeit, die Grundsätze der kaufmännischen Wirtschaft auch auf die Reichs-eisenbahnen zu übertragen. Solange die Reichseisenbahn nach staatlichen Gesichtspunkten geleitet wird, werden wir über die Anämie nicht hinwegkommen. Die reparaturbedürftigen Wagen und Lokomotiven müßten auch der Privatindustrie zur Instandhaltung übergeben werden. Mit den Vorstellungen bei der Reichsregierung werden wir von hier aus nicht viel erkräften.

Abg. Ruppel (Dnat.) führt aus, daß sich der Kohlenmangel auch im Gewerbe fühlbar macht, vor allem werden nicht die ge-wünschten Sorten geliefert. Notwendig sei eine größere Kohlen-förderung.



**Abg. Baumhert (Soz.):** Die herrschende Kohlennot ist nicht auf mangelnden Arbeitsseller der Bergwerke zurückzuführen, sondern auf die Transportkrise. Dem Abg. Reinhold wäre zu empfehlen, einmal seinen Posten als Abgeordneter fünf Jahre lang mit dem Rufe eines Bergarbeiters zu vertauschen. Dann werde er sicherlich nicht mehr die Heberhütten dauernd fordern.

**Abg. Sachse (NSD.):** Die herrschende Kohlenkrise hat vor allem ihre Begründung in dem herrschenden Maschinenmangel und der großen Reparaturbedürftigkeit des Eisenbahnmateriells.

Dabei gilt nicht der Einwand, daß in den Reparaturwerkstätten etwas weniger geleistet würde als früher, sondern vielmehr ist maßgebend die Verwendung minderwertigen Materials während des Krieges, besonders bei den Feuerungen. Das größte Gewicht ist darauf zu legen, daß reparaturbedürftige Maschinen auf dem schnellsten Wege wieder betriebsfähig gemacht werden und dabei ist auch die Privatindustrie in entsprechendem Maße heranzuziehen. Es besteht die Gefahr, daß dort, wo verstopfte Bahnhöfe vorhanden sind,

**auf den Bergwerken Feierschichten**

angelegt werden müssen. Deshalb muß erwogen werden, ob wir nicht bei dem Reiche unsern Einfluß dahingehend geltend machen müssen, eine entsprechende Anzahl Maschinen gestellt zu erhalten, um die Bahnhöfe freizumachen. Wenn die Halben voll Kohlen liegen, dann ist es töricht, wenn Herr Dr. Reinhold sich für Heberhütten einsetzt. Seinen Einwand, die Eisenbahnen müßten kaufmännisch geleitet werden, hätte er besser vor zehn Jahren angedrückt, da damals gerade seine bürgerlichen Freunde in den entsprechenden Einfluß hatten.

**Dr. Niehammer** betont, daß ein großer Teil Schuld an der bedeutenden Reparaturbedürftigkeit des Eisenbahnmateriells Sachsen treffe, und zwar sei das begründet an der mangelnden Produktivität der Staatsbetriebe und in dem Achtstundentag. (Lachen links.)

In seinem Schlußworte betont Wirtschaftsminister **Geißlich**, daß die Vorwürfe der Sabotage der Arbeitsleistungen in den Werkstätten nicht begründet seien und dafür bisher keinerlei Be-

wels erbracht worden sei. Dadurch, daß man die Frage des Achtstundentages in die Debatte werfe, trage man eine unnötige Schärfe in die Aussprache derart wichtiger Probleme. Gest. heißt, daß die Reichsregierung zu wenig Reparaturwerkstätten besitzt. Die Anregungen, die heute im Parlament zur Behebung der Kohlen- und Eisenbahnkrise gegeben worden sind, wird die sächsische Regierung einer ernstlichen Prüfung unterziehen.

Schluß der Sitzung 1/7 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 15. Dezember, mittags 1 Uhr.

## Steckenpferd- Seife

die beste Milchnußseife für zarte weiße Haut

### Ärztliche Befanntmachungen.

Die nach der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 24. 9. 21 zu zahlenden Teuerungszuschüsse zu den Renten der Schwerkrriegsbeschädigten, Altrentner und der Kriegshinterbliebenen fallen mit Ende Dezember 1921 weg. An deren Stelle treten nach der Verfügung vom 1. 12. 21 mit Wirkung vom 1. 10. 21 folgende Teuerungszuschüsse:

|   |                 |
|---|-----------------|
| Für Schwerbeschädigte, deren Erwerbsfähigkeit um 50-80 v. H. gemindert ist  | monatlich 90 M. |
| deren Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H. gemindert ist   | 130 ..          |
| daneben für jedes Kind, für das der Schwerbeschädigte zu sorgen hat   | 30 ..           |
| Für Witwen, die infolge Krankheit oder Erreichung des 50. Lebensjahres oder durch die Erziehung schulpflichtiger Kinder als erwerbsunfähig gelten   | 80 ..           |
| Für jede unterhaltene Waise   | 40 ..           |
| Für jede ältere Waise   | 50 ..           |
| Für jeden Elternteil  | 30 ..           |
| Für Eltern in Vorauszahlung, d. h. die Elternrente oder Elternrente beziehen. Bei Empfängern widerrechtlicher Zuwendungen müssen die Vorauszahlungen zur Gewährung von Elternrente nach dem Reichsversorgungsgesetz vorliegen.  |                 |
| Schwerkrriegsbeschädigte, Altrentner und Kriegshinterbliebenen, die im Erwerb stehen oder ein entlohnendes Einkommen aus Kapitalanlagen, Pensionen usw. haben, werden für die Gewährung der Teuerungszuschüsse aus. Als im Erwerb stehend sind diejenigen anzusehen, deren Arbeitsverdienst oder sonstiges Einkommen die jeweilige Höchstgrenze der Erwerbslosenunterstützung mindestens um ein Drittel übersteigt. |                 |
| Die Zahlung der Teuerungszuschüsse erfolgt für die im Amtshauptmannschaftlichen Bezirk Leipzig wohnhaften Berechtigten ausschließlich   |                 |

### 1500 M. Belohnung.

Gestohlen wurden am 12. d. M., abends zwischen 7 und 12, aus einem Geschäftslokal am Neumarkt, hier:

- 1 Ernemann-Kino-Aufnahmegerät, Modell B, für 120 M. Film, mit 3 aufmontierten Negativplatten von 80, 80 und 120 mm Brennweite.
- 1 Ernemann-Heag XV, 4, 5/8 mit Apolonat in Automatenverschluss B, ohne Kassetten.
- 1 Contax-Nettel-Picolette (Kollim.-Kamera) 4, 5/8 mit Akromat.
- 1 Doppelanalogmat „Ernat“ in Automatenverschluss B (Wellring).
- 1 Messingdrehtast.

Der Beschädigte hat auf Ermittlung der Täter eine Belohnung von 500 M. und auf Wiederherstellung der gestohlenen Gegenstände eine solche von 1000 M. ausgesetzt, deren Verteilung durch das Polizeiamt unter Ausschluß des Rechtsmeines erfolgen soll.

Sachdienliche Mitteilungen werden schnellstens Kriminalabteilung erbeten zu Kr. R. XIV 3514/21 Leipzig, den 13. Dezember 1921.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

### Arbeiterrentenempfänger!

Arbeiterrentenempfänger, die einen Antrag auf Gewährung einer Beihilfe bis zum 1. Dezember 1921 gestellt haben, werden aufgefordert, sich vom Donnerstag, dem 15. Dezember 1921 an beim Städtischen Arbeitsamt II Leipzig, Gerberstraße 3, in der Zeit von 8-1 Uhr mittags, zu melden und zwar:

|  |                                |
|--|--------------------------------|
| Buchstaben A-D am Donnerstag, den 15. 12. 21 | E-G .. Freitag, .. 16. 12. 21  |
| H .. Sonnabend, .. 17. 12. 21                | I-K .. Montag, .. 19. 12. 21   |
| L-N .. Dienstag, .. 20. 12. 21               | O-R .. Mittwoch, .. 21. 12. 21 |
| S .. Donnerstag, .. 22. 12. 21               | T-V .. Freitag, .. 23. 12. 21  |
| W-Z .. Sonnabend, .. 24. 12. 21              |                                |

Als Ausweis ist der Wohnungsmeldebchein vorzulegen.

Leipzig, den 14. Dezember 1921.

Der Rat der Stadt Leipzig.  
Berm.-Reg.-A. Nr. 1568. Arbeitsamt II.

### Marxstadt

Wir weisen hiermit darauf hin, daß die seitweilig festgesetzten Höchstpreise für Brotkörner im Bahnhof ab Lager:

- Mark 22,50 per Zentner ab Lager.
- Mark 24,00 per Zentner frei Haus.
- Mark 24,00 per Zentner frei Keller: im Landaback
- Mark 27,00 per Zentner ab Lager.
- Mark 27,50 per Zentner frei Haus.
- Mark 28,50 per Zentner frei Keller

betragen und keinesfalls von den Kohlenhändlern überschritten werden dürfen.

Zwischenhandlungen können Befragung und Entziehung der Kohlenbesugnisse zur Folge haben.

Marxstadt, den 8. Dezember 1921.

Der Stadtrat.  
- Ortshofenstelle -

### USPD. Groß-Leipzig

Stütz. Freitag, den 16. Dezember, abends 1/8 Uhr. Tagesordnung: 1. Die Einigung des Proletariats. Auslosung hierzu. 2. Stellungnahme zum Parteitag. 3. Bericht über die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert zahlreiches Besuch.

Der nächste Diskussionsabend findet Sonntag, den 17. Dezember, abends 1/8 Uhr, im Landshaus statt.

**Zionberg-Neureudnik.** Für unsere Kinder dem 17. Dezember, nachm. 1/4 und 1/2 Uhr und am Sonntag, dem 18. Dezember, vorm. 1/10 Uhr, im Gasthof Neureudnik, Stötterstraße 7, folgende Märchen mit Lichtbildern vorgeführt: 1. Selma Lagerlöf, Wunderlampe Kette des Heinen Nils Holgerson mit den Wildgänzen. 2. Hans Jantzen, der Anklücker. Eine schaurige Geschichte von Wilhelm Busch. Die Märchen werden von Hl. Käthe Schuppe erzählt. Während der Pause Musik und gemeinsamer Gesang. Einlaßkarten bei den Beisitzern. Der Vorstand.

**Gelegenheitsverkauf in Spielwaren Puppenmöbel, Kinder-Musikinstrumente**

H. Wittich, Leipzig, Bachhäuserstraße 6, III.

### Knorr Hafermehl

gibt wohlschmeckende, leichtbekömmliche und nahrhafte Speisen für jedermann für klein und groß, jung und alt, Gesunde, Kranke und Schwache

### Bauarbeiter-Verband

Stellende: 1927, 1928, 1929, 1930, 1931, 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937, 1938, 1939, 1940, 1941, 1942, 1943, 1944, 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951, 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969, 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991, 1992, 1993, 1994, 1995, 1996, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 2679, 2680, 2681, 2682, 2683, 2684, 2685, 2686, 2687, 2688, 2689, 2690, 2691, 2692, 2693, 2694, 2695, 2696, 2697, 2698, 2699, 2700, 2701, 2702, 2703, 2704, 2705, 2706, 2707, 2708, 2709, 2710, 2711, 2712, 2713, 2714, 2715, 2716, 2717, 2718, 2719, 2720, 2721, 2722, 2723, 2724, 2725, 2726, 2727, 2728, 2729, 2730, 2731, 2732, 2733, 2734, 2735, 2736, 2737, 2738, 2739, 2740, 2741, 2742, 2743, 2744, 2745, 2746, 2747, 2748, 2749, 2750, 2751, 2752, 2753, 2754, 2755, 2756, 2757, 2758, 2759, 2760, 2761, 2762, 2763, 2764, 2765, 2766, 2767, 2768, 2769, 2770, 2771, 2772, 2773, 2774, 2775, 2776, 2777, 2778, 2779, 2780, 2781, 2782, 2783, 2784, 2785, 2786, 2787, 2788, 2789, 2790, 2791, 2792, 2793, 2794, 2795, 2796, 2797, 2798, 2799, 2800, 2801, 2802, 2803, 2804, 2805, 2806, 2807, 2808, 2809, 2810, 2811, 2812, 2813, 2814, 2815, 2816, 2817, 2818, 2819, 2820, 2821, 2822, 2823, 2824, 2825, 2826, 2827, 2828, 2829, 2830, 2831, 2832, 2833, 2834, 2835, 2836, 2837, 2838, 2839, 2840, 2841, 2842, 2843, 2844, 2845, 2846, 2847, 2848, 2849, 2850, 2851, 2852, 2853, 2854, 2855, 2856, 2857, 2858, 2859, 2860, 2861, 2862, 2863, 2864, 2865, 2866, 2867, 2868, 2869, 2870, 2871, 2872, 2873, 2874, 2875, 2876, 2877, 2878, 2879, 2880, 2881, 2882, 2883, 2884, 2885, 2886, 2887, 2888, 2889, 2890, 2891, 2892, 2893, 2894, 2895, 2896, 2897, 2898, 2899, 2900, 2901, 2902, 2903, 2904, 2905, 2906, 2907, 2908, 2909, 2910, 2911, 2912, 2913, 2914, 2915, 2916, 2917, 2918, 2919, 2920, 2921, 2922, 2923, 2924, 2925, 2926, 2927, 2928, 2929, 2930, 2931, 2932, 2933, 2934, 2935, 2936, 2937, 2938, 2939, 2940, 2941, 2942, 2943, 2944, 2945, 2946, 2947, 2948, 2949, 2950, 2951, 2952, 2953, 2954, 2955, 2956, 2957, 2958, 2959, 2960, 2961, 2962, 2963, 2964, 2965, 2966, 2967, 2968, 2969, 2970, 2971, 2972, 2973, 2974, 2975, 2976, 2977, 2978, 2979, 2980, 2981, 2982, 2983, 2984, 2985, 2986, 2987, 2988, 2989, 2990, 2991, 2992, 2993, 2994, 2995, 2996, 2997, 2998, 2999, 3000, 3001, 3002, 3003, 3004, 3005, 3006, 3007, 3008, 3009, 3010, 3011, 3012, 3013, 3014, 3015, 3016, 3017, 3018, 3019, 3020, 3021, 3022, 3023, 3024, 3025, 3026, 3027, 3028, 3029, 3030, 3031, 3032, 3033, 3034, 3035, 3036, 3037, 3038, 3039, 3040, 3041, 3042, 3043, 3044, 3045, 3046, 3047, 3048, 3049, 3050, 3051, 3052, 3053, 3054, 3055, 3056, 3057, 3058, 3059, 3060, 3061, 3062, 3063, 3064, 3065, 3066, 3067, 3068, 3069, 3070, 3071, 3072, 3073, 3074, 3075, 3076, 3077, 3078, 3079, 3080, 3081, 3082, 3083, 3084, 3085, 3086, 3087, 3088, 3089, 3090, 3091, 3092, 3093, 3094, 3095, 3096, 3097, 3098, 3099, 3100, 3101, 3102, 3103, 3104, 3105, 3106, 3107, 3108, 3109, 3110, 3111, 3112, 3113, 3114, 3115, 3116, 3117, 3118, 3119, 3120, 3121, 3122, 3123, 3124, 3125, 3126, 3127, 3128, 3129, 3130, 3131, 3132, 3133, 3134, 3135, 3136, 3137, 3138, 3139, 3140, 3141, 3142, 3143, 3144, 3145, 3146, 3147, 3148, 3149, 3150, 3151, 3152, 3153, 3154, 3155, 3156, 3157, 3158, 3159, 3160, 3161, 3162, 3163, 3164, 3165, 3166, 3167, 3168, 3169, 3170, 3171, 3172, 3173, 3174, 3175, 3176, 3177, 3178, 3179, 3180, 3181, 3182, 3183, 3184, 3185, 3186, 3187, 3188, 3189, 3190, 3191, 3192, 3193, 3194, 3195, 3196, 3197, 3198, 3199, 3200, 3201, 3202, 3203, 3204, 3205, 3206, 3207, 3208, 3209, 3210, 3211, 3212, 3213, 3214, 3215, 3216, 3217, 3218, 3219, 3220, 3221, 3222, 3223, 3224, 3225, 3226, 3227, 3228, 3229, 3230, 3231, 3232, 3233, 3234, 3235, 3236, 3237, 3238, 3239, 3240, 3241, 3242, 3243, 3244, 3245, 3246, 3247, 3248, 3249, 3250, 3251, 3252, 3253, 3254, 3255, 3256, 3257, 3258, 3259, 3260, 3261, 3262, 3263, 3264, 3265, 3266, 3267, 3268, 3269, 3270, 3271, 3272, 3273, 3274, 3275, 3276, 3277, 3278, 3279, 3280, 3281, 3282, 3283, 3284, 3285, 3286, 3287, 3288, 3289, 3290, 3291, 3292, 3293, 3294, 3295, 3296, 3297, 3298, 3299, 3300, 3301, 3302, 3303, 3304, 3305, 3306, 3307, 3308, 3309, 3310, 3311, 3312, 3313, 3314, 3315, 3316, 3317, 3318, 3319, 3320, 3321, 3322, 3323, 3324, 3325, 3326, 3327, 3328, 3329, 3330, 3331, 3332, 3333, 3334, 3335, 3336, 3337, 3338, 3339, 3340, 3341, 3342, 3343, 3344, 3345, 3346, 3347, 3348, 3349, 3350, 3351, 3352, 3353, 3354, 3355, 3356, 3357, 3358, 3359, 3360, 3361, 3362, 3363, 3364, 3365, 3366, 3367, 3368, 3369, 3370, 3371, 3372, 3373, 3374, 3375, 3376, 3377, 3378, 3379, 3380, 3381, 3382, 3383, 3384, 3385, 3386, 3387, 3388, 3389, 3390, 3391, 3392, 3393, 3394, 3395, 3396, 3397, 3398, 3399, 3400, 3401, 3402, 3403, 3404, 3405, 3406, 3407, 3408, 3409, 3410, 3411, 3412, 3413, 3414, 3415, 3416, 3417, 3418, 3419, 3420, 3421, 3422, 3423, 3424, 3425, 3426, 3427, 3428, 3429, 3430, 3431, 3432, 3433, 3434, 3435, 3436, 3437, 3438, 3439, 3440, 3441, 3442, 3443, 3444, 3445, 3446, 3447, 3448, 3449, 3450, 3451, 3452, 3453, 3454, 3455, 3456, 3457, 3458, 3459, 3460, 3461, 3462, 3463, 3



Arbeitsmarkt

Zigaretten-Bakerinnen und Lernende
Zigarettenfabrik „Saloniki“
Johannisaalle 19-21.

Junges Mädchen od. Frau als Aufwartung sofort gef.
G. Hoffmann
Freienfelder Str. 82, III.

Aufwartung
Mittm u. Sonnab. 2-7 Uhr gef.
Schleib, Rodlitzer Str. 36, I.

Humorist und Komiker für Vereine u. Gastwirte für Weihnachten u. später noch frei.
Ständ. Adr.: Otto Joseph, Reudn. Dresdner Str. 47, IV. r.

Verkaufe
Zutterkartoffeln
Trotz der Geldentwertung kaufen Sie gut u. billig Schuhwaren

alle Art, gediegene Qualität in der Schuchetage 8. Kaufmann, Kleine Fleischergasse 16.
Besonders günstige Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer!

Habe neu und getragen Anzüge von 180.- Mark an

Hosen auffallend billig
Ulster von 250.- Mark an nur aus prima Stoffen

Gummimäntel Joppen usw.
Kanner Eisenbahnstraße 5.

Habe keine Filialen. Sonntags geöffnet!

Besonders preiswert zu billigsten Engros-Preisen
Militär-, Manchester-, Filot- und gestreifte Hosen

Geschenkt
Anzüge Schlüpfer Ulster
Joppen Schuhe und Stiefel

KANNER Wurzner Str. 15a.

L. LINDENAU
Henricistraße 4
billige Damen- u. Herren-Bekleidung

Pelzwaren-Verkauf
Preiswert, Querstr. 30, III.

Spotbillig!
Getragene und neue Ulster Schlüpfer Anzüge Hosen

nur prima Qualitäten u. a. sämtliche Schuhwaren kaufen Sie wie altbekannt beim billigen Kanner

nur Eisenbahnstr. 5.
Habe keine Filialen. Sonntags geöffnet!

Sport- und Berufs-Kleidung solid und billigst
Ulster :: Gummi-Mäntel :: Wäsche
Jackett-Anzüge
Manchester-Hosen
Sport- und Reit-Hosen
Mützen
Gamaschen
Walter Fritzsche

Damen-Mäntel
Anzüge, Joppen
Herren-Hemden
Damen-Hemden
Kinner

Herren-Hemden 25
Damen-Hemden 20
Kinner
Ulster
Hosen

Außerordentlich billig und gut
kaufen Sie noch jetzt Ihre sämtlichen Unterzeuge, Socken, Strümpfe, Handschuhe.

Herren-Hemden Mako imitiert... 42.50
Herren-Hemden... 48.50
Normal-Hemden starkfädig... 68.50

C. Theodor Müller
Inhaber Felix Müller
Windmühlenstraße 42 Petersstr. 9

Billiger Weihnachtsverkauf!
Anzüge, Hosen Schlüpfer
Ulster, Paletots
Räte Thierme
Sporengäbchen 10, I.
Sonntags geöffnet.

Schlüpfer
Ulster v. 225 Mk. an
Anzüge
Militär-Joppen
Militär-Hosen
Wadewitz

Ganz besondere Gelegenheitskäufe
Reiderstoff-Relte,
Damen- u. Herrenhemden,
Beit-Bezüge und Inletts,
Handtücher extra billig.

Ausschneiden:
Anzüge
Palotots, Schlüpfer
Culaway, Gehrock
Tanzanzüge!
Marilyn Hahn
Johannisplatz 8

Halt! Wo?
Die billig. Plauer Gardinen
Stiefelstr. 9, v. l. n. Floßplatz
Federbett, Kissen, Puppenwagen,
Kinn, Klappstuhl perf. bill.

Bill. Reformbetten
Chaiselongues
Reformbetten, neu, 375, 490,
660 u. 800, Kapellenstr. 9a, pt. I.

Möbel
Für Weihnachten
Schreibische
Rechtliche
Zierische
Klavierstühle
Einzelmöbel
Polsterwaren

N. Fuchs
Kurprinzstraße 13.
Mandolinen, Gitarren,
Gelgen von 95-400 Mk.
Läuter, Roudnitz,
Friedrichstr. 2, I. I. (Kohlstr.)

Reformbetten, neu, 375, 490,
660 u. 800, Kapellenstr. 9a, pt. I.

Guterhalt. Puppenstube mit neuen Möbeln billig zu verkaufen
Köhre Nr. 4b, bei Belgerohain.

Legenhühner
Kaufgejuche
Kaufe Herren-Garderobe,
Militär-Gadgen,
Gehrock-Anzüge, Betten,
Bett-u. Bettm. Leihhaus,
Militär-Stiefel und Schuhe,
Kinn, Kanfische Gasse 6, pt. I.

Brillanten
Berlin, Platin, Gold- und Silberwaren
Zeigig & Pflug, Petersstraße 44

Alt-Gold, Alt-Silber
Platin, Uhren
Ketten, Ringe
Loihhausschmelze
Max Israel, Uhrm.

Möbel aller Art
Kaffe, Platin, Gold- und Silberwaren

Kupfer, Rotguss
Messing, Blei, Zink, Zinn, Schafwolle, Felle
Hecht, Leibnizstr. 7. Tel. 47475.

Wählen Sie
beim Verkauf von Rohprodukten, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Eisen, Lumpen, Zeitungen, Bücher, Mosch, Flaschen, Neutuchabfälle!

Kaufe sämtliche Metalle
Lumpen, Zeitungen, Bücher, Akten
Paul Müller, Seeburgstr. 22. Tel. 5769.

Einkauf roher Felle
Gebr. Weinzeig
Brühl 7.

Kaufe Bandoneon
Schallplatten
Gröschner

Verloren
Briefstahe mit Was. Geld, Wertpapier, Kaufhaus Konsumvereln, Abgeben gegen Belohnung bei Wagner, Lindenau, Raimundstr. 8, III.

100 Mk. Belohnung
Steuerbüro Graf
Trauringe
Gustav Kaniss

Felle
Kasens-Kanin-Ziegen-Felle
Felle aller Art

Felle
Kasens-Kanin-Ziegen-Felle
Felle aller Art

Felle
Kasens-Kanin-Ziegen-Felle
Felle aller Art

Felle
Kasens-Kanin-Ziegen-Felle
Felle aller Art

Ziegen Hasen Kanin
J. & J. Wagner
Brühl 21, Tel. 9980

Wohnungen
Einfaches od. möbl. Zimmer



Beyer-Schnitte
und Wplatzmester
Neumarkt 21.

Verloren
Briefstahe mit Was. Geld, Wertpapier, Kaufhaus Konsumvereln, Abgeben gegen Belohnung bei Wagner, Lindenau, Raimundstr. 8, III.

100 Mk. Belohnung
Steuerbüro Graf
Trauringe
Gustav Kaniss

Felle
Kasens-Kanin-Ziegen-Felle
Felle aller Art

Felle
Kasens-Kanin-Ziegen-Felle
Felle aller Art

Ziegen Hasen Kanin
J. & J. Wagner
Brühl 21, Tel. 9980

Wohnungen
Einfaches od. möbl. Zimmer



**Neues Theater.**  
 Mittwoch, den 14. Dezember 1921  
 Abends 7 Uhr  
**Die Schatzkammer**  
 (Operette in 3 Akten von Franz Lehár)  
 Besetzung: ...

**Alles Theater.**  
 Mittwoch, den 14. Dezember 1921  
 Abends 7 Uhr  
**Die Schatzkammer**  
 (Operette in 3 Akten von Franz Lehár)

**Kabale und Liebe.**  
 Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.  
 Besetzung: ...

**Neues Operetten-Theater.**  
 Mittwoch, den 14. Dezember 1921  
 Abends 7 Uhr  
**Die Schatzkammer**

**Des holländischen Weibens.**  
 Operette in 2 Akten von Leo Stein und Felix Jenbach.  
 Besetzung: ...

**Leipziger Puppenspiele.**  
 Mittwoch, den 14. Dezember 1921  
 Abends 7 Uhr  
**Schneeflocken**  
**Der Lumpenkönig**

**Krystall-Palast Theater.**  
 Täglich abends 7/8 Uhr  
**Der grosse vorzügliche**  
**Dezember-Varieté-Spielplan.**

**Battenberg Theater.**  
 Anfang 8 Uhr  
**Das Haus im Nebel**  
 Ein Drama aus den schwedischen Schären  
 in 3 Aufzügen von Hugo Ganzka.  
 Morgen: „Das Haus im Nebel.“

**KORSO**  
 Bornehmtes Familien-Café am Hauptbahnhof.  
 Künsterkonzert, Leitung: Kapellmeister B. Kubelit.  
 Nach dem Theater, Varieté und Vergnügen  
 trifft man sich im Café Korsio.  
 Eigene Konditorei. Georg Zeissner.

**Deutsches Haus, L.-Dölitz.**  
 Großes Schwein-Ausschneiden auf dem Tisch  
 am 17., 18. und 19. Dezember. 1. Preis ein Schinken.

**Zähne 16.-**  
 inkl. Platte u. Klammern pro Zahn von  
**Ohne Platte** inkl. Spange u. Klammern pro Zahn von **25.-**  
**Unter schriftlicher Garantie.**  
**Plombierungen** nur bestes Material von **10.-**  
**Reparaturen in einem Tage.**

**B. Zihang**  
 Schützenstrasse 21.

**Aufruf!**  
 Männer und Frauen Leipzigs u. Umgebung!  
 Jetzt ist es Zeit, Ihre alten künstlichen  
**Zähne u. Gebisse**  
 gut zu verworfen. Kaufe selbige tägl. v. 9-6 Uhr.  
**G. Jentsch Nachf., Goldwarenfabrik**  
 Katharinenstr. 2, Hof rechts - Tel. 16048  
 (im Hause „Taberna“).

**Volkshaus**  
 Kaffee Küche  
 Kuchen Keller  
 Morgen Donnerstag  
 von abends 7 Uhr an  
**Großes Volks-Ballfest**

**Gangstouci** Donnerstag 7 Uhr: **Ball.**

**Felsenkeller**  
 Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr:  
 Infolge des enormen Erfolges und weiterer lebenswürdiger Stiftungen  
**II. großes Preis-Tanz-Turnier**  
 Offen für Amateur- und Berufstänzer.  
 Hohe Geldpreise.  
 Außerdem stifteten wertvolle Preise die bekannten Leipziger Firmen:  
**Schwarze & Röder, Premier-Kakao- und Schokoladen-Werke;**  
**Walter Ellner & Co., Johannsgasse 10, Glas und Porzellan;**  
**Hermann Tyrlich, Zschochersche Straße, Uhren und Goldwaren.**

**Trojan's Schützenhaus** Eisenbahnstraße 129  
 Fernsprecher 60138  
 Inhaber Paul Knöbel  
**Heute 7 Uhr Junghähnel-Sänger-Konzert und Ball**  
 nur noch einige Tage Junghähnel-Sänger  
 Neues Programm Eintritt 3,5 Mk.

**ff. Weinbrand-Verschnitt**  
 von Jakob Stück Neohl., Hanau (Lieferant von Goldstück-Kognak)  
 per Flasche inkl. Flasche **43 Mk.** per Liter vom Faß **52 Mk.**  
**Bekannte Marken Kognaks und Liköre**  
**in großer Auswahl zu billigsten Preisen.**  
**Dürkheimer Feuerberg-Rot** per Flasche inkl. Flasche u. Steuer **15.60 Mk.**  
**Heinr. Rausch, Weinhandlung** Nordstraße 50. Tel. 4501. **J. H. Rod, Weinhandlung** Windmühlenstr. 26. Tel. 7421.

**Es liegt auf der Hand**



daß das Köstritzer Schwarzbier aus der Fürstlichen Brauerei Köstritz ein wundervoller Trank für Gesunde, Kranke und Rekonvaleszenten, für Wöchnerinnen und stille Mütter sein muß, wenn man berücksichtigt, daß obige Menge besten Gerstenmalzes, rund 3300 Gerstenkörner, dazu gehören, um einen halben Liter dieses altberühmten Bieres herzustellen.

1000 ärztliche Gutachten und Verordnungen innerhalb Jahresfrist weisen auch auf die ausgezeichnete Wirkung dieses Bieres hin. Köstritzer Schwarzbier sollte deshalb auf keinem Familientisch als tägliches Getränk fehlen.

Köstritzer Schwarzbier ist zu haben bei:

|   |   |
|---|---|
| <p>Kitzing &amp; Helbig, Leipzig, Hohe Straße 28, Fernspr. Nr. 3136</p> <p>Fr. Busch, Weddigenstr. 1<br/>         E. Busch, Eberhardstraße 4<br/>         H. Dammenhain, Eisenstr. 17<br/>         R. Dietrich, Deltitzsch<br/>         E. Dietze, Kochstraße 16<br/>         O. Franz, Thümmelstraße 12<br/>         H. Gölzler, Deltitzscher Str. 66<br/>         E. Goldberg, Eisenstraße 81<br/>         E. Goldberg, Arndtstraße 25 d<br/>         E. Gröndel, Moltkestraße 74<br/>         A. Janke, Marschnerstraße 2<br/>         H. Kell, Barfußgäßchen 15<br/>         R. Koch, Zeitzer Straße 39 b<br/>         O. Kühn, Dimpfelstraße 19<br/>         R. Küster, Molkauer Str. 23<br/>         H. Labun Nohl, Queckstr. 11<br/>         E. Lehmann, Paunsdorf</p> | <p>O. Liebig, Bräuner Str. 64<br/>         O. Merl, Hebelstraße 27<br/>         O. Möllner, Wächterstr. 24<br/>         A. Müller, Schnorrstraße 9<br/>         R. Naumann, Querstraße 8<br/>         E. Noske, Markraustädt<br/>         H. Prenzel, Berliner Straße 44<br/>         Ed. Radtke, Fürstenstraße 7<br/>         W. Rempe, Scharnhorststr. 40<br/>         Cl. Richter, Weststraße 28<br/>         H. Riedel, Lepalaystraße 4<br/>         O. Rummel, Blumenstr. 4<br/>         P. Schulze, Natalienstraße 24<br/>         Th. Stecher, Arndtstraße 28<br/>         F. Ullsch, Aeg. Hüllische Str. 204<br/>         F. Wurziar, Bayerische Str. 94<br/>         Fr. Zappe, Taucha</p> |
|---|---|

Vorlangen Sie das echte Köstritzer bei Ihrem Kaufmann und achten Sie darauf, daß das Flaschen-Etikett das Fürstliche Wappen aufweist.

**Leipziger Schauspielhaus.**  
 Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr  
**Die Hochzeitsreise.**  
 Lustspiel in 3 Akten von Robert Feindt.  
 Besetzung: ...

**Kleines Theater.**  
 Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr  
**Ein alter Abend.**  
 Schauspiel in 3 Akten von August Strindberg.  
 Besetzung: ...

**Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut**  
**Schauspiel, Serie E.** Bezirk Dittus Nr. 20001 bis 22000. 38. Vorstellung. **Alles Theater**, Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: **Kabale und Liebe** von Schiller. Einzelpreis 8,00 Mk., 3. Rang 2,00 Mk.  
**Konzert, Serie C.** Alle Bezirke. 10. Anrechtskonzert, Gewandhaus, Sonntag, den 18. Dezember, vorm. 11 Uhr: Weihnachtsoratorium Johann Sebastian Bach. Eintrittspreis für Anrechtler 8,00 Mk., für Nichtanrechtler 10,00 Mk., im unteren Bereich 12,00 Mk., in der oberen 15,00 Mk.  
**Schauspiel, Serie E.** Bezirk Dittus Nr. 1501 bis 3000. 39. Vorstellung. **Alles Theater**, Montag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr:  **Faust** I. Teil von Goethe. Einzelpreis 8,00 Mk., 3. Rang 2,00 Mk.  
**Konzert, Serie ABC.** Alle Bezirke. 11. Anrechtskonzert im Saale des Neuen Rathhauses Sonntag, den 25. Dezember (Erster Feiertag), abends 7 Uhr: **Ederabend** (Winterreise von Franz Schubert). Eintrittspreis für Anrechtler 7,00 Mk.  
**Konzert, Serie ABC.** Alle Bezirke. 12. Anrechtskonzert im Saale des Neuen Rathhauses Montag, den 26. Dezember (Zweiter Feiertag), nachmittags 4 Uhr: **Rekitation und Melodramen**. Eintrittspreis für Anrechtler 7,00 Mk.  
**Konzert, Serie ABC.** Alle Bezirke. 13. Anrechtskonzert im Saale des Neuen Rathhauses Montag, den 26. Dezember (Zweiter Feiertag), abends 7 Uhr: **Kammermusik**. Eintrittspreis für Anrechtler 7,00 Mk.  
 Die Eintrittskarten für die letztgenannten drei Konzerte müssen bis zum Mittwoch, den 21. Dezember, abgeholt sein, da sie dann von den Verkaufsstellen abgerufen werden müssen. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt der Anrecht der Anrechtler, die eventuell zurückgelassenen Karten werden abdann zu einem höheren Preise an die Nichtanrechtler ausgegeben.  
 Für die Anrechtler-Inhaber sind in allen Verkaufsstellen **Sonntagskarten** für den **Zoologischen Garten** zu haben.  
 In diesem Monat findet der letzte **Sans-Sachs-Abend** am Sonntag, den 17. Dezember, in **Sachs-volkshaus** statt.  
**Sans-Sachs Märchenspiele** finden jeden Sonntag, nachmittags (außer Sonnabends) 4 Uhr im **Sandeshof** statt. Sonntags 2, 5 und 8 Uhr.

**Drei Linden**  
 Täglich abends 7/8 Uhr  
 Die einzige autorisierte  
 Aufnahme des  
**Boxkampfes des**  
**Jahrhunderts**  
**Dempsey-Carpentier**  
 ausserdem:  
**Der grosse**  
**Varieté-Spielplan**  
**10 Welt-Sensationen.**  
 Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 43543).  
 Th. Althoff, Peterstr. Konsumv. Karl-Heino-Str.

**Apollo-Varieté**  
 Einen noch nie dagewesenen Erfolg bedeutet der  
**Dezember-Spielplan!**  
**12 Varieté-Sensationen.**  
**Kommen! Sehen! Staunen!**  
 Anfang täglich 7/8 Uhr.  
 Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Teleph. 11111)  
 Warenhaus Th. Althoff, Peterstrasse

**Festolin**  
 macht Stiefelsohlen wasserdicht und 3 mal haltbarer. In einschlägigen Geschäften erhältlich.  
**Fabrik Färbwerk A. G., Düsseldorf.**

**ZIGARETTEN**  
**230** pro 1000. Gold-, Kork- u. ohne Mundst. Sorten, goldgelber Tabak, liefert prompt  
**Zigaretten Großhandlung**  
 Katharinenstrasse 17 und Neumarkt 12